

# ao

33. Jahrgang ISSN

0939-3099

3/4 2001



© Steidl, Göttingen

# aktuelle ostinformationen

Ereignisse und Entwicklungen

## AUS DEM INHALT

### BEITRÄGE

ACHT EU-BEITRITTSKANDIDATEN IM PORTRAIT

EU-WACKELKANDIDATEN?

REGIERUNGSKRISEN IN LITAUEN, SLOWAKEI, UNGARN

UKRAINE UND EUROPA

ANDRZEJ SZCZYPIORSKI UND EUROPA

FORUM „JUNGES EUROPA“

Bulgarien, Ukraine, Polen/New York

### BERICHTE

Deutsch-polnische Nachbarschaft neu erlebt

Jedwabne – gegen das Vergessen

Auschwitz-Zeitzeuge Kazimierz Smolen

Vlochos Fenster nach „Osten“: Lettland, Slowakei

### GROSSER REZENSIONSTEIL

GESAMTEUROPÄISCHES STUDIENWERK e.V.

# Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vorliegenden Ausgabe unserer „aktuellen ostinformationen“ informieren wir Sie zunächst durch knappe Länderportraits über die aktuelle wirtschaftliche, politische und soziale Situation einiger Beitritts-länder. Damit wollen wir auch denjenigen unter unseren Leserinnen und Lesern, die nur über ein knappes Zeitdeputat verfügen, die Möglichkeit bieten, sich einen kurzen Überblick zu verschaffen. Zugleich sind die Texte als Materialien für den Unterricht gedacht. Ausführlicher befassen wir uns alsdann mit den Regierungskrisen in Litauen, Ungarn und der Slowakei sowie der Entwicklung in der Ukraine.

Dem deutsch-polnisch-jüdischen Verhältnis ist ein Beitrag zum Europaverständnis des vor gut einem Jahr verstorbenen Schriftstellers Andrzej Szczypiorski gewidmet. Exklusiv mit dem polnisch-jüdischen Ver-hältnis befasst sich die Dokumentation zum polnischen Historikerstreit um das Massaker von Jedwabne, in der die zentrale Frage nach der Verantwortung für die historische Wahrheit aufgeworfen wird.

In unseren Berichten blicken wir unter anderem auf zwei Veranstaltungen zurück, die für das Studienwerk – hinsichtlich der Zielgruppe und im Hinblick auf den Referenten einen innovativen Charakter hatten. Zum einen handelt es sich dabei um ein deutsch-polnisches Begegnungsseminar mit geistig behinderten Jugendlichen und zum andern um ein Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen Auschwitz-Häftling Kazimierz Smolen.

Es ist kein Zufall, dass in diesem Heft vermehrt Themen berührt werden, die mit der Judenverfolgung und dem Holocaust in Verbindung stehen. Diese Fragen sind in letzter Zeit verstärkt in unseren Seminaren behandelt worden. Damit reagieren wir auf die in ganz Europa und besonders auch in Deutschland auf-keimenden nationalistischen und rassistischen Tendenzen, die in der Jugendszene bekanntlich eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Wir planen deshalb auch für das nächste Jahr eine ganze Reihe von Seminar-einheiten, in denen wir uns noch intensiver mit der Verbreitung von Rechtsextremismus und Rassismus in den Medien – und natürlich auch im Internet – beschäftigen werden.

Mit einem unserer Titelbilder knüpfen wir an diese Thematik an. Es stammt aus dem in diesem Jahr veröffentlichten Bildband mit Fotografien von Heinrich Jöst, das wir mit freundlicher Genehmigung des Steidl Verlags abdrucken.

Mit einer statistischen Auswertung unserer Homepage-Zugriffe stellt sich schließlich unser neuer Mitar-beiter Jörg Stemmer vor.

Zbigniew Wilkiewicz

---

Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: DM 12,00 (inkl. Porto) Einzelheft: DM 5,00 (zzgl. Porto)

Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen: Postbank NL Hannover (BLZ 25010030), Konto-Nr. 177400305

Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.

---

## Inhaltsverzeichnis

### Beiträge

Gerhard Schüsselbauer, Zbigniew Wilkiewicz, Michael Walter: Beitrittskandidaten auf dem Prüfstand.....	2
Michael Walter: Wackelkandidaten? Innenpolitische Turbulenzen in EU-Anwärerstaaten.....	11
Gerhard Schüsselbauer: Die Ukraine im Jahr 2001 – auf dem Weg nach Europa?.....	26
Zbigniew Wilkiewicz: Andrzej Szczępiński und Europa.....	33

### O-Ton: Forum „Junges Europa“

Jana Teneva: Die Wahlen in Bulgarien.....	50
Anja Pogrebna: Junge Ukrainer über Europa.....	51
Eryk Krysztofiak: „Kosmo-Pole“ - ein amerikanischer Traum.....	54

### Berichte

Gerhard Schüsselbauer, Jörg Stemmer: Nachbarschaft neu erlebt. Begegnung junger Menschen mit Behinderungen.....	56
Zbigniew Wilkiewicz: Jedwabne, der polnische Historikerstreit und der polnisch-jüdische Dialog.....	58
Michael Walter: Wider das Vergessen. Der Auschwitz-Überlebende Kazimierz Smolen berichtet über den Nazi-Terror im Konzentrationslager.....	70
Europa auf die Füße stellen - eine Kleinstadt blickt nach Osten Schulpartnerschaft des Weser-Gymnasiums Vlotho mit dem Gymnasium Agenska lns Riga.....	72
Walter Bätz: Viele Wege führen nach Osten.....	74

### Rezensionen

Gerhard Schüsselbauer: Zeitgenössische europäische Literatur.....	77
Gerhard Schüsselbauer: Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa.....	81
Zbigniew Wilkiewicz: Deutscher und polnischer Nationalismus. Der deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straz.....	84
Zbigniew Wilkiewicz: Albert S. Kotowski, Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit.....	87
Zbigniew Wilkiewicz: Günther Schwaberg, Im Ghetto von Warschau. Heinrich Jösts Fotografien.....	89
Zbigniew Wilkiewicz: Andrew A. Michta, America's New Allies. Poland, Hungary, and the Czech Republic in NATO.....	91
Zbigniew Wilkiewicz: Lena Kolarska-Bobinska, Cztery reformy. Od koncepcji do realizacji.....	92
Gerhard Schüsselbauer: Klaus Müller, Postsozialistische Krisen.....	96

*Gerhard Schüsselbauer, Zbigniew Wilkiewicz, Michael Walter*

## **Beitrittskandidaten auf dem Prüfstand**

Für das Dozententeam des GESW bilden die Entwicklungen in den EU-Beitrittsländern eine Kernfrage der politischen Bildungsarbeit vor dem Hintergrund der europäischen Einigung. Aus aktuellem Anlass untersuchen wir den Stand des Beitrittsprozesses sowie die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen in acht mittel- und osteuropäischen Kandidatenländern.

### **Polen**

Die seit Herbst 1997 regierende Mitte-Rechts-Regierung mit dem Ministerpräsidenten Jerzy Buzek an der Spitze hat vier grundlegende Reformen (Verwaltung, Bildung, Renten und Gesundheit) in Angriff genommen. Diese waren zwar unerlässlich, ihre Vorbereitung und Umsetzung wies allerdings gravierende Mängel auf. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass die liberale Freiheitsunion die Regierung im Frühjahr 2000 verließ und die konservative Wahlaktion „Solidarität“ das Land seither als Minderheitsregierung weiter führen musste. Die im Frühjahr und Sommer des Jahres 2001 erfolgten Entlassungen mehrerer unfähiger oder der Korruption verdächtigter Minister dem Ansehen der Regierung von Jerzy Buzek zusätzlich geschadet. Die Wahlprognosen für den September 2001 gehen deshalb fast einhellig davon aus, dass die Linke, bestehend aus dem Linken Wahlbündnis und der Arbeitspartei, die Parlamentswahlen überlegen gewinnen wird. Sie wird von all jenen gewählt werden, die sich als Verlierer des Transformationsprozesses verstehen, und dazu zählen neben den Langzeitarbeitslosen, den Landwirten und Industriearbeitern durchaus auch staatlich Bedienstete und Angehörige freier Berufe. Dabei ist davon auszugehen, dass die Linke

nach den gewonnenen Parlamentswahlen auch an einer reformorientierten Wirtschaftspolitik festhalten wird. Ebenso sind die politischen und wirtschaftlichen Eliten Polens, ob sie nun linker oder rechter Provenienz sind, dezidiert NATO- und EU-freundlich. Hingegen hat die EU-Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung abgenommen. Von einer überwältigenden Mehrheit kann nicht mehr die Rede sein; in 2001 waren es nur noch knapp über 50 Prozent der Polen, die sich uneingeschränkt für den EU-Beitritt aussprachen. Ein Ausdruck dieser Situation ist auch, dass sich die Beitrittsverhandlungen in Brüssel länger hinziehen als mit anderen ostmitteleuropäischen Beitrittsaspiranten. Weiterhin problematisch bleiben auch die unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich der Länge der Übergangsfristen in den Bereichen Arbeitskräfte, Landwirtschaft, Umweltschutz und Bodenerwerb. Insofern muss der einstige Spitzenreiter Polen nunmehr fürchten, nicht mehr zur Gruppe jener Beitrittskandidaten zu gehören, die als erste in die EU aufgenommen werden.

Die wirtschaftliche Situation in dem Transformationsland Polen, das in den 1990er Jahren sehr hohe Wachstumswerte im Bereich des BIP (5 bis 7 %) erreichte, ist trotz aller Erfolge als schwierig zu bewerten. Ähnlich wie in anderen europäischen Staaten kam es in den Jahren 2000/2001 zu einem konjunkturellen Abschwung; das Wirtschaftswachstum fiel geringer aus (2 bis 3 %) als erwartet. Dagegen wurden die Ungleichgewichte hinsichtlich der Leistungs- und Handelsbilanz immer größer. Aufgrund der weiterhin recht schwachen Konkurrenzfähigkeit polnischer Produkte auf dem EU-Markt konnte sich der polnische Export nicht entfalten und die Handelsbilanz fiel entsprechend unausgeglichen aus. Dabei wird die weiterhin bestehende Binnenmarkt-orientierung und Exportschwäche der polnischen Volkswirtschaft für das sich abschwächende Wirtschaftswachstum verantwortlich gemacht. Insofern hofft man weiterhin auf das Engagement ausländischer Kapitalanleger, die durch Direktinvestitionen nicht nur

für eine notwendige Kapitalausstattung exportorientierter Betriebe sorgen, sondern ebenfalls nachhaltig zu deren Modernisierung beitragen können. Aufgrund der notwendigen Umstrukturierung und Privatisierung großer Staatsbetriebe, vor allem in der Montanindustrie, ist es allerdings in den letzten beiden Jahren zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen, die momentan landesweit bei etwa 16 % liegt. Da wir es in den nächsten Jahren in Polen mit geburtenstarken Jahrgängen zu tun haben werden, die auf den Arbeitsmarkt drängen, und es in etlichen Branchen notwendige Modernisierungs- und Anpassungsanstrengungen geben wird, bleibt dieses Problem weiterhin akut. In diesem Zusammenhang ist auch die besonders in Deutschland kontrovers geführte Debatte über die Freizügigkeit von (polnischen) Arbeitskräften und die Forderung nach entsprechend langen Übergangsfristen nach dem EU-Beitritt Polens zu sehen.

## Ungarn

Ungarn als mitteleuropäischer EU-Beitrittskandidat gehört aufgrund seiner politischen Reife, wirtschaftlichen Stabilität und enormer Fortschritte in der rechtlichen Angleichung zweifellos zu den Ländern, die in der ersten Welle in die Union aufgenommen werden. Allerdings trüben Versäumnisse im Justizwesen und in der Angleichung an EU-Standards in der Abfallwirtschaft das Bild der Harmonisierung nachhaltig.

Wie die bis 1998 regierende, von den Sozialisten und dem Bund der Freidemokraten gebildete Koalition Gyula Horns, hält auch die momentane Regierungskoalition des dynamischen Viktor Orbán unvermindert am Integrationsstempo und dem Willen fest, spätestens bis 2004 Vollmitglied zu werden. Der Abschluss von bislang 22 der insgesamt 31 zu verhandelnden Kapitel zeigt trotz der innenpolitischen Quereilen um den Koalitionspartner der Partei der Kleinlandwirte und dessen

jahrelangen demagogischen Führer József Torgyán, dass der eingeschlagene Kurs der Integration unumkehrbar ist. Bedenklich erscheint in der momentanen politischen Landschaft, dass die nationalistisch und antisemitisch orientierte Partei des Rechtspopulisten Csurka (MIÉP) auf Massenveranstaltungen immer wieder in der Lage ist, auch eine Vielzahl junger Menschen anzusprechen.

Heftige Kritik entzündet sich gegenwärtig an der Haltung der ungarischen Regierung, das Statusgesetz bezüglich der Behandlung der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern Ungarns umzusetzen. Aufgrund einer so entstehenden „positiven Diskriminierung“ von ethnischen Ungarn wittert vor allem die rumänische Regierung, aber auch die Slowakei, eine Ungleichbehandlung unter ihren Staatsbürgern. Die schwierige staatsrechtliche Materie dürfte auch bei den EU-Verhandlungen noch manches Kopfzerbrechen bereiten. Im Hinblick auf die im Frühjahr 2002 anstehenden Wahlen zeichnen sich neben den üblichen parteipolitischen Gefechten auch Auseinandersetzungen über die Garantie der inneren Sicherheit ab. Besorgnis erregen in der ungarischen Bevölkerung immer wieder Diskussionen über die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption. Welche Koalition das Land ab dem nächsten Jahr regieren wird, bleibt ungewiss, da sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem amtierenden Ministerpräsidenten Orbán und dem Herausforderer, dem von der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) unterstützten parteilosen Kandidaten Peter Medgyessy abzeichnet.

Seit der Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konsolidierungsprogramms Mitte der 1990er Jahre weist Ungarn permanent hohe reale Wachstumsraten zwischen 4 und 6 % BIP-Wachstum pro Jahr auf. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen ist ungebrochen, auch wenn die lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits veräußert wurden.

Wohl in keinem der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer ist der Strukturwandel derart sichtbar wie in Ungarn. Shopping-Malls und Multiplexkinos prägen das Bild der Hauptstadt Budapest, während die östlichen Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie eine Arbeitslosenrate über mancherorts über 20 % kämpfen. Auch wenn die Ungarn auf den Erfolg der traditionellen ungarischen Erzeugnisse wie Salami und Tokajer nach wie vor stolz sind, sind Audi-TT-Coupé, Philips-Videorecorder, Nokia-Mobiltelefone und IBM-Computerteile die typischen ungarischen Produkte von heute.

Zum wirtschaftlichen Aufschwung tragen auch die hohen Zuwächse bei den Einnahmen aus der Tourismusbranche bei. Ungarn findet sich bei den weltweit beliebtesten Tourismuszielen immerhin unter den zehn bestplatzierten Ländern. Sorge bereitet die unverhindert hohe Inflation, die sich aufgrund des hohen Wachstumstempos und der gestiegenen Real-löhne nicht ohne Weiteres in die Nähe des Maastrichter Konvergenzkriteriums drücken lässt. Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Kurses in der Finanz- und Geldpolitik möchte Ungarn jedoch in wenigen Jahren nach Aufnahme in die EU dafür sorgen, dass die strengen Kriterien zur Übernahme des Euro erfüllt werden können.

Obwohl der Großteil der ungarischen Bevölkerung eine zügige Integration in die Union befürwortet, ist zunehmende Reserviertheit über den Kurs der EU deutlich spürbar, zumal die Pläne zur Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit seitens der EU auf großes Unverständnis stoßen. Ein größeres Migrationspotenzial muss aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung und des sektoral auftretenden Arbeits- und Fachkräftemangels ohnehin nicht befürchtet werden.

## **Tschechische Republik**

Tschechien als demokratisches und marktwirtschaftliches Kernland Mitteleuropas zeigt bei den Fortschritten zur EU-Mitgliedschaft ein ambivalentes Gesicht. Obwohl bereits 19 Kapitel abgeschlossen sind und die politische Stabilität sowie die marktwirtschaftlichen Reformen gelobt werden, stocken notwendige Umgestaltungen der öffentlichen Verwaltung und der Justiz. Dies führt in Brüssel regelmäßig zu Verzögerungen der Verhandlungen. Darüber hinaus belasten der Dauerstreit über das Atomkraftwerk Temelin und die Auseinandersetzung über die Beneš-Dekrete über die Vertreibung der Sudeten-deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg die Beziehungen Tschechiens mit seinen EU-Nachbarländern, insbesondere mit Deutschland.

Die politische Landschaft der Tschechischen Republik ist seit 1998 durch eine schwierige Konstellation charakterisiert. Nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen im Juni 1998 bildete der Vorsitzende der Sozialdemokraten (CSSD), Miloš Zeman, eine von Vaclav Klaus und dessen Bürgerlich-Demokratischer Partei (ODS) gebilligte Minderheitsregierung, deren Stabilität durch den sogenannten Oppositionsvertrag gewährleistet ist: Die ODS sicherte zu, kein Misstrauensvotum gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen, im Gegenzug bekam sie den Vorsitz in beiden Parlamentskammern und in den wichtigsten Ausschüssen. Durch dieses Stillhalteabkommen konnte die Funktionsfähigkeit der legislativen und exekutiven Ebenen einigermaßen gewährleistet werden. Zur großen Integrationsfigur in der Frage der EU-Erweiterung, aber auch zum Gegenspieler der Regierung avanciert immer wieder Staatspräsident Vaclav Havel, der im Februar 1998 erneut Hausherr auf der Prager Burg wurde. Zugleich steigen die Chancen der oppositionellen Viererkoalition, nach der nächsten Parlaments-

wahl die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

In den 1990er Jahren galt die Tschechische Republik als Musterknabe unter den Transformationsstaaten, bis dann in den Jahren 1997 und 1998 die Wirtschaft von einer schweren Rezession getroffen wurde, deren Auswirkungen auch heute noch spürbar sind. Während die Arbeitslosenrate lange Zeit niedrig lag, stieg sie im Gefolge der Krise auf mittlerweile 8 bis 9 % an. Im letzten Jahr erreichte zwar das reale Wachstum des BIP wieder zufrieden stellende 3 %, der Abstand zum Durchschnitt des Pro-Kopf-Einkommens der EU-Länder bleibt aber weiterhin signifikant. Die amtierende Regierung verabschiedete unlängst ein bereits früher vorgestelltes, interventionistisches Programm zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Ob damit allerdings eine Eindämmung der aus dem Ruder laufenden Defizite des Staatshaushalts und der Leistungsbilanz erzielt werden kann, ist mehr als fraglich. Erfreulich präsentierte sich im vergangenen Jahr die Handelsentwicklung, insbesondere mit den EU-Staaten. Ein fulminantes Export- und Importwachstum von über 18 % spiegelt die verstärkte Integration der tschechischen Wirtschaft in den europäischen Kernraum wider. Mit der Einhaltung eines strikten geldpolitischen Kurses möchte Tschechien schon wenige Jahre nach Aufnahme in die EU die strengen Kriterien zur Übernahme des Euro erfüllen.

Die Vorbehalte der Unionsländer in der Frage der Beschäftigungsfreiheit für die Beitrittskandidaten verstärken die ohnehin bestehende Zurückhaltung der Tschechen. Als einziges Beitrittsland drohte Tschechien mit dem Abbruch der Verhandlungen über das entsprechende Kapitel. Befürchtungen, dass nach dem Beitritt eine Völkerwanderung über die deutsch-tschechische Grenze einsetzen könnte, sind jedoch schon allein aufgrund der Tatsache zu entkräften, dass die deutsche Greencard-Offensive tschechische Fachkräfte nicht massiv abwerben konnte. Zudem brachte

bislang keine Untersuchung Hinweise auf einen drohenden Ansturm tschechischer Arbeiter.

Beinahe traditionell ist die Distanz der tschechischen Bevölkerung gegenüber einer schnellen Integration in die Union. Seit Oktober 2000 fiel die Zahl der Beitrittsbefürworter von 48 auf 40 %, während die Zahl der Gegner von 15 auf 22 % anstieg. Die Umfragen sind ein wichtiger Fingerzeig, da in Prag ein Referendum über die für 2004 angestrebte EU-Mitgliedschaft entscheidet. Obwohl Tschechien zwar im Herzen Europas liegt, befindet es sich eher am Rande des EU-Interesses. Dass sowohl für die meisten Tschechen, als auch für die EU die Erweiterung eher eine Vernunfttatsache als eine Liebeshochzeit ist, hat man in Tschechien längst verstanden. Eine Ablehnung Tschechiens seitens der EU oder ein Scheitern der Volksbefragung gilt trotz der weit verbreiteten Skepsis als ausgeschlossen.

## Slowenien

Slowenien gilt mit Recht als "Musterländle" unter den EU-Beitrittskandidaten. Seit der Unabhängigkeitserklärung 1991 hat sich eine stabile Demokratie entwickelt. Die politischen Institutionen entsprechen dem westlichen Muster, doch ist das Parteiensystem noch immer instabil. Seit dem Zerfall der Sammlungsbewegung DEMOS entstand ein Multiparteiensystem aus den "Frühlingsparteien" der früheren Opposition auf der einen und Zusammenschlüssen ehemaliger Kommunisten auf der anderen Seite. Eine Neugewichtung der Kräfteverhältnisse zu Gunsten des rechten Lagers brachte im April 2000 die Fusion der Volkspartei mit den Christdemokraten zur Slowenischen Volkspartei (SLS+SKD). Als nunmehr stärkster Fraktion gelang es der SLS+SKD, gemeinsam mit den rechtsgerichteten Sozialdemokraten Ministerpräsident Janez Drnovsek durch ein Misstrauensvotum zu stürzen und die von den

Liberaldemokraten (LDS) geführte Koalition abzulösen.

Als entscheidendes Hindernis für die Stabilisierung der neuen Regierung unter Andrej Bajuk erwies sich jedoch die seit längerem diskutierte Frage des Wahlrechts. Während die Sozialdemokraten auf der Einführung des Mehrheitswahlrechts bestanden, hielt die Volkspartei am Verhältniswahlrecht fest. Im Verlauf des Konflikts gaben Premier Bajuk und Außenminister Peterle ihre Parteibücher zurück und gründeten eine weitere Partei.

Angesichts des Trauerspiels, das die Mitte-Rechts-Koalition bot, kehrten die Liberaldemokraten nur ein halbes Jahr später mit einem triumphalen Wahlergebnis an die Macht zurück. Janez Drnovsek gelang es, mit taktischem Geschick eine große Koalition aus postkommunistischen und bürgerlichen Parteien zu zimmern. Mit dieser Regierung, mithin der vierten unter seiner Führung, verfügt der Premier über eine komfortable Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Selbst bei einer Koalitionskrise darf die LDS auf die Unterstützung von Teilen der Opposition zählen. In den wichtigsten außenpolitischen Zielen, den Beitritten zur Nato und zur EU, besteht ohnehin breiter Konsens.

Von einer insgesamt erfolgreichen Transformation zeugen die makroökonomischen Daten. Das BIP pro Einwohner entspricht heute schon 71 % des EU-Durchschnitts, bei allerdings großen Unterschieden zwischen der Hauptstadt und den übrigen Regionen. Das jährliche Wachstum beträgt 4 bis 5 %, die Arbeitslosenrate ist auf rund 7 % gefallen und das Pro-Kopf-Einkommen ist das höchste in Mitteleuropa. Auch Sloweniens Landwirtschaft steht unter Produktivitätsaspekten an der Spitze der Beitrittskandidaten. Die Exportentwicklung verläuft positiv; neben der Handelsintensivierung mit der EU gelang es, Absatzmärkte auf dem Balkan wiederzugewinnen. Etwas getrübt wird das Bild durch die hohe Inflationsrate von 9 %. Nachholbedarf besteht bei der Privatisierung sowie bei der Gewinnung ausländischer Direktinvestitionen.

Dennoch könnte das Land bereits mit dem Beitritt zum Nettozahler in den EU-Haushalt werden.

Seit Beginn der Beitrittsverhandlungen konnte Slowenien 20 Kapitel vorläufig abschließen, darunter als erster Staat das schwierige Umweltkapitel. Die Rechtsangleichung ist trotz Defiziten in der Reform der öffentlichen Verwaltung und des Justizwesens weit fortgeschritten und selbst der in der Region recht konflikträchtige Umgang mit ethnischen Minderheiten ist in Slowenien geradezu vorbildlich. Nicht zuletzt deshalb bescheinigte EU-Kommissar Verheugen den Slowenen, sie befänden sich in der "besten Startposition" für den Beitritt. Dementsprechend selbstbewusst gibt sich die Laibacher Führung. So warf Präsident Kucan der EU vor, sie nehme Probleme anderer Kandidaten als Vorwand, ihre eigenen Reformen hinauszuzögern. Slowenien jedenfalls sei bereit, der Union Ende des Jahres 2002 beizutreten. Dieser Wunsch findet Zustimmung bei rund 60 % der Bevölkerung. Zugleich sind Ängste verbreitet, ein Beitritt könne zum Ausverkauf des Landes führen, insbesondere bei Agrarflächen. Für große Verärgerung sorgte die von der EU geforderte siebenjährige Übergangsfrist für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. In der Tat ist die Migrationsbereitschaft der 1,9 Millionen Slowenen angesichts der positiven Entwicklung im eigenen Land gering. Bereits heute arbeiten mehr EU-Bürger in Slowenien als umgekehrt.

Das vielleicht größte Problem stellt der geringe Bekanntheitsgrad der Alpenrepublik dar. Dass die verbreitete Ignoranz auch Konsequenzen für die Akzeptanz eines EU-Beitritts Sloweniens in den jetzigen Mitgliedstaaten hat, belegen Umfrageergebnisse. Würden die EU-Bürger in Volksabstimmungen über die Erweiterung entscheiden, bliebe dem Land der Beitritt wohl verwehrt.

## Estland

Das nördlichste der drei baltischen Länder ist zugleich auch die fortgeschrittenste der ehemaligen Sowjetrepubliken. Der rasante politische und ökonomische Wandel Estlands wurde 1998 mit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen belohnt. Auch in der Rechtsangleichung vermag es Estland, die wesentlichen Bereiche des geltenden Gemeinschaftsrecht zügig zu übernehmen und anzuwenden. Dabei setzt das 1,4 Millionen Einwohner zählende Land auf die Maxime „Kleines Land, kleine Probleme“. 19 Verhandlungskapitel konnten bis Mitte dieses Jahres abgeschlossen werden, darunter der heikle Bereich Umweltschutz, der den meisten anderen Kandidaten großes Kopfzerbrechen bereitet. Ein Kernfrage in den Verhandlungen über den Beitritt Estlands ist die Behandlung der russischen Minderheit, die knapp 30 Prozent der estnischen Bevölkerung ausmacht. Die Sprachregelung und die Gesetzgebung zum Staatsangehörigkeitsrecht stellen Eckpfeiler in der Anpassung an europäische Rechtsstandards dar. Im Sommer dieses Jahres ging die Ära des Staatspräsidenten Lennart Meri, der herausragenden politischen Gestalt Estlands, zu Ende. Meri wurde in den zurückliegenden zehn Jahren der Unabhängigkeit Estlands zur Vaterfigur seiner Landsleute, weil er es vermochte, den Geist der demokratischen Erneuerung und des radikalen Wandels zu verkörpern und Estlands Werben um eine Aufnahme in die EU nachhaltig zu fördern. Schwieriger hat es da schon der amtierende Premierminister Maart Laar, der eine liberal-konservative Koalition, bestehend aus der Vaterlandsunion, der estnischen Reformpartei und der Partei der Moderaten, anführt. Seine Popularitätskurve zeigt deutlich nach unten. Nur noch 22 % der Esten sind mit seiner Politik zufrieden. Zurückzuführen ist dies auf die wachsende Ungeduld der Esten, die nun die Früchte der harten marktwirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen in Form von sozialen Verbesserungen ernten möchten. Die politische Führung wird in Zukunft nicht nur mit

komplizierten Verhandlungen in Brüssel, sondern innenpolitisch auch mit wachsender Unzufriedenheit und Kritik der Bevölkerung konfrontiert werden.

Erstaunlich verlief der marktwirtschaftliche Reformpfad Estlands in den letzten zehn Jahren. Die Wirtschaft befreite sich schnell mit radikalen Anpassungsschritten vom Erbe der sowjetischen Planwirtschaft und schaffte es innerhalb weniger Jahre, die Strukturen umfassend zu modernisieren und eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik umzusetzen. Der Ausbruch der Russlandkrise 1998 zeigte allerdings deutlich, wie anfällig eine kleine offene Volkswirtschaft für externe Einflüsse ist. Dem negativen Wachstum des BIP im Jahr 1999 folgte jedoch schon im Jahr 2000 eine beachtliche reale Steigerung um über 6 %. Die Integration in den Ostseeraum sowie das rasant angewachsene Handelsvolumen mit den skandinavischen Nachbarländern und mit Deutschland legen nahe, dass auch Länder, die vermeintlich an der Peripherie Europas liegen, durchaus nicht mit einem Wettbewerbsnachteil ausgestattet sein müssen. Die Verabschiedung eines Gesetzes, das ein modernes System der direkten Besteuerung zum Gegenstand hat, zeigt, dass Estland gewillt ist, im internationalen Standortwettbewerb und in der EU-Harmonisierung reformfreudig voranzugehen. Wirtschaftsgeographisch betrachtet ist das Land eher zweigeteilt. In der Hauptstadt Tallinn lebt ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Sie liegt nur drei Stunden Fährpassage von Helsinki entfernt und erhält den Löwenanteil der Auslandsinvestitionen, während der Süden um die Stadt Tartu eher unterentwickelt bleibt und daher mit strukturellen Härten kämpfen muss. Große Ungeduld macht sich in der estnischen Bevölkerung breit, die nach wie vor dem EU-Beitritt mit nordischer Skepsis gegenübersteht. In diesem Frühjahr ergaben Umfragen, dass zwischen 46 und 59 % der Wähler die EU-Mitgliedschaft ablehnen, während lediglich 25 bis 36 % diese befürworten. Die EU-Verdrossenheit ist zum einen auf Vorbehalte gegen die Aufgabe der staatlichen

Souveränität zurückzuführen, da das Land lange genug einer „Zwangsunion“ angehört hat. Zum anderen verstärken hausgemachte Krisen und mangelnde Transparenz in der Europäischen Union sowie befürchtete Preiserhöhungen nach einem Beitritt die ablehnende Haltung. Dass die Esten allerdings den Fehler begehen sollten, auf den EU-Beitritt zu verzichten, gilt als äußerst unwahrscheinlich. Schließlich hat das kleine baltische Land zum ersten Mal die Gelegenheit, an zukünftigen Entscheidungen über sein Schicksal direkt zu partizipieren.

## **Lettland**

Lettland feierte im Juli 2001 recht selbstbewusst die 800-Jahr-Feier seiner Hauptstadt Riga. Das Land, das über lange Jahrhunderte seiner Geschichte fremdbestimmt geblieben ist, einzige Ausnahmen bilden die Zwischenkriegszeit und die Zeit seit der nach 1990 wieder erlangten Unabhängigkeit nach dem Zerfall der Sowjetunion, hat in den letzten Jahren einen beachtlichen Transformationsprozess durchlaufen. Für die politische Landschaft des Landes gilt dies allerdings nur bedingt. Ein Zeichen für die spürbare politische Instabilität waren die seit 1990 bis heute rasch wechselnden neun Regierungen. Beim letzten Regierungswechsel im Mai 2000 trat der reformfreudige Ministerpräsident Andris Skele, Gründer der marktwirtschaftlich orientierten Lettischen Volkspartei, als Ministerpräsident zurück und wurde durch den Bürgermeister von Riga, Andris Berzins, ersetzt, der der liberal-nationalen Partei Lettischer Weg angehört. Die Kabinettsbildung erwies sich als schwierig, da sich die ebenfalls zur Regierungskoalition gehörende rechtsnationale Partei Vaterland und Freiheit einer Kooperation mit dem weiterhin einflussreichen Skele widersetzte. Den Hintergrund für diese Regierungskrise bildete der Streit um die Privatisierung der großen Staatsbetriebe in den Bereichen Schifffahrt und Energie. Der Widerstand der Bevölkerung und der Gewerk-

schaften, die überwiegend schlechte Erfahrungen mit den bisherigen Privatisierungskonzepten gemacht haben, blieb weiterhin erheblich und hat auch die Regierung Berzins im Sommer 2000 mit ihrem gemäßigten Privatisierungskonzept hinsichtlich des Energiesektors scheitern lassen.

Im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen mit der EU ist man dennoch recht optimistisch, denn bis Frühjahr 2001 wurde bereits ein Drittel der Verhandlungskapitel vorläufig abgeschlossen. Über 40 % der lettischen Bevölkerung sind gegenwärtig für einen EU-Beitritt, von etwa 30 % wird er allerdings abgelehnt. Die Probleme mit der relativ großen russischen Minderheit, die etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht, konnten durch entsprechende Änderungen des Sprachengesetzes und des Staatsbürgerschaftsrechtes in Ansätzen entschärft werden. Die Diskussion um den NATO-Beitritt des Landes wird allerdings weiterhin kontrovers geführt, zumal Russland – wie bei den übrigen beiden baltischen Staaten auch – gewichtige Einwände formuliert.

Wirtschaftlich betrachtet geht es nach den ersten schweren Jahren der Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft sowie der Wirtschaftskrise in Russland (1999) wieder bergauf, was sich alleine daran ablesen lässt, dass in 2000 ein Wachstum von 6,6 % erreicht werden konnte. Inzwischen machen die Exporte in die EU zwei Drittel der Gesamtausfuhren Lettlands aus, obschon es auch noch enge Bindungen zum russischen Markt gibt. Allerdings sollte man nicht außer Acht lassen, dass es sich bei Lettland – im Vergleich mit den EU-Staaten, aber auch im Verhältnis zu den übrigen ostmitteleuropäischen Beitrittsaspiranten - weiterhin um ein armes Land handelt. So beträgt das BIP pro Kopf lediglich 27 % des EU-Durchschnitts. Dabei ist es in erster Linie die Metropole Riga, in der sich die großen Veränderungen vollzogen haben und die für den Wirtschaftsboom verantwortlich zeichnet. Hier werden 80 % des Steuereinkommens von gut einem Drittel der

Bevölkerung erbracht und hier liegt die Arbeitslosenrate bei nur 3,5 %, während sie in anderen strukturschwachen Regionen mehr als 20 % betragen kann. Insgesamt liegt sie landesweit weiterhin bei etwa zehn %. Auch sorgt die anhaltende Exportschwäche des Landes, dessen Güter auf den EU-Märkten nur wenig konkurrenzfähig sind, dafür, dass das Handelsdefizit mit etwa 15 % des BIP besonders hoch liegt. Dennoch geht die Europäische Kommission in ihrem regelmäßigen Bericht für das Jahr 2000 davon aus, dass das Land mittelfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU wird standhalten können. Die lettischen Eliten hoffen die Beitrittsverhandlungen mit der EU bis Anfang 2003 abgeschlossen zu haben.

## Litauen

Litauen ist mit 3,7 Millionen Einwohnern das größte baltische Land und zugleich das einzige mit einer katholischen Bevölkerungsmehrheit. Beobachter schmunzeln, es liege daran, dass die politischen Turbulenzen an italienische Verhältnisse erinnern. In kaum einem anderen EU-Beitrittsland wechseln die Ministerpräsidenten so oft wie in Wilna, allein fünfmal innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre. Wie bei früheren Urnengängen nutzten die Litauer auch die letzten Parlamentswahlen im Oktober 2000 zur Abstrafung der bisherigen Regierung und schickten die konservative Vaterlandsunion in die Opposition. Unter Führung des populären früheren Staatspräsidenten Algirdas Brazauskas feierten die Sozialdemokraten einen klaren Sieg. Statt aber den Auftrag zur Regierungsbildung an den Wahlsieger zu vergeben, schlug Präsident Adamkus dem Parlament den erst im Vorjahr als Premier zurückgetretenen Liberalen Rolandas Paksas vor. Ende Oktober wählte ihn eine Koalition aus vier Parteien zum Ministerpräsidenten. Bereits im Juni trat Paksas nach Differenzen über wirtschaftspolitische Fragen erneut zurück. Diesmal führte kein Weg an Brazauskas vorbei.

Auch wenn der erneute Regierungswechsel auf den ersten Blick nicht dazu beitragen dürfte, das Vertrauen in die Stabilität der litauischen Politik zu stärken, so weckt der Machtwechsel durchaus positive Erwartungen: Schließlich sind nun die politischen Kräfte in der Regierungsverantwortung, denen die Mehrheit der Wahlbevölkerung ihre Stimme gab. Gemeinsam mit den Sozialliberalen verfügen die Sozialdemokraten über einen stabilen Rückhalt im Parlament. Befürchtungen, die neue Mitte-Links-Regierung könne einen allzu scharfen Kurswechsel einleiten, trat Brazauskas bereits mit der Kabinettsbildung entgegen. Seine Ankündigung, ein breites Spektrum politischer Kräfte einzubinden, unterstrich er mit der Übernahme von sieben Ministern aus der bisherigen Regierung sowie der Ernennung von zehn Parteilosen. Für eine Fortsetzung des Reformkurses in der Wirtschaftspolitik steht Finanzministerin Dalia Grybauskaitė, die bereits bei der Bewältigung der russischen Finanzkrise internationales Ansehen erwarb. Damals waren die Schwächen der immer noch stark mit dem östlichen Nachbarland verflochtenen Wirtschaft schonungslos offengelegt worden. In Folge des Zusammenbruchs der russischen Absatzmärkte war das reale BIP um 4,1 % gesunken. Zusätzlich sieht sich Litauen mit Gefahren konfrontiert, die sich aus den ökonomischen, sozialen und sicherheitspolitischen Problemen der benachbarten russischen Exklave Kaliningrad ergeben. Umso mehr weiß man in Brüssel Litauen als zuverlässigen außenpolitischen Partner und stabilisierenden Faktor in der Region zu schätzen.

Inzwischen ist auch in der Wirtschaft ein positiver Trend zu verzeichnen. Die Wachstumsrate wird auf 3,5 % geschätzt, Haushalts- und Außenhandelsdefizite konnten verringert werden. Ergebnis der harten Deflationspolitik nach der Russlandkrise ist eine Inflationsrate von 1,3 %. Handlungsbedarf besteht aber weiterhin bei den Privatisierungsmaßnahmen, insbesondere im Energiesektor. Große Probleme bereitet die Umstrukturierung der Land-

wirtschaft, in der rund ein Fünftel der litauischen Beschäftigten tätig ist. Das BIP pro Kopf liegt mit 29 % des EU-Durchschnitts im hinteren Feld der Beitrittskandidaten, ebenso das monatliche Durchschnittseinkommen von 200 US-Dollar. Die Arbeitslosenquote wird mit 12,4 % angegeben; tatsächlich dürfte die Zahl in einigen ländlichen Regionen dreimal so hoch sein. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt an oder unterhalb der Armutsgrenze. Diejenigen, die unter der Last der Transformation besonders leiden, vor allem Landwirte und Rentner, machen ihrem Unmut öffentlich Luft. Die Regierung steht vor der schweren Aufgabe, nicht nur die EU von der eigenen Beitrittsreife zu überzeugen, sondern zugleich auch die litauische Bevölkerung für die Integration zu gewinnen. Mitverantwortlich für die verbreitete EU-Skepsis ist der langwierige Streit um das Kernkraftwerk Ignalina, das rund drei Viertel des litauischen Energiebedarfs deckt und ein wichtiger Arbeitgeber ist. Für die EU stellt das Kraftwerk dagegen trotz umfangreicher Nachrüstung ein Sicherheitsrisiko dar. Vielen Litauern stellt sich daher die Frage nach den Vorteilen einer EU-Mitgliedschaft. Die letzten Umfragen zählen eine knappe Mehrheit von 53 % für den Beitritt. Brazauskas jedenfalls unterstrich seine Ambitionen, Litauen 2004 in die Union zu führen, indem er als Ziel für seine erste Dienstreise Brüssel wählte.

---

## Slowakei

Zu den EU-Beitrittskandidaten, die Brüssel mehr durch politische als durch wirtschaftliche Probleme Sorge bereiten, gehört die Slowakei. Dabei hatte die Arbeit der regierenden Vielparteien-Koalition vor drei Jahren vielversprechend begonnen: Im Ziel vereint, den autokratischen Ministerpräsidenten Vladimir Meciar abzulösen, hatten sich vor der letzten Nationalratswahl mehrere Parteien zur Slowakischen Demokratischen Koalition zusammengeschlossen. Gemeinsam gewann das Anti-Meciar-Bündnis eine knappe verfassungsändernde Dreifünftelmehrheit und konnte unter

Führung von Mikulaš Dzurinda die Regierung bilden.

Nach den verlorenen Jahren unter Meciar erzielte die neue Regierung beachtliche Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Hatte die EU die Slowakei zuvor als einzigen Beitrittsanwärter wegen mangelnder Erfüllung der politischen Kriterien in die zweite Reihe verbannt, so honorierte der Europäische Rat von Helsinki die Reformbemühungen mit der Aufnahme offizieller Beitrittsverhandlungen.

Allerdings blieb das heterogene Regierungsbündnis in Bratislava labil und produzierte einen Konflikt nach dem anderen. Die Krise eskalierte im Juli, als ein Versuch zur Neugliederung der regionalen Verwaltungseinheiten scheiterte, von der insbesondere die magyrische Minderheit profitiert hätte. Bei der Parlamentsabstimmung votierten Abgeordnete mehrerer Koalitionsparteien gemeinsam mit der Opposition gegen die auch von der EU unterstützte Reform. In letzter Minute stoppte ein Sonderparteitag der Partei der ungarischen Koalition den daraufhin bereits angekündigten Rückzug ihrer Vertreter aus der Regierung.

Von der Krise profitieren gleich mehrere umstrittene Oppositionspolitiker. So führt Ex-Premier Meciar trotz seiner unrühmlichen Regierungsbilanz die Liste der beliebtesten Politiker an. Rund 30 Prozent der Slowaken gaben bei der "Sonntagsfrage" an, für seine HZDS stimmen zu wollen. Auf der aktuellen Beliebtheitsskala folgen mit Robert Fico und seiner Parteineugründung Smer, Anna Malikova von der rechtsextremen SNS und dem Medienmogul Pavel Rusko weitere Populisten, die in Brüssel eher Bedenken wecken dürften. Da lediglich 7 % Ministerpräsident Dzurinda als vertrauenswürdig beurteilen, wird er nach der nächsten Wahl kaum noch eine prominente Rolle spielen. Für den Fall eines Regierungswechsels wies EU-Kommissar Verheugen mit Blick auf Meciar vorsorglich darauf hin, dass eine Rückkehr der "alten Kräfte" den Beitrittsbemühungen schaden könnte.

Bis das ehrgeizige Ziel eines EU-Beitritts zum Wunschdatum 1. Januar 2004 erreicht werden kann, müssen auch ökonomische Probleme gelöst werden. Zwar kann die Slowakei auf eine Reihe erfolgreicher Privatisierungsmaßnahmen, ein geschätztes Wachstum von 3 bis 4 % im laufenden Jahr und sinkende Inflationsraten verweisen. Dennoch bereitet nicht nur die Umstrukturierung der Stahl- und der Rüstungsindustrie weiterhin Schwierigkeiten. Vorzeigeprojekte wie das Montagewerk von Volkswagen bilden die Ausnahme. Trotz des investitionsfreundlichen Klimas mit großzügigen Steuerbefreiungen schreckt viele potentielle Investoren die noch immer weit verbreitete Korruption. Der internationale Korruptionsindex weist der Slowakei einen unrühmlichen Platz 51 zu - weit hinter anderen Beitrittsaspiranten und noch hinter Kolumbien. Obwohl der rasante wirtschaftliche Aufholprozess der Slowakei insgesamt auch beim IWF viel Lob findet, ist Realismus angebracht. Experten gehen davon aus, dass die Slowakei bis 2015 erst zwei Drittel des durchschnittlichen BIP der heutigen EU erreichen wird. Besorgniserregend bleibt die hohe Arbeitslosenquote von rund 19 %. Die sozialen Belastungen infolge radikaler Sparmaßnahmen nehmen für viele Slowaken unerträgliche Ausmaße an. Mehr als 10 % der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Davon sind insbesondere die Roma betroffen, die trotz eines staatlichen Minderheitenschutzprogrammes zudem unter Diskriminierungen und rassistisch motivierter Gewalt leiden.

Trotz aller Probleme sind jedoch die großen Fortschritte und das Engagement der Slowaken nicht genug zu würdigen. Die langjährige internationale Isolierung wurde in der Slowakei, wo zuletzt 80 % einen EU-Beitritt befürworteten, als äußerst schmerzlich empfunden. Entsprechend erfreut vernahm man das Lob des Bundeskanzlers: "Wenn die Slowakei so weitermacht, kann sie bei der EU-Erweiterung in der ersten Reihe stehen." Dies scheint in der Tat möglich. Jedenfalls gelang es der Regierung Dzurindas, bereits 19

Beitrittskapitel vorläufig abzuschließen - womit man zu Tschechien aufschloss und Polen überholte.

*Michael Walter*

## **Wackelkandidaten? Innenpolitische Turbulenzen in EU-Anwärterstaaten**

Das angesichts der geringen Wahlbeteiligung und der innenpolitischen Situation auf der Grünen Insel mit Vorsicht zu bewertende irische "No" zum Vertrag von Nizza sowie die bisweilen von ebenso wenig Sachlichkeit und -kenntnis geprägte Debatte über Chancen und Risiken einer Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik haben der Diskussion über die EU-Erweiterung etwas Belebung verschafft. Nach wie vor konzentrieren sich jedoch Befürchtungen, Hoffnungen und Erwartungen ebenso wie Lob und Tadel für die EU-Aspiranten fast ausschließlich auf ökonomische Aspekte<sup>1</sup>.

Bei der Bewertung der "Unionsreife" der Beitrittskandidaten scheint die Frage der politischen Stabilität gegenüber der wirtschaftlichen nachrangig behandelt zu werden. Dies überrascht um so mehr, als man davon ausgehen kann, dass die ökonomische - und noch mehr die soziale - Situation in einem Land stets im Zusammenhang mit den politischen Machtverhältnissen steht. Jeder tatsächliche oder sich abzeichnende Regierungswechsel müsste daher zum einen daraufhin analysiert werden, inwieweit er Ausdruck wirtschaftspolitischer Misserfolge der abgelösten Regierung ist, zum andern stellt sich nicht zuletzt die Frage, welche Konsequenzen ein Machtwechsel für den

<sup>1</sup> Lediglich beim Sonderfall Türkei ist die Situation anders: Hier spielt die Frage nach wirtschaftlichen Fortschritten gegenüber etwa der Kritik an mangelnder Achtung der Menschenrechte oder kulturellen Unterschieden zu den jetzigen Mitgliedsstaaten der EU in der öffentlichen Debatte eine untergeordnete Rolle.

Annäherungsprozess an die EU hat. Ohne dies erschöpfend beantworten zu können, soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, die entsprechenden Ereignisse der letzten Monate zumindest in drei der betreffenden Länder zusammenzufassen.

### **Litauen: Comeback des Ex-Präsidenten Algirdas Brazauskas**

In der letzten Ausgabe der "aktuellen ostinformationen" wurden unter der Überschrift "Everybody gets a second chance" die innenpolitischen Entwicklungen des vergangenen Jahres in Litauen ausführlich dargestellt<sup>2</sup>. Der damals auf die erneute Regierungsübernahme des bereits von Mai bis Oktober 1999 amtierenden Liberalen Rolandas Paksas bezogene Titel erhielt mit den innenpolitischen Turbulenzen des Jahres 2001 eine nicht ganz unerwartete Bestätigung. Nur rund acht Monate nach dem letzten Regierungswechsel, trat Paksas am 18. Juni zum zweiten Mal innerhalb von zweieinhalb Jahren von seinem Amt als Regierungschef zurück. Staatspräsident Valdas Adamkus, der es nach den Parlamentswahlen vom 8. Oktober 2000 trotz des klaren Wahlerfolges der Sozialdemokraten noch abgelehnt hatte, deren Vorsitzenden Algirdas Brazauskas zum Ministerpräsidenten zu ernennen, blieb angesichts der Kräfteverhältnisse im Seimas diesmal nichts anderes übrig, als einen USA-Besuch abzubereiten und dem populären Ex-Präsidenten den Weg in das Regierungsamts zu ebnen. Adamkus ließ keinen Zweifel daran, dass er den 70-jährigen ehemaligen Kommunisten Brazauskas nur widerwillig ernannte<sup>3</sup>. Allerdings hatte der Staatspräsident sich selbst erst wenige Wochen zuvor in seiner Jahresbilanz kritisch über die Leistungen der Regierung Paksas geäußert und

für die Bildung einer breiteren Koalition unter Einbeziehung der Sozialdemokraten plädiert<sup>4</sup>.



### **Hintergründe des Koalitionsbruchs**

Aktueller Auslöser der Regierungskrise war wie bei der ersten Demission von Rolandas Paksas ein Streit um die Privatisierung eines Energieunternehmens, diesmal des Gasmonopols Lietuvos Dujos. Dahinter steckten jedoch grundsätzlich divergierende Auffassungen über die wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen. Während die als konservativ eingestuften Wirtschaftsliberalen unter Führung von Paksas eine möglichst freie Marktwirtschaft anstrebten, traten die Mitglieder der sozialliberal ausgerichteten Neuen Union des Parlamentspräsidenten Arturas Paulauskas für eine stärkere Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat ein. Anlässlich konkreter Entscheidungen zeigte sich, dass diese Differenzen größer waren, als es kurz nach der Parlamentswahl schien. Allerdings war es bereits damals nicht gelungen, Einvernehmen über Einzelfragen der Steuerpolitik und des Privatisierungskurses zu erzielen<sup>5</sup>. Statt der erhofften Annäherung der Positionen in der Regierungsarbeit kam es zu immer größeren Differenzen. Laut eines Berichts der litauischen Tageszeitung Lietuvos

<sup>2</sup> Vgl. Michael Walter, Everybody gets a second chance - Ein Rückblick auf die Wahlen in Slowenien und in Litauen, in: aktuelle ostinformationen 1/2-2001, S. 15-24, hier S. 19 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Brazauskas ernannt, in: die tageszeitung vom 2.7.2001.

<sup>4</sup> Vgl. Paksas lehnt Rücktritt ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.6.2001; Hannes Gamillscheg, Comeback für Brazauskas, in: Frankfurter Rundschau vom 20.6.2001; Regierungschef in Wilna tritt zurück, in: die tageszeitung vom 21.6.2001.

<sup>5</sup> Vgl. Paksas lehnt Rücktritt ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.6.2001.

Rytas bestand in keinem der 30 letzten Tagesordnungspunkte Einigkeit in der Koalition<sup>6</sup>. Da die als Juniorpartner der Regierung angehörende Neue Union Paksas' Pläne zur Senkung der Steuern und beschleunigten Privatisierung der Staatsbetriebe ablehnte, forderte ihr Vorsitzender Paulauskas den Ministerpräsidenten "wegen unüberbrückbarer Differenzen" zum Rücktritt auf<sup>7</sup>. Paksas lehnte dies zunächst ab<sup>8</sup>. Dass die Neue Union daraufhin ihre sechs Minister aus dem Kabinett zurückzog, wovon unter anderem die Schlüsselressorts für Inneres und Außenpolitik betroffen waren, brachte Paksas in eine ausweglose Lage. Nachdem es bereits in den Monaten zuvor Ministerrücktritte und Kabinettsumbildungen gegeben hatte, kam nun Artikel 101 der Verfassung zum Zuge. Dieser verlangt: "Werden mehr als die Hälfte der Minister ausgetauscht, so muss die Regierung von neuem ihre Befugnisse vom Seimas übertragen erhalten. Anderenfalls muss die Regierung zurücktreten."<sup>9</sup> Paksas gab auf.

### Mögliche Folgen des Regierungswechsels

Auch wenn der erneute Regierungswechsel in Litauen auf den ersten Blick nicht gerade dazu beitragen dürfte, das Vertrauen in die Stabilität und Effizienz der politischen Führung zu stärken, so lassen sich mit dem Machtwechsel mittelfristig durchaus positive Erwartungen verbinden: Schließlich sind nun die politischen Kräfte in der Regierungsverantwortung, denen die Mehrheit der Wahlbevölkerung bereits im vergangenen Oktober ihre Stimme gegeben hatte. Gemeinsam mit den Sozialliberalen verfügen die Sozialdemokraten über 81 der 141

Sitze im Parlament, was eine weitaus stabilere Basis darstellt als jene, auf die sich Paksas stützen konnte. Befürchtungen, die neue Mitte-Links-Regierung könne einen allzu scharfen politischen Kurswechsel einleiten, trat Brazauskas bereits mit der Kabinettsbildung entgegen. Seine Ankündigung, ein breites Spektrum politischer Kräfte einzubinden, unterstrich er nicht nur mit der überraschenden Ernennung von zehn Parteilosen zu Ministern. Als Ausdruck des Willens zur Kontinuität gilt auch die Entscheidung, sieben von 13 Ministern aus der bisherigen in die neue Regierung zu übernehmen, darunter auch Politiker, die von den Liberalen nominiert worden waren. Für die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union und zur NATO kann es als positiv gewertet werden, dass Außenminister Antanas Valionis und Verteidigungsminister Linas Linkevicius ihre Ämter behielten. Personelle Veränderungen gab es dagegen im Wirtschafts- und im Finanzministerium. Die Ernennung des parteilosen Unternehmers Petras Cesna zum Wirtschaftsminister und der ebenfalls nicht den Sozialdemokraten angehörenden bisherigen stellvertretenden Außenministerin Dalia Grybauskaitė zur Finanzministerin lassen jedoch eine Fortsetzung des Reformkurses erwarten. So hatte sich Grybauskaitė Ende 1999 internationales Ansehen erworben, als sie erfolgreich dazu beitrug, die Folgen der Russlandkrise zu bewältigen<sup>10</sup>. Nachdem das Wachstum 1999 noch um 3,9 Prozent zurückgegangen war, vermeldete das Statistische Amt Litauens für die ersten beiden Quartale 2001 Zuwachsraten von 5,1 bzw. 5,6 Prozent<sup>11</sup>. Ob allerdings die Forderung der neuen Finanzministerin, am Austeritätskurs festzuhalten, auch in der Mitglied- und Anhängerschaft insbesondere der sozialdemokratischen Partei Zustimmung findet, darf bezweifelt werden. Zur Gretchenfrage könnten

<sup>6</sup> Vgl. Lietuvos Rytas vom 21.6.2001.

<sup>7</sup> Vgl. Hannes Gamillscheg, Comeback für Brazauskas, in: Frankfurter Rundschau vom 20.6.2001.

<sup>8</sup> Vgl. Zerbrochene Regierungskoalition in Litauen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 20.6.2001.

<sup>9</sup> Zit. nach Herwig Roggemann (Hrsg.), Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas. Einführungen und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern. Berlin 1999, S. 531-569, S. 556.

<sup>10</sup> Vgl. Brazauskas stellt sein Kabinett vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.7.2001.

<sup>11</sup> Vgl. Litauens Wirtschaft wächst wieder, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14.8.2001.

ein drittes Mal Maßnahmen zur Privatisierung des Energiesektors werden. Von den umfangreichen Vorhaben sind immerhin drei der fünf größten litauischen Unternehmen betroffen<sup>12</sup>. Weitere Hürden bilden die ebenso notwendigen wie unpopulären Reformmaßnahmen in der Steuerpolitik und beim Sozialversicherungswesen. Es spricht für die Seriosität Brazauskas', dass er in seiner Regierungserklärung ausdrücklich darauf hinwies, dass "Geld für sozialpolitische Vorhaben nur ausgegeben werden könne, wenn es vorher erwirtschaftet worden sei."<sup>13</sup> Noch in diesem Jahr soll z.B. das Defizit der öffentlichen Finanzen auf 1,4 Prozent des BIP gesenkt werden (2000: 2,8). Hinsichtlich des sich abzeichnenden NATO-Beitritts seines Landes dürfte der neue Ministerpräsident im Westen Punkte gesammelt haben, als er sich für die geforderte Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes aussprach. An die Adresse der Europäischen Union schließlich war seine optimistische Erklärung gerichtet, die Beitrittsverhandlungen bis Ende 2002 abzuschließen, um 2004 Mitglied werden zu können<sup>14</sup> - und damit rechtzeitig vor den nächsten (regulären) Parlamentswahlen.

### **Slowakei: Stabile Dauerkrise der Vielparteien-Regierung**

Nicht nur an der Ostsee, sondern auch in der Donauregion waren in den zurückliegenden Monaten heftige politische Gewitter zu verzeichnen. Doch stellte die sommerliche Regierungskrise in der Slowakei ebenfalls lediglich eine neue, besonders heftige Entladung atmosphärischer Störungen dar, welche die regierende Vielparteien-Koalition von Anfang an belasteten. Dabei hatte es vor

drei Jahren in Bratislava vielversprechend begonnen: Im Ziel vereint, den autoritären Langzeit-Ministerpräsidenten Vladimír Meciar aus dem Amt zu vertreiben, hatten sich damals fünf Parteien bzw. Parteiengruppen - die Christdemokraten (KDH), die Demokratische Union (DU), die Demokratische Partei (DS), die Sozialdemokraten (SDSS) und die Grünen (SZS) - nominell zur Partei Slowakische Demokratische Koalition (SDK) zusammengeschlossen, einem Bündnis das heute nur noch als Parlamentsfraktion existiert<sup>15</sup>. Gemeinsam mit der postkommunistischen Partei Demokratische Linke (SDL), der Partei der bürgerlichen Verständigung (SOP) und der aus drei Gruppen bestehenden Partei der Magyarischen Koalition (SMK) der ungarischen Minderheit gewann die SDK im Parlament eine knappe verfassungsändernde Dreifünftel-Mehrheit und konnte unter Führung des SDK-Vorsitzenden Mikuláš Dzurinda die Regierung bilden.

Nach der langen Zeit der Stagnation und der außenpolitischen Isolation unter Meciar erzielte die neue Regierung in kurzer Zeit enorme Fortschritte bei der Demokratisierung des Landes. Dies wurde auch von der Europäischen Union bescheinigt und mit der Aufnahme offizieller Beitrittsverhandlungen honoriert. Nach zähen Verhandlungen und einem dreiwöchigen Redemarathon gelang es im Februar 2001 sogar, die für die EU-Integrationsbemühungen wichtige Reform der slowakischen Verfassung in insgesamt 79 Punkten zu verabschieden<sup>16</sup>. Schwieriger war die Aufgabe, den wirtschaftlichen Rückstand aufzuholen. Zwar kann die Regierung Dzurinda auf eine Reihe erfolgreicher Privatisierungsmaßnahmen, gute Wachstumsraten und sogar auf die Aufnahme in die OECD verweisen. Mit einer Inflationsrate von zwischenzeitlich über 10 Prozent, einem BIP-

<sup>12</sup> Vgl. Jakob Lemke, dpa, Litauen vor Linksruck, in: FAZ.NET vom 1.7.2001.

<sup>13</sup> Zit. nach Kontinuität in Litauens Integrationspolitik, in: Neue Zürcher Zeitung vom 10.7.2001.

<sup>14</sup> Vgl. ebda.

<sup>15</sup> Vgl. ausführlich: Michael Walter, Die zweite "samtene Revolution" in Bratislava, in: aktuelle ostinformationen 1/2-2000, S. 34-41.

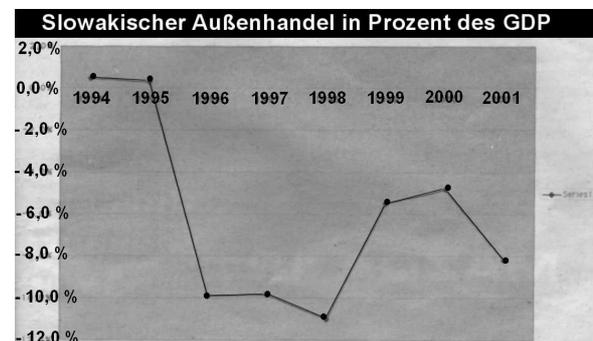
<sup>16</sup> Vgl. Verfassungsänderungen in der Slowakei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.2.2001.

Wachstum von 2,2 Prozent<sup>17</sup> und einer Arbeitslosenquote von und 19 Prozent<sup>18</sup> liegt die Slowakei jedoch noch immer weit hinter den erfolgreichsten Kandidaten des Bewerberfeldes zurück.

Dagegen scheint der Wunsch der Regierung, bald der NATO beizutreten, in naher Zukunft erfüllt zu werden. Die Verantwortlichen in Bratislava schmerzt es besonders, dass man als einziger Staat der Visegrád-Gruppe bei der letzten Erweiterungsrunde abgelehnt worden war. Daher versicherte man - trotz erheblicher Skepsis in der Bevölkerung - wiederholt, bis Ende 2002 aufnahmebereit zu sein, räumte jedoch noch erheblichen Nachholbedarf bei der Umgestaltung der Armee, dem Aufbau eines Amtes für Datenschutz sowie der sprachlichen Qualifizierung der slowakischen Soldaten ein<sup>19</sup>.

Die Lösung aller politischen und wirtschaftlichen Probleme wird indes noch immer durch die Zerstrittenheit der "Koalitionen-Koalition" in Bratislava erschwert. Ein Versuch, die Zusammenarbeit des von "ideologischen, nationalen, sozialen, kulturellen und religiösen Gegensätzen"<sup>20</sup> bestimmten Parteienbündnisses mit Hilfe eines "Rates der Vorsitzenden" der SDK-Parteien zu verbessern, erwies sich als wenig hilfreich, zumal dieses Gremium potenziell die Macht des Regierungschefs bedrohte<sup>21</sup>. Daher entschloss sich Dzurinda zu einem radikalen Schritt und gründete im November 2000 eine neue Partei mit dem Namen Slowakische Demokratische und Christliche Union. Das politische Profil der SDKU sollte sich an der CDU Deutschlands

und der österreichischen ÖVP orientieren<sup>22</sup>. Allerdings erklärte Dzurinda, den Willen des Wahlvolkes, das 1998 für die SDK gestimmt hatte, zu respektieren und mit der neuen Partei erst bei der nächsten Parlamentswahl offiziell anzutreten. Ohnehin hätte eine andere Entscheidung den Koalitionsvertrag gefährdet. Die Hoffnung, in der Zwischenzeit große Teile der Anti-Meciar-Koalition in die SDKU integrieren zu können, wurde enttäuscht. Abgesehen vom Übertritt einzelner Politiker fusionierte lediglich die DU mit der neuen Partei<sup>23</sup>. Das Regierungsbündnis blieb labil und produzierte eine Krise nach der anderen.



### Korruptionsvorwürfe

Nachdem im Januar der unter Korruptionsverdacht geratene Verteidigungsminister Pavol Kanis zurückgetreten war, erschütterte im April erneut eine Korruptionsaffäre das Land. Ein slowakischer Ministerialdirektor wurde beschuldigt, EU-Fördermittel aus Phare- und ISPA-Programmen in Höhe von umgerechnet rund 100 Millionen Mark veruntreut zu haben<sup>24</sup>. Diese Summe, immerhin 60 Prozent

<sup>17</sup> Vgl. Heterogene EU-Beitritts-Kandidaten, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14.8.2001.

<sup>18</sup> Vgl. Nový Den vom 7.8.2001.

<sup>19</sup> Vgl. NATO-Beitritt der Slowakei, in: Prager Zeitung vom 10.5.2001; Nato-Anwärter tagen in Preßburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.5.2001; Die Slowakei gehört in die Nato, in: Die Welt vom 3.3.2001.

<sup>20</sup> Karl-Peter Schwarz, Die EU als Korsett, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.2.2001.

<sup>21</sup> Vgl. Krise in Pressburg geht weiter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.1.2000.

<sup>22</sup> Vgl. Hans-Jörg Schmidt, Slowakischer Premier Dzurinda gründet eigene Partei, in: Die Welt vom 20.11.2000; Dzurinda schafft sich eine Hausmacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.1.2000.

<sup>23</sup> Vgl. Andreas Oplata, Verworrene Parteiverhältnisse in der Slowakei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4.2.2000; Dzurindas Partei offiziell gegründet, ebda., 20.11.2000; Dzurinda Vorsitzender zweier Parteien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.11.2000.

<sup>24</sup> Vgl. auch zum Folgenden: Skandal um EU-Gelder erschüttert Slowakei, in: Prager Zeitung vom 10.5.2001; Beamter soll Fördermittel der EU veruntreut haben, in: Frankfurter Rundschau vom

aller bisherigen EU-Fördergelder für die Slowakische Republik, soll der frühere Phare-Koordinator in eigene Firmen umgeleitet haben. Zwar fehlten konkrete Beweise, doch stellte die Europäische Kommission vorübergehend sämtliche Zahlungen an die Slowakei ein und ließ den Verbleib der Fördermittel durch ihre Anti-Betrugs-Behörde OLAF untersuchen. Auch wenn erhebliche Zweifel am Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen blieben und offenbar keine EU-Gelder verschwunden sind<sup>25</sup>, trugen die Korruptionsvorwürfe nicht dazu bei, den gerade in diesem Bereich wenig positiven Ruf der Slowakei zu verbessern. Der aktuelle Korruptionsindex von Transparency International führt die Slowakei auf Platz 51 - hinter Peru und Kolumbien<sup>26</sup>. Und selbst die Leitung des Vorzeigeunternehmens US Steel Košice sah sich nicht ohne Grund genötigt, einen Ethik-Codex zu veröffentlichen, dass man hart gegen Bestechlichkeit und Bestechungsversuche vorgehen werde<sup>27</sup>.

### Regierungsumbildungen

Konkrete Folgen hatte die Affäre um die EU-Gelder für die Zusammensetzung der Regierung. Da sich der für die Westintegration zuständige Vizepremier und SOP-Vorsitzende Pavol Hamžík als direkter Vorgesetzter des belasteten Spitzenbeamten weigerte, Konsequenzen aus der Affäre zu ziehen, wurde er auf Betreiben Dzurindas seines Amtes enthoben. Dass dies nur der Auftakt zu einer weitergehenden Kabinettsumbildung war, zeigte sich wenig später. Mitte Mai räumte Innenminister Ladislav Pittner seinen Posten und kam damit seiner Entlassung zuvor. Dem Christdemo-

kraten wurde die politische Verantwortung für peinliche Misserfolge der Sicherheitskräfte zum Verhängnis. So ist es noch immer nicht gelungen, den mit Haftbefehl gesuchten früheren Sicherheitschef Lexa wegen seiner Rolle bei der Entführung des Sohnes des damaligen Staatsoberhauptes Kovac festzunehmen. Ebenso erfolglos blieb die Suche nach den Mördern des früheren Wirtschaftsministers Jan Ducký. Ein Tatverdächtiger musste nach zweieinhalb Jahren aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Und auch bei der Durchleuchtung zweifelhafter Privatisierungsfälle der Ära Meciar blieb Vieles im Dunkeln<sup>28</sup>. Unter diesen Umständen wurde es zunehmend schwieriger, an Pittner festzuhalten. Dass Dzurinda aber angeblich ohne Rücksprache mit seinen Koalitionspartnern mit Ivan Simko einen Mann aus den eigenen Reihen als Nachfolger präsentierte, brüskierte die Christdemokraten. Verärgert verkündete die KDH, man habe dem Regierungschef das Vertrauen entzogen, wolle die Koalition vorerst aber nicht verlassen<sup>29</sup>. Zur weiteren Verwirrung trug Staatspräsident Rudolf Schuster bei, als er am Premier vorbei Justizminister Jan Carnogurský zum Interims-Leiter des Innenressorts ernannte. Vollends absurd wurde die Situation, als Dzurinda Carnogurský aufforderte, den Ruf des Präsidenten abzulehnen, dieser sich weigerte und schließlich drei der Koalitionsparteien in einer gemeinsamen Erklärung den Staatspräsidenten gegen den Ministerpräsidenten unterstützten<sup>30</sup>.

26.4.2001; Korruptionsaffäre mit Folgen in der Slowakei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7.5.2001.

<sup>25</sup> Vgl. Die Eintrittskarte hat noch keiner in der Tasche, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.7.2001.

<sup>26</sup> Vgl. [www.transparency.org/documents/cpi/2001/cpi2001.de.html](http://www.transparency.org/documents/cpi/2001/cpi2001.de.html).

<sup>27</sup> Vgl. Steeled for anti-grass assault, in: The Slovak Spectator, August 13-19, 2001.

<sup>28</sup> Vgl. Slowakische Gleichgewichtsübungen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14.5.2001; Hans-Jörg Schmidt, Slowakischer Premier Dzurinda bildet sein Kabinett um, in: Die Welt vom 16.5.2001.

<sup>29</sup> Vgl. Koalitionspartner entzieht Premier Dzurinda Vertrauen, in: Die Welt vom 18.5.2001.

<sup>30</sup> Vgl. Ulrich Glauber, In Bratislavas Regierung kocht jeder sein Süppchen, in: Frankfurter Rundschau vom 18.5.2001.



## Konflikte zwischen Präsident und Regierung

Schusters Vorgehen trug nicht dazu bei, die ohnehin kühlen Beziehungen zum Premier zu verbessern. Einen vorläufigen Tiefpunkt erfuhren diese Ende Mai, als Schuster seine Jahresbilanz vor dem Parlament dazu nutzte, der Regierung in ungewöhnlich scharfer Form einen umfangreichen Misserfolgskatalog vorzuhalten<sup>31</sup>. Er warf ihr zudem vor, die Zusammenarbeit mit der - in seiner Rede weitgehend geschonten - Opposition zu vernachlässigen und seine eigenen Vorschläge zu ignorieren. Auch wenn der slowakische Präsident in einer Reihe von Punkten zweifellos nicht falsch lag, bleiben Zweifel, ob er mit seinem Anspruch, aktiver in die Politik einzugreifen, nicht seine verfassungsmäßigen Kompetenzen überstrapazierte. Für die Nerven der angegriffenen Regierungsmannschaft galt dies ganz sicherlich. Während der stellvertretende Vorsitzende der Christdemokraten, Palko, öffentlich die frühere Nominierung Schusters zum Präsidentschaftskandidaten bereute, riet der Führer der ungarischen Koalition Béla Bugár dem Präsidenten diplomatisch, seinen Beraterstab auszuwechseln. Auch in der slowakischen Presse fand sich fast ausschließlich Kritik an Schusters Vorgehen. Lediglich Ministerpräsident Dzurin-

<sup>31</sup> Vgl. Aufsehen um den slowakischen Präsidenten, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28.5.2001; In der Slowakei heftige Kritik an Schuster, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.5.2001. Vgl. auch das Interview mit Rudolf Schuster in der Welt vom 3.3.2001.

da bemühte sich, die Wogen zu glätten. Er akzeptierte die Kritik, doch sei es wenig hilfreich, Skepsis zu verbreiten. Überdies stand Schusters in Bratislava verlesene Negativbilanz ganz deutlich im Widerspruch zur positiven Einschätzung der Entwicklungen in der Slowakei, wie sie der Präsident kaum zwei Wochen zuvor vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg präsentiert hatte<sup>32</sup>.

## Rücktrittsdrohungen und -aufforderungen

Fast zum gleichen Zeitpunkt konnte der Premier mit einer Rücktrittsandrohung gerade noch verhindern, dass die zwei Linksparteien seines Regierungsbündnisses ein von der oppositionellen HZDS initiiertes parlamentarisches Misstrauensvotum gegen den liberalen Wirtschaftsminister und Vize-Premier Ivan Mikloš unterstützten. Da die Demission Dzurindas das Ende der Regierungskoalition und wahrscheinlich Neuwahlen zur Folge gehabt hätte, gab die (in Umfragen schwache) SDL nach und enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme<sup>33</sup>. Der Misstrauensantrag scheiterte.

Zuvor hatte bereits Finanzministerin Schmögnerová, die sich mit ihrer ebenso unpopulären wie erfolgreichen Sanierungsstrategie den Beinamen "brutale Brigita" erworben hatte, ihren Rücktritt für den Fall angekündigt, dass ihre geplanten Maßnahmen keine weitere Unterstützung fänden<sup>34</sup>.

Im Juli drohte schließlich die Partei der ungarischen Minderheit zum dritten Mal innerhalb von neun Monaten mit dem Bruch der Koalition und forderte überdies den Ministerpräsidenten zum Rücktritt auf<sup>35</sup>.

<sup>32</sup> Vgl. Die Slowakei hofft auf baldigen EU-Beitritt, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17.5.2001.

<sup>33</sup> Vgl. Erzwungene Einigkeit im slowakischen Regierungslager, in: Neue Zürcher Zeitung vom 25.5.2001.

<sup>34</sup> Vgl. Erlahmt der slowakische Erneuerungseifer?, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28./29.4.2001.

<sup>35</sup> Vgl. zum Folgenden: Brüchige slowakische Regierungskoalition, in: Neue Zürcher Zeitung vom

Vorausgegangen war eine Parlamentsabstimmung über eine seit zwei Jahren vorbereitete Regierungsvorlage zur Verwaltungsreform, welche die Schaffung von zwölf territorialen Selbstverwaltungseinheiten vorsah. Dieses Reformvorhaben wurde auch von der Europäischen Union unterstützt. Bei der entscheidenden Abstimmung votierten dann aber Abgeordnete der Koalitionsparteien SDL und SOP gemeinsam mit der oppositionellen HZDS sowie der rechtsextremen Slowakischen Nationalpartei gegen die Regierungsvorlage. Ziel der Linksparteien war es offensichtlich, einen drohenden Machtverlust in ihren Hochburgen in Folge der Dezentralisierung abzuwenden, während die Nationalisten eine politische Stärkung der ungarischen Minderheit im Süden des Landes verhindern wollten. Zur allgemeinen Überraschung schloss sich in letzter Minute auch die SDK des Ministerpräsidenten, die keine Möglichkeit mehr sah, das Zwölfer-Modell durchzusetzen, den Reformverweigerern an, so dass zuletzt lediglich die Fraktionen der Christdemokraten und der Ungarn an der Regierungsvorlage festhielten<sup>36</sup>.

Damit bestätigten die Reformgegner die 1996 unter Meciar verfügte regionale Gliederung des Landes in acht Kreise und verhinderten eine Neueinteilung, die den regionalen Siedlungsgegebenheiten stärker Rechnung getragen hätte. Davon ist insbesondere die magyarische Minderheit betroffen, die unter Meciar bewusst auf mehrere Verwaltungseinheiten aufgeteilt worden war. Mit der Parlamentsentscheidung wurde den Ungarn weiterhin die Wahrnehmung des Rechts auf zweisprachige Schulen und der Gebrauch ihrer Sprache vor Ämtern und Gerichten erschwert.

---

5.7.2001; Verhärtung in der Slowakei, ebd. vom 7./8.7.2001. Zu den früheren Drohungen der SMK, die Koalition zu verlassen: Krise in der Slowakei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.10.2000; Ungarische Minderheit löst in der Slowakei Krise aus, in: Die Welt vom 8.3.2001.

<sup>36</sup> Vgl. Bruchige slowakische Regierungskoalition, in: Neue Zürcher Zeitung vom 5.7.2001.

Nach dem Bruch der Koalitionsvereinbarung durch gleich drei der Regierungsparteien konnte die Reaktion der Ungarischen Koalition nicht überraschen. Wie ihr Vorsitzender Béla Bugár erklärte, sprachen sich alle Präsidiumsmitglieder seiner Partei für das Verlassen der Koalition aus. Eine Entscheidung sollte aber erst der formal zuständige Landesrat auf einer außerordentlichen Sitzung am 25. August treffen. Bis dahin wurde die Mitarbeit in der Regierung suspendiert<sup>37</sup>. Da jedoch nur wenige der, je nach Zählweise der verschiedenen Allianzen, ursprünglich bis zu elf Parteien der Regierungskoalition Chancen haben, in das nächste Parlament einzuziehen, fehlt trotz aller Turbulenzen bei der Mehrheit der Koalitionspartner das Interesse, die Regierung vorzeitig platzen zu lassen. In den folgenden Wochen bemühten sich auch Vertreter der EU intensiv, die SMK noch einmal umzustimmen, um einen möglichen Auftrieb nationalistischer Kräfte zu bremsen. Dennoch war es für die meisten Beobachter eine große Überraschung, dass sich die überwältigende Mehrheit der Landesdelegierten in letzter Minute entschied, vorläufig in der Regierung zu bleiben. Die SMK verband dies aber mit einem Ultimatum an die Koalitionspartner, bis Ende September mehrere Bedingungen zu erfüllen, mit denen die Stellung ihrer Volksgruppe verbessert werden sollte<sup>38</sup>. Bereits eine Woche später setzte die Regierung ein „Kompetenzgesetz“ in

---

<sup>37</sup> Vgl. Gescheiterte Verwaltungsreform führt zu Regierungskrise in der Slowakei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.7.2001; SMK party loudly packs coalition bags, in: The Slovak Spectator, August 13-19, 2001.

<sup>38</sup> Vgl. Ungarnpartei in der Slowakei stellt Koalitionspartnern ein Ultimatum, in: Die Welt; Die Partei der ungarischen Minderheit bleibt vorerst in der slowakischen Koalition, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung; Eine Frist für die slowakische Koalition, in: Neue Zürcher Zeitung, alle 27.8.2001; In der Slowakei hat die Staatsräson gesiegt, in: Prager Zeitung vom 30.8.2001.

Kraft, mit dem acht Regionen geschaffen und ihre Zuständigkeitsbereiche geregelt werden<sup>39</sup>.

### Populäre Populisten - Oppositionspolitiker führen in Umfrageergebnissen

Unabhängig davon, ob die Koalition bis zu den nächsten regulären Parlamentswahlen im Herbst 2002 hält oder nicht, wächst mit der ständigen Unruhe innerhalb des Regierungsbündnisses in der Bevölkerung der Wunsch nach einem erneuten Wechsel des politischen Spitzenpersonals. Offenbar haben die Slowaken das parteipolitische Verwirrspiel um persönliche Machtgruppierungen inzwischen leidlich satt und wünschen sich klarere Konstellationen. Von diesem Klima profitieren einige vermeintlich "starke Männer" bzw. "starke Frauen". So lagen laut den Umfragen der vergangenen Monate gleich drei umstrittene Oppositionspolitiker auf den vorderen Plätzen in der Gunst der Wählerinnen und Wähler.



Ein unerwartetes Comeback feiert derzeit Vladimír Meciar. Trotz seiner unrühmlichen Regierungsbilanz führt der nach drei schweren Niederlagen von vielen Beobachtern bereits abgeschriebene Ex-Premier die Liste der beliebtesten Politiker an. 17,6 Prozent der Befragten bescheinigten ihm, der vertrauenswürdigste Politiker zu sein, sogar rund 26 Prozent gaben bei der "Sonntagsfrage" an, für

<sup>39</sup> Vgl. Föderalisierung beendet schwelende Regierungskrise, in: Frankfurter Rundschau vom 6.8.2001.

die HZDS stimmen zu wollen<sup>40</sup>. Ein Blick auf die einzelnen Bezirke zeigt, dass die HZDS bei Spitzenergebnissen von 33,7 Prozent in Trenčín und 31,9 Prozent in Žilina in allen Regionen führt - mit Ausnahme der beiden Bezirke Trnava und Nitra, in denen aufgrund eines starken ungarischen Bevölkerungsanteil die SMK vorne liegt.



Auf Platz zwei liegt mit landesweit 17,3 Prozent der 36-jährige Abgeordnete Robert Fico, einst stellvertretender Vorsitzender der mitregierenden Demokratischen Linken. Fico, den der FAZ-Korrespondent Karl-Peter Schwarz als "eine Art 'Jung-Meciar'", enorm ambitioniert, politisch wendig und ohne erkennbare Grundsätze" charakterisiert, gelang es mit seiner linksgerichteten Parteineugründung Smer (zu deutsch "Richtung"), über die Grenzen der Slowakei hinaus Aufmerksamkeit auf sich zu lenken<sup>41</sup>. Für Furore sorgte Fico, als er sich während einer Moskautreise mit dem russischen Industrieminister und dem Atomminister traf, um die Finanzierung und Fertigstellung des slowakischen Atomkraftwerks Mochovce sowie den von Bratislava gestoppten Kauf des russischen Raketenab-

<sup>40</sup> Vgl. auch zum Folgenden: Nový Den vom 10.8.2001, TV Markiza, 6.8.2001, 19 Uhr-Nachrichten, Karl-Peter Schwarz, Wende und Rückkehr des Populisten Meciar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.7.2001.

<sup>41</sup> Vgl. Karl-Peter Schwarz, Der Widerspruch zwischen den Wahlversprechen und der Wirklichkeit danach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.2001.

wehrsysteMS S-300 zu erörtern<sup>42</sup>. Letzteres dürfte kaum dazu angetan sein, die Nato-Beitrittsbemühungen der Slowakei zu fördern. Dass "Smer" mit 17,8 Prozent (in den nördlichen Bezirken 22 bis 23 Prozent) in der aktuellen Wählergunst fast das gleiche Umfrageergebnis erzielt wie ihr Vorsitzender bestätigt im Übrigen das Etikett der "Ein-Mann-Partei". Dank seiner guten Umfrageergebnisse strotzt Fico vor Selbstbewusstsein. So erklärte er frühzeitig, nach der nächsten Wahl weder mit Meciar noch mit einem Anti-Meciar-Bündnis unter Dzurinda koalieren zu wollen und stellte bereits sein Schattenkabinett vor<sup>43</sup>.

An dritter Stelle folgt mit rund 13 Prozent Anna Malíková, die Führerin der rechts-extremen SNS, der es im August gelang, ihre innerparteilichen Kritiker durch die Suspendierung ihrer Parteimitgliedschaft auszuschalten<sup>44</sup>. Malíková ist vermutlich die einzige der ernst zu nehmenden Akteure, die die Beitritte zur Europäischen Union und zur NATO ablehnt. Die Gegnerschaft zur Allianz begründete sie damit, sie könne nicht vergessen, was die NATO "unseren slawischen und christlichen Brüdern in Jugoslawien" angetan habe<sup>45</sup>. Die SNS lag in den Umfragen des Frühsommers bei knapp neun Prozent (Bezirk Žilina 13 Prozent).

Als eine Art "slowakischer Berlusconi" versucht sich schließlich der 37-jährige einflussreiche Besitzer der populären privaten Fernsehstation TV Markiza, Pavel Rusko, mit seiner Ende Mai gegründeten liberalen Partei Alianca nového obcana (ANO) in Position zu

bringen<sup>46</sup>. In den Umfrageergebnissen liegt ANO bei etwa 6 Prozent, in den östlichen Hochburgen Prešov und Košice bei 8 Prozent. Dass der Multimillionär mit seinem Medienimperium, zu dem auch Lokalradiostationen und Printmedien gehören, politischen Einfluss geltend macht, zeigte sich bereits, als er zur Abwahl Meciar als Regierungschef beitrug<sup>47</sup>. Sollte es Rusko - wie angekündigt - gelingen, ein Bündnis mit Fico einzugehen, könnte dies die übrigen Parteien ernsthaft in Bedrängnis bringen<sup>48</sup>. Allerdings scheinen Zweifel angebracht, ob einer der beiden politischen Shootingstars sich in einer entsprechenden Koalition mit der Rolle der Nummer Zwei zufrieden geben würde.

Aus der aktuellen Regierung, deren Parteien insgesamt bei rund 40 Prozent der Befragten Zustimmung finden (davon SMK 10,8, SDKÚ 10,3, KDĽ 5,9, SDL 4,7), genießt derzeit Wirtschaftsminister Mikloš mit knapp neun Prozent noch das meiste Vertrauen, während lediglich sieben Prozent Ministerpräsident Dzurinda für vertrauenswürdig halten.

### Regierungswechsel in Sicht

Sowohl die Dauerkrise der Regierung Dzurinda als auch die genannten Umfrageergebnisse lassen spätestens nach den Parlamentswahlen im kommenden Jahr einen Wechsel an der Spitze der slowakischen Regierung erwarten. Andererseits ist es sicherlich noch zu früh, eine Prognose darüber zu wagen, ob damit auch ein radikaler Wandel in der slowakischen Politik verbunden sein könnte. Zwar wies EU-Kommissar Verheugen vorsorglich darauf hin, dass eine Rückkehr der "alten Kräfte" den Beitrittsbemühungen der

<sup>42</sup> Vgl. Slowakei auf Westkurs, in: Prager Zeitung vom 15.2.2001.

<sup>43</sup> Vgl. Fico denkt an alle, in: Prager Zeitung vom 19.7.2001.

<sup>44</sup> Vgl. SNS boss has eight party members suspended, in: The Slovak Spectator, August 13-19, 2001.

<sup>45</sup> Zit. nach Karl-Peter Schwarz, Wende und Rückkehr des Populisten Meciar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.7.2001.

<sup>46</sup> Vgl. Neue Ein-Mann-Partei?, in: Prager Zeitung vom 14.6.2001.

<sup>47</sup> Vgl. Die Slowakei kommt nicht zur Ruhe, in: Prager Zeitung vom 14.6.2001.

<sup>48</sup> Vgl. Michael Frank, Berlusconi und Haider auf Slowakisch, in: Süddeutsche Zeitung vom 31.1.2001.

Slowakei schaden könnte<sup>49</sup>. Doch selbst Vladimir Meciar als derjenige, dem man nach den Erfahrungen seiner Regierungszeit "in der EU und in der Nato am meisten mißtraut"<sup>50</sup>, gibt sich gewandelt. Glaubt man seinen Erklärungen, so befürwortet er heute nicht nur den von der großen Mehrheit seiner Landsleute gewünschten Beitritt zur Europäischen Union, sondern auch die weit weniger populäre NATO-Mitgliedschaft. Mit dieser programmatischen Annäherung an die Regierungsparteien eröffnet sich die HZDS natürlich auch eine Reihe neuer Koalitionsmöglichkeiten. Meciar's staatstragendes Angebot, im Falle eines Rückzugs der Partei der Ungarn aus der Koalition bis zum Herbst 2002 ein Minderheitskabinett zu unterstützen, wurde indes von Dzurinda zurückgewiesen<sup>51</sup>.

Wer auch immer schließlich das Rennen machen wird; der fortdauernde Transformationsprozess des Parteiensystems mit dem ständigen Auftauchen, Umgruppieren, Umprofilieren und Verschwinden von Parteien lässt auch für eine neue Exekutive mehr oder weniger fragile Bündnisse erwarten, die effizientes Regierungshandeln erschweren.

### **Ungarn: Flurbereinigung im Parteiensystem?**

Wir bleiben an der Donau, wenden den Blick jedoch auf die ein paar Stunden stromabwärts gelegene ungarische Hauptstadt. In Budapest scheint das Parteiensystem auf den ersten Blick stabiler als in Bratislava zu sein. Eine Analyse der innenpolitischen Entwicklungen der zurückliegenden Monate zeigt jedoch, dass der Transformationsprozess auch hier noch nicht abgeschlossen ist.



Zur Erinnerung: Nach dem erdrutschartigen Erfolg bei den Parlamentswahlen vom 10. bzw. 24. Mai 1998 verfügte der Bund der Jungen Demokraten - Bürgerliche Partei (FIDESZ-MPP) über 148 von 386 Mandaten in der Nationalversammlung. Mit 134 Sitzen fiel die Sozialistische Partei (MSZP) auf den zweiten Rang zurück. Drittstärkste Kraft wurde die Unabhängige Partei der Kleinbauern (FKgP, 48 Sitze), vor der Allianz Freier Demokraten (SZDSZ, 24), dem Demokratischen Forum (MDF, 17) sowie der rechtsextremen Ungarischen Gerechtigkeits- und Lebenspartei (MIÉP, 14)<sup>52</sup>. Dazu kam ein unabhängiger Parlamentarier. Regierungschef einer Koalition der rechten Mitte aus Jungdemokraten, Kleinbauern und dem Demokratischem Forum wurde der damalige FIDESZ-MPP-Vorsitzende Viktor Orbán. Seinem Vorschlag entsprechend beschloss ein Sonderparteitag der Jungdemokraten am 29. Januar 2000, die Führungsämter von Regierung und Partei zu trennen. Während László Kövér zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde, wollte sich Orbán auf seine Aufgaben als Ministerpräsident konzentrieren. Diese Entscheidung sollte sich als durchaus sinnvoll erweisen, da neben der "normalen" Regierungsarbeit insbesondere Probleme beim Koalitionspartner FKgP zunehmend Zeit und Energie beanspruchten<sup>53</sup>.

<sup>49</sup> Zit. nach Karl-Peter Schwarz, Wende und Rückkehr des Populisten Meciar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.7.2001.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Vgl. Sommer-Denkpause in der Slowakei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18.7.2001.

<sup>52</sup> Alle genannten Parteien präsentieren sich auch im Internet, in der Regel jedoch nur in ungarischer Sprache: [www.fidesz.hu](http://www.fidesz.hu), [www.mszip.hu](http://www.mszip.hu), [www.fkgb.hu](http://www.fkgb.hu), [www.szdsz.hu](http://www.szdsz.hu), [www.mdf.hu](http://www.mdf.hu), [www.miep.hu](http://www.miep.hu).

<sup>53</sup> Vgl. auch zum Folgenden: Dilemma für Ungarns Jungdemokraten, in: Neue Zürcher Zeitung vom

## Großes Ausmisten bei den Kleinbauern

Gleich eine ganze Reihe von Korruptionsvorwürfen belastete die Kleinbauernpartei über Monate hinweg und sorgten für dramatisch fallende Werte in den Meinungsumfragen. Der im Januar von einer innerparteilichen Oppositionsgruppe unternommene Versuch, dieser Entwicklung mit einem Vorstoß gegen den autoritären Parteivorsitzenden und Landwirtschaftsminister József Torgyán zu begegnen, misslang. Ohne Anhörung und Aussprache wurde Torgyáns Hauptkritiker László Csúcs aus der Fraktion ausgeschlossen. Fünf weitere Abgeordnete solidarisierten sich mit Csúcs und folgten ihm freiwillig in die Parteionabhängigkeit.

Auch wenn sich die Mehrheit der Regierungsparteien in der Nationalversammlung dadurch rechnerisch auf fünf Mandate verringerte, war die Regierung nicht unmittelbar gefährdet. Sowohl die dissidenten Parlamentarier als auch der Ministerpräsident versicherten, weiterhin zusammenarbeiten zu wollen. Problematischer war, dass das verheerende Erscheinungsbild der Kleinbauernpartei das Image der Regierung insgesamt zu verdüstern drohte. Die Opposition jedenfalls nutzte die Situation, indem sie die Ausgabenpolitik des von Torgyán geführten Landwirtschaftsministerium kritisierte. Dass Verschwendungsvorwürfe nicht ganz aus der Luft gegriffen waren, sah wohl auch der Ministerpräsident. Indem das Finanzministerium Anfang des Jahres das Recht erhielt, Agrarsubventionen zu kontrollieren und zu bewilligen, beschränkte Orbán die Spielräume des Landwirtschaftsressorts ebenso wie durch verstärkte Kontrollen seitens einer entsprechenden Regierungsbehörde<sup>54</sup>.

25.1.2001; Neuer Wirbel um Ungarns Kleinbauern, ebda., 30.1.2001.

<sup>54</sup> Vgl. Dilemma für Ungarns Jungdemokraten, in: Neue Zürcher Zeitung vom 25.1.2001.

Eine Korruptionsaffäre um Torgyáns Sohn<sup>55</sup> sorgte schließlich Ende Januar für den Rücktritt des umstrittenen Politikers von seinem Ministerposten. Zwar gelang es dem FKgP-Vorsitzenden entsprechend den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags einen seiner Gefolgsleute als Nachfolger zu positionieren. Torgyáns Versuch, anschließend seinen innerparteilichen Gegner Imre Boros aus der Regierung zu entfernen, scheiterte dagegen am Widerstand des Ministerpräsidenten<sup>56</sup>.

Umso heftiger wurde nun aber der Kampf um die innerparteiliche Vormachtstellung ausgetragen. Nachdem Torgyán bereits zum Jahreswechsel für einen Austausch von fünf der acht Mitglieder der Fraktionsführung sowie für eine Suspendierung des gesamten Präsidiums gesorgt hatte<sup>57</sup>, setzte er Mitte Februar in der erweiterten Führung seiner Partei einen Beschluss durch, nach dem Minister nicht zugleich Mitglieder des Parteipräsidiums sein konnten. Damit verdrängte er die drei bis dahin verbliebenen FKgP-Minister aus der Parteiführung<sup>58</sup>. Statt seine Macht zu konsolidieren, provozierte Torgyán dadurch eine neue Revolte. Anfang Mai eskalierten die Spannungen in der Kleinbauernpartei. Unter chaotischen Umständen bestätigten etwa 2.000 Anhänger Torgyáns den Parteichef auf einem Sonderparteitag in Cegléd per Akklamation in seiner Funktion. Kritikern wurde zum Teil mit Gewalt der Zutritt zu der Veranstaltung verwehrt, andere, darunter die FKgP-Minister János Szabó (Verteidigung) und Turi-Kovács (Umwelt), mussten den Saal verlassen. Die zahlreichen Misstrauensanträge gegen Torgyán wurden gar nicht erst zugelassen.

<sup>55</sup> Vgl. Neuer Wirbel um Ungarns Kleinbauern, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30.1.2001.

<sup>56</sup> Vgl. Keine Gefahr für Ungarns Regierung durch Kleinbauernpartei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 26.3.2001. Vgl. auch zum Folgenden Torgyáns Stellungnahmen unter [www.fkcp.hu](http://www.fkcp.hu).

<sup>57</sup> Vgl. Hektik bei Ungarns Kleinbauernpartei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 6./7.1.2001.

<sup>58</sup> Vgl. Wirrwarr in Ungarns Kleinbauernpartei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 19.2.2001.

Während Torgyán mit diesen von einem merkwürdigen Demokratieverständnis zeugenden Maßnahmen seine Machtposition scheinbar erfolgreich verteidigte, tagten seine Gegner als "Bürgerliche Reformplattform" zeitgleich in Budapest. Die etwa 1.000 Parteimitglieder dieses Gegenparteitags beschlossen ihrerseits, Torgyán abzuwählen und bestimmten den Abgeordneten Zsolt Lányi zu seinem Nachfolger<sup>59</sup>. Im Gegensatz zu Torgyán genießt Lányi über die Parteigrenzen hinaus Respekt, zumal er bereits Mitglied der historischen FKgP war, die vor der Machtergreifung der Kommunisten die ersten Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg gewonnen hatte<sup>60</sup>.

Die nahe liegende Frage, welcher der Parteiflügel - die sich in der Folge weiter atomisierten - nun zukünftig legitimerweise Name und Vorsitz der Partei für sich beanspruchen könnte, musste vor Gericht geklärt werden. Tatsächlich lehnte das Höchste Gericht Ungarns den Antrag der Reformer auf juristische Bestätigung ihres Vorsitzenden ab, so dass Torgyán weiterhin die Führung beansprucht<sup>61</sup>.

Wenn es überhaupt ein gemeinsames Interesse der verfeindeten Lager gibt, dann das, möglichst bis zu den kommenden Wahlen an der Regierungsbeteiligung festzuhalten. Ein Verlassen der Koalition würde angesichts der parlamentarischen Kräfteverhältnisse Neuwahlen und damit den nahezu sicheren Untergang nach sich ziehen. Nach den Meinungsumfragen des Frühsommers lag die FKgP in der Wählergunst nur noch bei etwa einem Prozent und damit weit unter der für den Einzug in die Nationalversammlung zu überspringenden Fünfprozenthürde. Da es mittlerweile selbst ausgewiesene Kenner der ungarischen Parteienlandschaft überfordert,

das politische Profil der diversen Parteifunktionäre zu erkennen oder auch nur die Zahl der verbliebenen Splittergruppen zu nennen, sei auf eine weitere Beschäftigung mit der Kleinbauernpartei vorerst verzichtet. "Zur Charakterisierung der Zustände genügt die Angabe, dass Torgyán als Parteipräsident aus der parlamentarischen Fraktion ausgeschlossen wurde, er aber wiederum mehrere Kleinlandwirte-Minister sowie den Fraktionsvorsitzenden aus der Partei ausschließen ließ."<sup>62</sup> Inzwischen unterstützt die FKgP sogar oppositionelle Initiativen zur Einberufung von Sonderkommissionen, um Betrugsvorwürfe gegen den Ministerpräsidenten zu klären<sup>63</sup>.

Auch wenn Torgyán beachtliche Steherqualitäten besitzt, ist zu erwarten, dass die Kleinbauernpartei letztlich ein ähnliches Schicksal erwartet, wie es Mitte der 1990er Jahre dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF) widerfuhr. Nach dem Tod von Ministerpräsident József Antall zerfiel die konservative Sammlungsbewegung infolge von innerparteilichen Konflikten fast vollständig. Vom Wahlsieger des Jahres 1990 blieb acht Jahre später nur eine Kleinpartei übrig, der es lediglich mit Hilfe eines Listenbündnisses mit den Jungdemokraten gelang, in das Parlament einzuziehen und Regierungsverantwortung zu übernehmen<sup>64</sup>.

### **Unentschlossen vor der Fünfprozenthürde: die Allianz Freier Demokraten**

Um ihre Zukunft fürchten muss auch die linksliberale Allianz Freier Demokraten (SZDSZ), der es knapp ein Jahr vor den Parlamentswahlen noch immer nicht gelungen ist, entscheidende personelle und programmatische Fragen zu klären. Dabei schien es

<sup>59</sup> Vgl. Chaos bei Ungarns Kleinlandwirtepartei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7.5.2001.

<sup>60</sup> Vgl. Matthias Rüb, Politisches Erdbeben in Ungarn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.5.2001.

<sup>61</sup> Vgl. Schlammschlacht um die Macht in Ungarn, in: Die Welt vom 28.8.2001.

<sup>62</sup> Rebellionsversuch in Ungarns Koalition, in: Neue Zürcher Zeitung vom 12.7.2001.

<sup>63</sup> Vgl. Widerstand gegen Orbán, in: Prager Zeitung vom 2.8.2001.

<sup>64</sup> Vgl. Matthias Rüb, Politisches Erdbeben in Ungarn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.5.2001.

Anfang Dezember 2000, als hätte die Partei endlich die notwendigen Weichen gestellt. Mit dem Budapester Oberbürgermeister Gábor Demszky wählte der SZDSZ-Parteitag einen Politiker, dessen Popularität die Umfragewerte der Freien Demokraten kurzfristig wieder ansteigen ließ<sup>65</sup>. Demszkys Strategie, die SZDSZ als unabhängige Kraft zwischen den beiden großen Volksparteien zu positionieren, stieß vor allem bei denjenigen auf anhaltenden Widerspruch, die auf eine Neuauflage der Koalition mit den Sozialisten hoffen. Grundsatzdiskussionen über das Selbstverständnis der SZDSZ zwischen politischer Partei und intellektuellem Debattierzirkel schaden den Linksliberalen zusätzlich. Nach nur knapp sieben Monaten resignierte Demszky und trat vom Parteivorsitz zurück<sup>66</sup>. Damit befindet sich auch die Allianz Freier Demokraten in einer Krise, die sie den Wiedereinzug in die Nationalversammlung kosten könnte.

### **Kandidatenkür beendet: Die Sozialisten sind gerüstet**

In einer ähnlichen Situation wie die genannten kleinen Parteien befand sich Mitte der 1990er Jahre die Ungarische Sozialistische Partei. Nach heftigen Richtungskämpfen drohte damals ein Zerfall der MSZP in einen starken linken Flügel, eine SZDSZ-orientierte Gruppe sowie eine gemäßigte Mitte. Dem damaligen Parteichef Gyula Horn gelang es jedoch, den Niedergang aufzuhalten und die Partei zu konsolidieren. Heute stellen die Sozialisten die einzige politische Kraft im ungarischen Parteiensystem dar, die Chancen hat, den Jungdemokraten bei der nächsten Parlamentswahl ernsthaft Paroli zu bieten. Das Personal dafür steht bereit. Auf dem Programmparteitag

der Sozialisten im Juni wählten die Delegierten fast einstimmig den ehemaligen Finanzminister Péter Medgyessy zum Spitzenkandidaten für den Urnengang im nächsten Frühjahr<sup>67</sup>. Damit endete eine zeitraubende Suche nach einem geeigneten Herausforderer des amtierenden Premiers, die sich zuletzt auf drei mögliche Kandidaten konzentrierte. Miklós Németh, der letzte reformkommunistische Ministerpräsident, warf das Handtuch, weil er wenig Unterstützung für sein Werben um eine Annäherung seiner Partei an die Jungdemokraten fand und den bisweilen recht aggressiven Konfrontationskurs der MSZP gegenüber der (ebenfalls mehr als forsch auftretenden) Regierung ablehnte. Nachdem auch der Ende November 2000 wiedergewählte Parteivorsitzende László Kovács "aus persönlichen Gründen" auf eine Kandidatur verzichtet hatte, war der Weg frei für Medgyessy. Dass der 59-jährige Volkswirt bereits unter den Kommunisten Regierungsmitglied war und noch kurz vor dem Umbruch von 1989 in das Zentralkomitee der Staatspartei aufstieg, dürfte ihm heute kaum noch schaden. In seiner Tätigkeit als Bankfachmann erwarb sich Medgyessy jedenfalls auch internationales Ansehen. Offen ist, welche Auswirkungen die Tatsache hat, dass der als wenig charismatisch geltende Politiker kein Mitglied der MSZP ist. Vielleicht macht Medgyessy aber genau dies für Wähler interessant, welche die Sozialisten bisher nicht erreichen konnten. Die Parteiführung regelte sicherheitshalber bereits das Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Partei und Ministerpräsident für den Fall eines Wahlsieges. Die Vereinbarung räumt Medgyessy ein Mitspracherecht in den Führungsgremien der Partei ein, im Gegenzug wäre er verpflichtet, vor wichtigen Entscheidungen die MSZP-

<sup>65</sup> Vgl. Frühe Wahlkampfstimmung in Ungarn, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16./17.12.2000; Matthias Rüb, Klärung auf der Linken, Bewegung auf der Rechten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.6.2001.

<sup>66</sup> Vgl. Zwei große Blöcke in Ungarns Parteiensystem, in: Neue Zürcher Zeitung vom 15.6.2001.

<sup>67</sup> Vgl. auch zum Folgenden: Matthias Rüb, Klärung auf der Linken, Bewegung auf der Rechten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.6.2001; Medgyessy als Gegner Orbans in Ungarn, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18.5.2001.

Spitze zu konsultieren<sup>68</sup>. Dazu müsste er indes erst einmal seinen Kontrahenten Orbán schlagen.

### **Selbstbewusst und siegessicher: die Jungdemokraten in Pole-Position**

Ob die gegenwärtigen Oppositionsparteien vom Chaos um die Kleinbauernpartei profitieren, ist fraglich. Ministerpräsident Orbán ist es trotz fortgesetzter Interventionen Torgyáns bislang gelungen, ein Überspringen des "kleinbäuerlichen" Konfliktes auf die eigenen Reihen zu verhindern. Im Gegenteil zeigen Umfragen wieder steigende Werte für die Jungdemokraten. Neben einigen werbewirksamen Vorwahlgeschenken – darunter eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für Beamte und Verwaltungsangestellte um 70 %, die sich die Regierung angesichts sechsprozentiger Wachstumsraten erlaubte, trug dazu sicherlich auch die im Mai erfolgte Wahl des als besonnen geltenden Erziehungsministers Zoltán Pokorni zum neuen Parteivorsitzenden bei. Pokornis Vorgänger Kóvér hatte nämlich ebenso wie Regierungschef Orbán nicht unerheblichen Anteil daran, dass der Tonfall der Jungdemokraten in den vergangenen Jahren zunehmend aggressiver geworden war<sup>69</sup>. In innenpolitischen Auseinandersetzungen mochte dies noch eine Frage des angemessenen politischen Stils sein. Dass man aber im Zusammenhang mit dem sogenannten Statusgesetz, das ungarischen Minderheiten im Ausland Sonderrechte gewährt<sup>70</sup>, auch gegenüber den Nachbarstaaten revanchistisch anmutende Töne anschlug, zeugte eher von Selbst-

überschätzung als von diplomatischem Geschick.

Als Affront muss es in diversen europäischen Hauptstädten überdies gewertet werden, dass der Ministerpräsident des aussichtsreichen EU-Beitrittskandidaten seine politischen Freunde zunächst ausgerechnet in den umstrittenen Regierungen in Wien und Rom suchte<sup>71</sup>. Obwohl Pokorni eine Zusammenarbeit mit der antiwestlichen, fremdenfeindlichen und offen antisemitischen MIÉP<sup>72</sup> ausdrücklich ausschloss, provozieren Orbáns Äußerungen die Frage nach dem künftigen Verhältnis der Jungdemokraten zu den ungarischen Rechtsnationalen. Dass der FIDESZ nach der kommenden Wahl über die absolute Mehrheit verfügt, gilt als unwahrscheinlich. Daran dürfte auch das Anfang September mit dem MDF unterzeichnete Abkommen über eine gemeinsame Liste beim Urnengang im Frühjahr 2002 nichts ändern<sup>73</sup>. Der Gedanke einer Großen Koalition mit den Sozialisten wird von beiden Seiten glaubhaft zurückgewiesen. Auch bei den Linksliberalen gibt es starke Vorbehalte gegen ein Bündnis mit den Jungdemokraten, wobei es noch fraglich ist, ob sich der SZDSZ im nächsten Jahr noch den Luxus entsprechender Diskussionen leisten kann. Wenn es aber außerdem als ausgeschlossen gilt, dass die Kleinbauern noch einmal in die Nationalversammlung einziehen werden, bliebe nur noch eine realistische Option: eine FIDESZ-Minderheitsregierung mit parlamentarischer Unterstützung der MIÉP. Dann könnten Haider und Berlusconi sich für die ihnen bekundete Solidarität erkenntlich zeigen. Allerdings verärgerte die ungarische Regierung im Sommer zumindest die Österreicher. Um die Klientel der Kleinbauern nicht zu verprellen, erklärte die Regierung

<sup>68</sup> Vgl. Medgyessy als Gegner Orbáns in Ungarn, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18.5.2001.

<sup>69</sup> Vgl. Keine Gefahr für Ungarns Regierung durch Kleinbauernpartei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 26.3.2001.

<sup>70</sup> Vgl. Ungarns umstrittenes "Statusgesetz", in: Neue Zürcher Zeitung vom 27.4.2001; Keno Verseck, Nationalkonservative Yuppies, in: die tageszeitung vom 21.6.2001; Rumänien weiter gegen Ungarns Statusgesetz, in: Neue Zürcher Zeitung vom 23.7.2001.

<sup>71</sup> Vgl. Chaos bei Ungarns Kleinlandwirtepartei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7.5.2001.

<sup>72</sup> Vgl. z.B. Polemik um einen ungarischen Fussballklub, in: Neue Zürcher Zeitung vom 26.7.2001.

<sup>73</sup> Vgl. Wahlbündnis in Ungarns Regierungslager, in: Neue Zürcher Zeitung vom 3.8.2001

Orbán, ohne die Nachbarn zu konsultieren, alle Verträge über Landkäufe, die seit 1994 illegal abgeschlossen wurden, für nichtig. Nach offiziellen Schätzungen sind davon zwei bis fünf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen betroffen. Damit verlieren viele österreichische, aber auch italienische und deutsche Landwirte Ackerland, das sie in Erwartung der EU-Erweiterung ungarischen Bauern abkauften. Eine Entschädigung ist nicht vorgesehen<sup>74</sup>. Vor laufenden Kameras drohte Orbán im Sommer wörtlich: "Diese Österreicher können froh sein, wenn sie mit heiler Haut davonkommen. (...) Von nun an gibt es kein Pardon mehr. Ein jeder Österreicher wird lernen müssen, dass Ungarn ein Rechtsstaat ist"<sup>75</sup>. Und vielleicht auch, wie man Sündenböcke für eigenes Versagen in der Landwirtschaftspolitik findet.

### Fazit

Die vier untersuchten EU-Anwärter sind bekanntlich nicht die einzigen, die mit innenpolitischen Turbulenzen zu kämpfen haben. Vielmehr fanden der Regierungswechsel in Bulgarien sowie der Niedergang der Regierungskoalition in Polen erheblich größere Aufmerksamkeit in den deutschsprachigen Medien. Im Falle Sofias dürfte dies mit der Persönlichkeit des früheren Zaren zu erklären sein, bei der Berichterstattung über die Entwicklungen in Warschau mit der größeren Bedeutung des östlichen Nachbarlandes für die Bundesrepublik. Regierungskrisen, Kabinettsumbildungen, Koalitions- und gegebenenfalls Regierungswechsel geben indes nicht per se Anlass zur Beunruhigung. Ein flüchtiger Blick auf Schlagzeilen aus London, Paris, Rom oder Dublin zeigt, dass es während der vergangenen Monate auch in EU-Staaten entsprechende

Ereignisse zu vermelden vergab. Dies alles gehört zur Normalität in demokratischen Systemen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union, leider ebenso wie politische Erfolge z. T. fragwürdiger populistischer Gestalten. Wie jedoch die Beispiele Torgyán und Meciar vermuten lassen, sind ihre Möglichkeiten auch in den EU-Beitrittsländern begrenzt und der Druck enorm, sich den Spielregeln einer demokratischen politischen Kultur anzupassen. Zwar ist nur in wenigen mitteleuropäischen Staaten ein Ende der Transformationsprozesse auch im parteipolitischen Bereich abzusehen, was es nicht nur den Verhandlungspartnern in den EU-Staaten mitunter schwer macht, den Überblick zu behalten. Dennoch bleibt zu konstatieren, dass mit Ausnahme weniger extremer Gruppierungen alle relevanten politischen Kräfte an den Integrationsbemühungen festhalten. Im kommenden Jahr stehen in einer ganzen Reihe von EU-Anwärtern Parlamentswahlen an. Wer aus ihnen siegreich hervorgeht, darf sich gute Chancen ausrechnen, noch während seiner Amtszeit die Beitrittsverträge zu unterzeichnen.

*Gerhard Schüsselbauer*

### Die Ukraine im Jahr 2001 - auf dem Weg nach Europa?

*„Es gibt drei populäre Missverständnisse im Ausland über die Ukraine. Sie lauten, es gebe hier eine Bürgergesellschaft, eine Marktwirtschaft und eine Demokratie.“ (Wolodimir Polochajlo, ukrainischer Politologe)<sup>76</sup>*

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion führte die Ukraine, das südliche Nachbarland Russlands, in den 1990er Jahren lange Zeit ein Schattendasein in Osteuropa. Von einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise gebeutelt, im Disput mit Russland wegen der Schwarzmeer-

<sup>74</sup> Vgl. Ungarn erklärt Verträge von Landkäufen für nichtig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.7.2001.

<sup>75</sup> Zit. nach Ungarns "Blut und Boden" durch den Westen aufgekauft, in: Prager Zeitung vom 2.8.2001.

<sup>76</sup> Zit. in Frankfurter Rundschau vom 24.8.2001, S. 21.

flotte, ohne Atomwaffen, aber mit der Erblast von Tschernobyl ausgestattet, verharrte das Land lange Zeit in Isolation. Erst in diesem Jahr ist der Ukraine die Aufmerksamkeit zuteil geworden, die das Land aufgrund seiner Größe und seines Potenzials eigentlich verdient. Zurückzuführen ist diese Tatsache auf mehrere, mitunter unrühmliche Faktoren, die Gegenstand dieses Beitrags sein sollen: das Verschwinden und die Ermordung des Kiewer Journalisten Georgi Gongadse, die Verstrickungen des Präsidenten Leonid Kutschma in dieses Verbrechen, die Regierungskrise und die Absetzung des Ministerpräsidenten Viktor Juschtschenko sowie der nicht unumstrittene Besuch des Papstes Johannes Paul II im Sommer 2001. Darüber hinaus soll als weiterer Schwerpunkt die wirtschaftliche Lage in der Ukraine analysiert werden.

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 ist das osteuropäische Land immer wieder in den Verdacht geraten, ein bevorstehender Konflikt zwischen dem „prowestlichen“ Westen und dem eher prorussischen, „sowjetnostalgischen“ Osten der Ukraine könnte die Stabilität nachhaltig gefährden. Viele Beobachter sprachen bereits vorschnell von einem drohenden Nationalitätenkonflikt, übersahen aber dabei, dass das ukrainische Nationalbewusstsein bei weitem nicht so stark ausgeprägt ist. Die besonders von amerikanischen Kommentatoren festgestellte Sollbruchlinie in der Ukraine hat bislang jedenfalls nicht zum befürchteten Auseinanderbrechen geführt.

Auf politischer Ebene reißen die internen und internationalen Vorwürfe gegen den im November 1999 wiedergewählten Präsidenten Kutschma<sup>77</sup> wegen der Einschränkung der Medienfreiheit, Manipulationen und Repressalien gegen die Opposition nicht ab. Im Gegenteil, die Entwicklung kulminierte in diesem Jahr aufgrund der Häufung der

massiven Ungereimtheiten darin, dass das Regime eines „neo-totalitären Kurses“<sup>78</sup> verdächtigt wurde. Die Ukraine hat sich im neuen Jahrhundert in der Tat weiter von der demokratischen Kultur entfernt, als offizielle Verlautbarungen vermuten lassen. Beim Papstbesuch im Juni 2001 nutzte Kutschma die Gunst der Stunde und beschwor nicht nur eindringlich die christlichen Wurzeln und die wechselvolle Geschichte des Landes, sondern bekräftigte auch den Entschluss, auf dem Weg nach Europa zu bleiben<sup>79</sup>. Darin zeigt sich die ganze Ambivalenz der ukrainischen Politik, die sich aufgrund des ständigen Lavierens zwischen verschiedenen Systemen aufzureiben scheint. Wohl nirgends in einem europäischen Land kommt der klassische Ost-West-Konflikt noch so offen zum Vorschein wie in der Ukraine. Darüber hinaus verstärken kulturell bedingte Entwicklungsmuster zentrifugale Kräfte sowohl im Volk als auch in der politischen Landschaft.

Die Feiern zum zehnten Jahrestag der Ukraine im August 2001<sup>80</sup> standen zwar ganz im Zeichen der Betonung der „harmonischen“ Beziehungen im Land, konnten aber nicht über die weiterhin bestehenden massiven Differenzen zwischen der Staatsführung und der Opposition hinwegtäuschen. Ein positives Zeichen war darin zu erkennen, dass dem Staatsakt am 24. August die Staatschefs derjenigen Länder beiwohnten, mit denen die Ukraine ein historisch belastetes und schwieriges Verhältnis hat. Nicht nur scheinen sich die Beziehungen zum mitteleuropäischen Nachbarn Polen zu normalisieren, in regelmäßigen Abständen findet eine verstärkte Annäherung an Russland statt, die auch von Präsident Putin intensiv betrieben wird. Die intensivere Zusammenarbeit im Rüstungs- und Raumfahrtsektor legt die Vermutung nahe, dass die

<sup>77</sup> Vgl. dazu ausführlich Winfried Schneider-Deters, Präsident Kucma wiedergewählt, *osteuropa* 4/2000, S. 351-366.

<sup>78</sup> Vgl. tageszeitung vom 3.4.2001, S. 6.

<sup>79</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.6.2001, S. 3.

<sup>80</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 24.8.2001, S. 5 sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.8.2001, S. 1 und 6.

ukrainisch-russischen Beziehungen auf der Grundlage bereits in der Sowjetzeit existierender Kooperation wieder aufleben. Eine neue Umfrage zeigte, wie stark die imperiale Nostalgie in Russland verbreitet ist<sup>81</sup>. 56 % der befragten Russen unterstützen die Vereinigung Russlands und der Ukraine.

Die Feierlichkeiten verdeutlichten auch, dass sich das Land mitten in der Nationenbildung befindet. Ob aus der heterogenen Mischung, bestehend aus Ukrainern und der russischen Bevölkerung, die vom politisch privilegierten Teil des sowjetischen Staatsvolks zur Minderheit wurde, eine politische Nation entsteht, muss angezweifelt werden. 1991 entstand die Ukraine im Gefolge des Untergangs des Sowjetimperiums als Kompromiss zwischen den politisch schwachen nationalbewussten Kräften und der sowjetukrainischen Nomenklatura um Leonid Krawtschuk, der als damals dominierende Figur die Unabhängigkeit durchsetzen konnte. In der heutigen Lage der Ukraine spiegelt sich diese unausgewogene Tendenz wider.

### **Politik - Dominanz der staatlichen Willkür**

Auslöser des Konfliktes zwischen dem Staatspräsidenten und der Bevölkerungsmehrheit war die undurchsichtige Rolle Kutschmas bei der Ermordung des regimekritischen Journalisten Georgi Gongadse. Später aufgetauchte Tonbandaufzeichnungen, die vom früheren Leibwächter Kutschmas, Nikolai Melnitschenko, an die Öffentlichkeit gebracht worden waren, enthüllten eine skandalöse, letztlich jedoch nicht gänzlich aufgedeckte Verstrickung des Staatsoberhauptes in einen Auftragsmord<sup>82</sup>. Im Frühjahr 2001 drohte die

<sup>81</sup> Vgl. Die Welt vom 24.08.2001, S. 6.

<sup>82</sup> Vgl. dazu den Beitrag in „Der Spiegel“ 12/2001, S. 230-234. Darin werden die mitgeschnittenen Unterredungen im „Fall Gongadse“ zwischen dem Staatspräsidenten und dem Innenminister sowie dem Geheimdienstchef dokumentiert. Die mitunter drastische, vulgäre Ausdrucksweise Kutschmas lässt den Schluss zu, dass sich Kutschma weit abseits aller demokratischen Regeln bewegt und einen autoritären Führungsstil pflegt.

Situation bei Demonstrationen der Regimegegner zu eskalieren. Die Ukraine war nicht nur von einer anhaltenden Depression gebeutel, sondern befand sich auch am Rande einer gewaltsamen Auseinandersetzung. Mittlerweile hat sich die Situation zwar wieder beruhigt, Regimekritiker sprechen aber weiterhin von einem antidemokratischen Kurs der Staatsführung. Aussagen junger Menschen zufolge schwindet die Hoffnung zusehends, dass die Ukraine in den nächsten Jahren den Weg ins demokratische Europa im Rahmen einer verstärkten Integration finden könnte<sup>83</sup>.

Staatliche Willkür äußerte sich auch in der Festsetzung der populären Oppositionspolitikerin Julia Tymoschenko<sup>84</sup>, die ein Opfer der Schachzüge Kutschmas wurde und im Frühjahr 2001 sechs Wochen unrechtmäßig in Haft bleiben musste. Die charismatische Politikerin und reiche Unternehmerin, die eine steile Karriere als „Gas-Prinzessin“ hinter sich hat, fiel bei den Oligarchen des lukrativen Energiesektors in Ungnade. Ihre Absicht war es, gemeinsam mit dem ehemaligen Premierminister Viktor Juschtschenko das marode Wirtschaftssystem, und darin vor allem den Energiesektor, radikal umzustrukturieren. Die Dominanz „steinzeitlicher“ Tauschgeschäfte, die für einige wenige Gruppierungen höchst profitabel waren, sollte verhindert werden, indem finanzwirtschaftliche Regelungen die Rückkehr zur Geldwirtschaft ermöglichen sollten. In dieser Affäre zeigt sich die gesamte Tragweite der Einflussnahme mächtiger Wirtschaftsbesitzer auf politische Entscheidungsträger, die als ein typisches Charakteristikum von Transformationsländern gilt. Bei fehlendem Wettbewerb und privatwirtschaftlichen Eigentümerstrukturen üben Monopolisten und Oligopolisten einen entscheidenden, lobbyistischen Druck auf politischer Ebene aus, der insbesondere der

<sup>83</sup> Vgl. dazu den Beitrag im O-Ton in dieser Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“.

<sup>84</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 27.2.2001, S. 9, sowie Welt am Sonntag vom 19.8.2001, S. 7; siehe auch <http://tymoshenko.freeservers.com>

Besitzstandswahrung dient. Aber auch vordergründig ehrenwerte Oppositionspolitiker und –politikerinnen geraten im Dschungel der Seilschaften und Günstlingswirtschaft immer öfter in den Verdacht, an betrügerischen Machenschaften teilzuhaben.

Derzeit lassen sich mindestens drei Zentren der Macht in der Ukraine ausmachen:

1. Präsident Leonid Kutschma: Nach seiner Wiederwahl als Präsident der Ukraine ließ Kutschma seine Kompetenzen per Referendum ausweiten. Erweiterte Vollmachten stürzten das Land in eine Situation unklarer Machtverhältnisse. Das Recht, das Parlament aufzulösen, wenn es keine arbeitsfähige Regierung hervorbringt, sowie die Einschränkung der Immunität der gewählten Volksvertreter bedingen eine unheilvolle Konstellation von Machtkämpfen in der Führungselite. Durch die Verstrickungen im Mordfall Gongadse verlor Kutschma in den ersten Monaten dieses Jahres völlig das Vertrauen der Bevölkerung. Massive Proteste und Demonstrationen brachten das Land mehrmals an den Rand einer unkontrollierbaren Eskalation. Die neue Regierung um Ministerpräsident Anatolij Kinach und Außenminister Anatolij Slenko gibt sich weitaus präsidientreuer als die entmachtete Regierung Juschtschenkos.
2. Wirtschaftsoligarchen: Die Oligarchen sind über drei Parteien direkt im Parlament vertreten, gehen mitunter mit den Kommunisten unselige Koalitionen ein und kontrollieren ähnlich wie in Russland den Großteil der Medien. Ihre Einflussosphäre sind monopolistisch bzw. oligopolistisch strukturierte Märkte (bspw. im Energiesektor), die es ihnen erlauben, abseits demokratischer und marktwirtschaftlicher Spielregeln die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu ordnen.
3. Zersplitterte Opposition: Ex-Premierminister Viktor Juschtschenko galt bis zu seiner Abwahl durch ein Misstrauensvotum des

Parlaments im April 2001 als Garant für einen Reformkurs, der nicht nur politische Stabilisierung sondern auch marktwirtschaftliche Erholung verhiess. Sein Kampf gegen Korruption, Amts- und Machtmissbrauch sowie die Dominanz der Oligarchen schien zunächst vielversprechend, endete dann aber mit der Amtsenthebung durch das Parlament. Sowohl seine Rolle als auch sein Einfluss als einer der Oppositionsführer sind bislang nicht deutlich genug ausgeprägt und müssen erst noch stärker positioniert werden. Ein weiterer führender Kopf der Opposition ist Oleksandr Moros, der Vorsitzende der Sozialisten, der immer wieder als ein engagierter Kämpfer für soziale Gerechtigkeit auftritt.

An der Spitze der Oppositionsbewegung finden sich mehrere Organisationen, wie „Ukraine ohne Kutschma“ und das „Forum zur nationalen Rettung“. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen, zersplitterten Oppositionsfraktionen gestaltet sich allerdings sehr schwierig, da sich darin das gesamte politische Spektrum wiederfindet. Derzeit ist die Ukraine für die Witwe Gongadses ein „Land ohne Helden, denn Helden der Wirklichkeit werden hier ausgegrenzt, missachtet, fertig gemacht.“<sup>85</sup> Obwohl die Oppositionsbewegung permanent versucht, die manipulierte Präsidentschaftswahl von 1999, die Günstlingswirtschaft und grassierende Korruption<sup>86</sup>, den sanktionierten Betrug bei der Übertragung des Eigentums an staatlichen Unternehmen sowie die Fassadendemokratie anzuprangern, gelingt es ihr bislang nicht, die

<sup>85</sup> Zit. im Beitrag Ukraine – Land der toten Helden von Michael Thumann in: Die Zeit 9/2001.

<sup>86</sup> Die in Berlin ansässige, angesehene Nichtregierungsorganisation „Transparency International“ (siehe [www.transparency.org](http://www.transparency.org)) dokumentiert in ihrem aktuellen Korruptionsindex 2001 das erschreckende Ausmaß der Korruption und Misswirtschaft in der Ukraine. Bei insgesamt 91 untersuchten Ländern rangiert die Ukraine mit Platz 83 weit unten, auf einer Stufe stehend mit Russland, Pakistan oder Aserbeidschan.

Festung Kutschmas in ihren Grundfesten zu erschüttern. Zu stark ist weiterhin sein Rückhalt bei den mächtigen Einflussgruppierungen im Land (Wirtschaftsoligarchen, Banken, Armee und Polizei). In den letzten fünf Jahren wurden in der Ukraine elf Journalisten umgebracht<sup>87</sup>. Im Juli starb der regimekritische Chef einer lokalen Fernsehstation in der Ostukraine, Igor Aleksandrow. Auch dieser Mord konnte bislang nicht aufgeklärt werden. Unabhängige Kreise sprechen davon, dass die Ukraine momentan ein „einzigartiges Gewaltniveau“<sup>88</sup> erreicht habe. Kutschma allerdings beschwört bei jeder Gelegenheit die Pressefreiheit und die Möglichkeiten zur unabhängigen Berichterstattung in den Medien.

Rätselhaft und unklar wirkt die Europapolitik der ukrainischen Exekutive. Ministerpräsident Kinach legt zwar immer wieder ein Bekenntnis zur Integration ab und unterstreicht die Absicht, die Ukraine wolle in zehn Jahren Mitglied der EU sein<sup>89</sup>, die Umsetzung des Aktionsplan für die Annäherung steckt jedoch immer noch in den Kinderschuhen.

### **Religion – das schwierige Verhältnis der Kirchen<sup>90</sup>**

Nicht unumstritten war der Papstbesuch im Juni dieses Jahres. Der russische Patriarch Aleksej II., der die gesamte Ukraine und auch Weißrussland als ein Gebiet betrachtet, das der russischen orthodoxen Kirche untersteht, hätte die Reise des Papstes am liebsten verhindert. Die versöhnlichen Worte Johannes Paul II. und die Bemühungen, das ökumenische Zusammenleben der verschiedenen christlichen Kirchen voranzubringen, brachten den Patriarchen allerdings in Zugzwang. Johannes Paul II.

unmissverständliche Botschaft war ein Aufruf zur gegenseitigen Versöhnung zwischen Polen und der Ukraine. Ein wichtiger Schritt wurde unternommen, die historisch bedingte Feindschaft zwischen der mit Rom unierten griechisch-katholischen Kirche im Westen der Ukraine und den Orthodoxen, die vor allem in der Zentralukraine und im Süden sowie Südosten am stärksten sind, zu beseitigen. Doch nicht einmal unter den orthodoxen Glaubensrichtungen herrscht Einigkeit. Im Gegenteil: Die drei orthodoxen Patriarchate gleichen einem Spiegel, der die innere Zerrissenheit des Landes reflektiert. Die Auseinandersetzungen der orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats mit der orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats sowie der ukrainischen autokephalen (unabhängigen) orthodoxen Kirche belegen, dass die Ansprüche auf die religiöse Führung im Land noch längst nicht zufriedenstellend geregelt sind<sup>91</sup>. Die Kontroversen sind zudem mit schwierigen kirchenrechtlichen Fragen verbunden und zeigen, welche Rolle der Aussöhnung in der christlichen Glaubenswelt zukommt.

Insofern ist der Besuch des Papstes als Erfolg zu werten. Mehr als zwei Millionen Menschen besuchten die vier Messen des Papstes, und das in einem Land, in dem die Menschen unter sowjetischer Herrschaft gewaltsam zum Atheismus bekehrt wurden und die Hälfte der Bevölkerung nicht getauft ist<sup>92</sup>. Das Medieninteresse am Papstbesuch war enorm. Zum ersten Mal in der Geschichte der jungen Ukraine wurden Fragen der Bedeutung der Religion für die gesellschaftliche und staatliche Entwicklung derart intensiv diskutiert. Von nachhaltiger Bedeutung dürften die am Rande des Papstbesuches stattgefundenen Treffen zwischen hochrangigen Vertretern beider Kirchen bleiben.

Freilich ließ es sich Präsident Kutschma nicht nehmen, medienwirksam mit dem Papst

<sup>87</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.8.2001, S. 16.

<sup>88</sup> Zit. in tageszeitung vom 11.7.2001, S. 4.

<sup>89</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.8.2001, S. 1.

<sup>90</sup> Vgl. dazu ausführlich den Beitrag von Juri Durkot, Zwischen Zwist und Dialog, KAS – Auslandsinformationen, 8/01, S. 4-18.

<sup>91</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.6.2001, S. 3.

<sup>92</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.6.2001, S. 8.

aufzutreten und den Geist der christlichen und europäischen Werte zu beschwören. Die Gelegenheit zur Harmoniebekundung kam dem Staatschef in Zeiten eigener Krisen gerade recht. Besonders aufgewertet wurde durch die Papstreise die westukrainische Region mit ihrer Hauptstadt Lwiw (Lemberg) auch in der europäischen Öffentlichkeit. Jahrhundertlang unter polnischer Herrschaft, später ein Teil der Habsburger Monarchie und nach dem Zweiten Weltkrieg von den Sowjets besetzt, stellt Lwiw die „westlichste“ Stadt der osteuropäischen Ukraine dar. In dieser Region leben knapp eine Million römisch-katholische ukrainische Staatsbürger, die zum Großteil der polnischen Minderheit zuzurechnen sind, während eine kleine Minderheit der Ungarn den Südwesten bewohnt. Die griechisch-orthodoxe Kirche, der fast sechs Millionen Gläubige angehören, feiert momentan eine Art Wiederauferstehung, die vor allem durch den Papstbesuch begünstigt wurde<sup>93</sup>. Das Leitprinzip der Versöhnung sollte nicht nur in den Kirchen Anwendung finden, sondern auch auf die politische und zwischenstaatliche Ebene übertragen werden.

### **Wirtschaft – Ende der Talfahrt in Sicht?**

Die Ukraine war vom Zusammenbruch des sowjetischen Staatshandelsystems besonders stark betroffen, da die Spezialisierung in der Landwirtschaft, in der Rohstoffförderung und in der Schwerindustrie das Land für die postsozialistische Transformationskrise anfällig machte. Ohne einen halbwegs entwickelten Privatsektor und ohne ein durchgreifendes Umstrukturierungskonzept musste der Absturz der industriellen Produktion und der Rückgang der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung besonders drastisch ausfallen. Berechnet auf der Basis des Jahres 1990 (=100) betrug die Wirtschaftsleistung, also das Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts, im Jahr 2000 nur noch 43,2 %. Mit dieser Entwertung des volkswirtschaftlichen Kapitals und dem drastischen

Rückgang des Volkseinkommens aufgrund permanenter negativer Wachstumsraten ging auch ein entsprechender Rückgang bei den Realeinkommen der Bevölkerung einher. Es bedarf wenig Phantasie, sich auszumalen, wie sehr sich die sozialen Lebensverhältnisse der Bevölkerung verschlechterten, zumal mit der Depression auch eine zunehmende Verschlechterung der Einkommensverteilung einherging. Die Lebenserwartung eines ukrainischen Mannes beträgt mittlerweile nur noch 58 Jahre.

Zunächst stand die Stabilisierung im Vordergrund. Die neue Währungspolitik Ende der 1990er Jahre brachte erst 2001 Wachstumsimpulse. Die neue Währung der Ukraine, die Hryvna, zeigte sich nach der Russlandkrise vom August 1998 als stabil. Die Inflationsrate, im Jahr 2000 noch mit 26 % jenseits des Stabilisierungsziels, weist mittlerweile mit 2,7 % beherrschbare Werte auf. Ab 2000 begann ein verhaltener Aufschwung, allerdings von einem extrem niedrigen Niveau ausgehend. Das BIP stieg im letzten Jahr real um 5,2 %, die Industrieproduktion legte um 12,9 % zu und auch die Agrarproduktion konnte um 6 % erhöht werden. In der ersten Hälfte dieses Jahres stieg die volkswirtschaftliche Wertschöpfung gar um 9 %<sup>94</sup>.

Aufgrund des Präsidentenerlasses Nr. 1529/99, der Anfang 2000 wirksam wurde, konnte die Vergabe von Landzertifikaten an die Mitglieder der Agrarbetriebe geregelt werden, so dass die kollektiven Landwirtschaftsbetriebe in private Familienhöfe auf Pachtbasis umgewandelt werden konnten. Für die Ukraine als ein landwirtschaftlich strukturiertes Land, in dem der Anteil des primären Sektors an der gesamten Wirtschaftsleistung hoch ist, war dieser Schritt von richtungsweisender Bedeutung, zumal mehr als fünf Millionen Pachtverträge abgeschlossen wurden. Im Ergebnis gleicht die Landreform einer machtvollen antikommunistischen Propaganda, da

<sup>93</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27.06.2001, S. 5

<sup>94</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.8.2001, S. 16 sowie Neue Zürcher Zeitung vom 28.5.2001, S. 7.

sich jetzt auf dem Land eine pluralistische (Land-)Eigentümergeellschaft herausbildet.



Trotz der sichtbaren Ergebnisse während der Erholungsphase fehlt dem Land gleichwohl ein konsequent umsetzbares, radikales Programm, das folgende ordnungspolitische Elemente beinhalten müsste<sup>95</sup>:

? Der Aufbau von effizienten Unternehmensstrukturen in Industrie und Dienstleistung wurde auch nach der Privatisierung fatalerweise nicht ernsthaft verfolgt. Insider-Strukturen und staatliche Autoritäten dominieren weiterhin den Produktionssektor. Es fehlen „echte“ Eigentümer. Auf oligopolistischen Märkten dominiert Insider-Handel. Die Machtstrukturen sind zwischen den Betriebsleitern, teilweise identisch mit den Wirtschaftsoligarchen, und staatlichen Behörden sowie Bürokraten aufgeteilt. Das Ausnützen von informellen Kanälen für Beschaffung, Produktion und Vertrieb kennzeichnet auch in der heutigen Ukraine das Bild der wirtschaftlichen Aktivitäten. Daher fällt die maßgebliche Rolle einem radikalen Aufbau ordnungspolitischer Kompetenz bei den Entscheidungsträgern zu.

? Der Einfluss des zentralistischen Apparates muss drastisch verringert werden, um Verhaltensänderungen zu ermöglichen. Das Fehlen echter Investoren bedingt, dass entscheidende betriebs- und marktwirtschaftliche Steuerungsgrößen wie Gewinn

und Kosteneffizienz nicht zur Anwendung kommen. Als Folge davon verschlechtert sich die finanzielle Lage der meisten Betriebe zusehends. Vielen Betrieben droht der Bankrott, weil dringend notwendige Schritte der technologischen, finanziellen (notleidende Kredite bei den Banken) und organisatorischen Umstrukturierung versäumt wurden. Nur wenn die Leistungsstruktur der Unternehmen radikal modernisiert wird, erhält die Wirtschaft eine Chance, sich aus der Umklammerung der permanenten Depression zu befreien.

? Im Bankensystem droht eine Vielzahl von Instituten aufgrund der explodierenden notleidenden Kredite Insolvenz anmelden zu müssen. Die aufgrund der Exportschwäche gestiegene Devisenknappheit verstärkt dabei massiv die Zahlungsschwierigkeiten. Notwendig ist daher ein marktwirtschaftliches Konsolidierungsprogramm, ähnlich dem, wie es in den 1990er Jahren in Polen und Ungarn durchgeführt wurde. Die Steuer- und Kapitalflucht muss nachhaltig bekämpft werden. So sind in den zehn Jahren der Unabhängigkeit ca. 40 Mrd. Dollar ins Ausland geflossen. Im Vergleich dazu erhielt das Land während dieses Zeitraums lediglich vier Mrd. Dollar an ausländischen Direktinvestitionen.

Anatolij Kinach als Nachfolger von Ex-Ministerpräsident Juschtschenko fällt die heikle Aufgabe zu, die beabsichtigten, aber noch nicht ausgereiften Wirtschaftsreformen konsequent gegen den Widerstand der verschiedensten Interessengruppen durchzusetzen. Vergleicht man die Situation der Ukraine mit den Erfahrungen in anderen Transformationsländern, dann lässt sich festhalten, dass noch ein weiter und steiniger Anpassungsweg zu bewältigen ist, will das Land ernsthaft die tiefgreifende Krise überwinden.

<sup>95</sup> Vgl. auch Finance & Development, *Economies in Transition*, September 2000, S. 2-27.

## Fazit

Ob die Ukraine wirklich nach Europa zurückkehrt und die „Orientierung auf europäische Werte der Demokratie, sozialen Marktwirtschaft und Achtung der Menschenrechte“<sup>96</sup> tatsächlich mit der Nachhaltigkeit verfolgt wird, wie der ukrainische Außenminister Anatolij Slenko in einem Beitrag in der FAZ tatsächlich Glauben machen möchte, ist eine mehr als umstrittene Frage. Zwar stehen europäische Werte, wie die Würde des Menschen, der Schutz des Einzelnen vor dem Zugriff des Staates und das Wohlergehen der Bevölkerung in den Sonntagsreden ukrainischer Politiker an oberster Stelle. Aussagen von vielen Oppositionellen und unabhängigen Journalisten, die immer wieder Repressalien, willkürliche Übergriffe oder sogar um ihr Leben fürchten müssen, sprechen eine völlig andere Sprache. Die Ukraine ist ein Land im Übergang, noch ohne festen Boden und versucht, den schwierigen Weg einer Partnerschaft mit der Europäischen Union und mit Russland gleichzeitig zu gehen. Die Bewegung in Richtung EU sowie die Entwicklung freundschaftlicher und vertiefter Beziehungen zu Russland muss nicht notwendigerweise ein Paradox sein. Solange aber die Ukraine keine echte entwickelte demokratische Kultur und eine Marktwirtschaft mit sozialpolitischer Komponente hat, fällt es sehr schwer, den Absichtserklärungen der politischen Führung Glauben zu schenken. Viel eher erscheint die Tendenz als wahrscheinlich, dass dem Land noch weitere politische und gesellschaftliche Turbulenzen bevorstehen. Kutschma versucht zwar, den „starken Mann“<sup>97</sup> und patriotischen Patriarchen zu spielen, der die politischen Fäden in der Hand zu halten scheint, die Macht anderer Oligarchengruppierungen im Land deutet jedoch auf ein viel komplexeres Gefüge

hin, als dass ein einheitlicher Pfad in Richtung EU-Integration beobachtet werden könnte. Viel mehr wird die Ukraine noch für längere Zeit ein Pendler zwischen verschiedenen Systemen bleiben.

*Zbigniew Wilkiewicz*

## Andrzej Szczypiorski und Europa

Der vorliegende Beitrag speist sich aus drei Zugängen zu Autor und Werk, wobei das Thema der europäischen Identität die Folie bildet. Im ersten Abschnitt wird nach den persönlichen Dispositionen des am 16. Mai 2000 verstorbenen Autors gefragt. In einem zweiten Abschnitt wollen wir uns am Beispiel zweier Romane Szczypiorskis mit dem in fiktiver Form modulierten Europa-Verständnis des Autors beschäftigen. Schließlich werden wir im dritten Teil jene diskursiven Aussagen zusammenstellen und analysieren, die für das Gesamtthema relevant scheinen.

Bei den beiden fiktiven Texten handelt es sich zunächst um den 1988 in deutscher Übersetzung erschienenen Roman „Die schöne Frau Seidenman“<sup>98</sup>, der zwei Jahre zuvor unter dem Titel „Początek“ [Der Anfang] bei dem polnischen Exilverlag „Instytut Literacki“ in Paris veröffentlicht wurde.<sup>99</sup>

Als zweiter fiktiver Text wurde der Roman „Nacht, Tag und Nacht“ ausgewählt, dessen deutsche Übersetzung zeitgleich mit dem polnischen Original im Jahre 1991 veröffentlicht wurde.<sup>100</sup>

Hinsichtlich der diskursiven Aussagen können wir sowohl auf die Sekundärliteratur zu Autor und Werk zurückgreifen als auch auf einige zentralen Essays und Reden Szczypiorskis,

<sup>96</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.8.2001, S.12.

<sup>97</sup> Vgl. darüber hinaus den Beitrag von Herbert Küpper, Starke Männer, Patriarchen oder Staatsnotare? osteuropa 10/2000, S. 1083-1096.

<sup>98</sup> Andrzej Szczypiorski: Die schöne Frau Seidenman. Zürich 1988.

<sup>99</sup> Ders.: Początek. Paris 1986.

<sup>100</sup> Ders.: Tag, Nacht, Tag und Nacht. Zürich 1991. Polnisch: Noc, dzien i noc. Poznan 1991.

die 1996 in deutscher Übersetzung erschienen sind. Dieser Band ist als Gesamtvolumen nicht in polnischer Sprache veröffentlicht worden.<sup>101</sup>

Der dritte Abschnitt dieses Beitrags trägt dem Umstand Rechnung, dass Szczypiorski von den Medien – besonders in der Bundesrepublik – hinsichtlich der polnisch-deutschen, aber auch polnisch-jüdischen Beziehungen als wichtiger Zeitzeuge und ausgesprochener Experte wahrgenommen wurde und so über eine große Medienpräsenz verfügte. Aufgrund seiner guten Deutschkenntnisse und seiner seit Ende der 1980er Jahre auf Versöhnung zwischen Deutschland und Polen orientierten Grundaussagen wurde er zu einer regelrechten Instanz, die den deutschen Nachbarn immer wieder die Besonderheit Polens und seiner Geschichte näher zu bringen suchte.<sup>102</sup>

### **Biographische Dispositionen und historische Kontexte**

Geht man von dem Begriff persönlicher Dispositionen aus, so ist die familiäre, schulische, berufliche und kulturelle Sozialisation eines Individuums sicherlich von ausschlaggebender Bedeutung. Entscheidend ist auch die historische Epoche, in die man hineingeboren wird sowie der weltanschauliche, soziale und kulturelle Kontext, in dem man aufwächst.

Der am 23. Februar 1924 in Warschau geborene Andrzej Szczypiorski entstammte einer Familie, die man der in Polen recht dünnen Schicht des sozialdemokratischen Bildungsbürgertums zurechnen kann. Der 1895 geborene Vater, Adam Szczypiorski, war Historiker und Funktionär der Polnischen Sozialistischen Partei [PPS]. Zwischen 1931 und 1939 Generalsekretär der polnischen

Gewerkschaften, während der deutschen Okkupation in der konspirativen Organisation der PPS „Wolność, Równość, Niepodległość“ [WRN, „Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit“] und zwischen 1944 und 1945 Häftling des KZ Sachsenhausen-Oranienburg. Er kehrte erst 1955 aus dem Exil in der Schweiz in die Volksrepublik Polen zurück und war ab 1958 Professor an dem der Polnischen Akademie der Wissenschaften affilierten Institut für die Geschichte der materiellen Kultur. Diese Rückkehr war nur aufgrund der sich nach dem Tode Stalins fundamental verändernden Situation in der Volksrepublik Polen möglich, denn die Repräsentanten der WRN hatten in der Okkupationszeit einen strikt sozialdemokratischen, antikommunistischen Kurs verfolgt und sich auch noch nach Kriegsende der Sowjetisierung Polens widersetzt. Zahlreiche ihrer Spitzenpolitiker entschieden sich deshalb nach 1945 endgültig für das westliche Exil.

Das politische Milieu, in dem Szczypiorski aufwuchs, war also entschieden sozialdemokratisch. Neben dem zentralen polnischen Kultureinfluss gab es auch Berührungspunkte zur jüdischen und deutschen Kultur. Der Vater war mit zahlreichen jüdischen Politikern aus dem polnischen Sejm, die entweder bei den Zionisten oder beim sozialistisch orientierten „Bund“ aktiv waren, befreundet.<sup>103</sup> Von einer ethnisch definierten Segregation, wie sie für die multiethnische Hauptstadt Polens eher typisch war, konnte keine Rede sein: „Polen und Juden, auch die armen und orthodoxen, waren ganz einfach meine Wirklichkeit, sie bildeten gewissermaßen das Zentrum meines Lebens, weil ich ihnen auf Schritt und Tritt begegnete, weil ich ihre Sprache hörte, unverständliche Wörter, die ich indessen für eine Art Polnisch hielt, natürlich etwas anders, so wie sie selbst etwas anders waren in Aussehen, Verhalten und Gesten, aber doch zu dieser farbigen und verführeri-

<sup>101</sup> Ders.: Europa ist unterwegs. Essays und Reden. Zürich 1996.

<sup>102</sup> Gerhard Gnauck: Der Stellvertreter Polens auf Erden. Streiflustig, umstritten, gern gelesen: Zum Tode des großen Schriftstellers Andrzej Szczypiorski. In: Die Welt, 17.5.2000, S. 33.

<sup>103</sup> Andrzej Szczypiorski: Mein Warschau vor über fünfzig Jahren. In: ders.: Europa ist unterwegs, S. 157-172, S. 161.

schen Strömung des Polentums gehörten, in der wir alle gemeinsam schwammen.“<sup>104</sup> Polnischer Nationalismus oder katholischer Klerikalismus hatten hier kaum oder keinen Raum. In seinen später in Deutschland gehaltenen Vorträgen wiederholte Szczypiorski recht häufig folgendes Fragment, das eine Reminiszenz aus der Zeit der deutschen Besatzung darstellt, und das in Ansätzen Auskunft über das in der Familie herrschende Kulturverständnis gibt: „In jener Zeit las ich die „Buddenbrooks“ von Thomas Mann. Eine Erzählung über ganz normale Menschen in einer ganz normalen Welt. [...] Von jenen merkwürdigen Deutschen, von denen mir noch vor dem Krieg meine Mutter gern erzählte, die als junges Mädchen oft nach Berlin fuhr, um Schumann und Brahms auf dem Klavier zu spielen, und stets wiederholte, dass die Deutschen das kultivierteste Volk Europas seien. Etwa 1940 hörte sie auf, das zu wiederholen, denn sie wurde vor Verzweiflung, Verwunderung und Angst ganz stumm...“<sup>105</sup>

Dieser transnationalen und kosmopolitischen Grundstimmung hat der Autor ganz offensichtlich seine in späteren Jahren auffällige Weltoffenheit zu verdanken. Auch wenn man konzedieren muss, dass seine Karriere in der westeuropäischen, besonders aber deutschen Öffentlichkeit erst relativ spät beginnen konnte.<sup>106</sup>

Die mehr oder minder glückliche Kindheit und Jugend in einem zwar armen und be-

drängten, dafür aber unabhängigen Polen sollte mit dem Einmarsch der deutschen Truppen und der NS-Besatzungspolitik in Polen ein jähes und das weitere Leben Szczypiorskis prägendes Ende nehmen. Die Zeit der „nationalsozialistischen Nacht“ in Polen wurde zu einem seiner Grundthemen und ließ ihn nicht mehr los. Diese Erfahrung blieb bei dem Autor aber auch mit dem übergeordneten Thema, der europäischen Identität, verbunden. Zumal Szczypiorski, wie zahlreiche seiner polnischen Zeitgenossen, zum Opfer zweier totalitärer, kollektiver Systeme wurde, die das Individuum dem Kampf der Rassen, später der Klassen, unterzuordnen trachteten. Der von ihm persönlich miterlebten Vernichtung der polnischen Juden und der existenziellen Gefährdung der Polen durch die Nazis folgte eine lange Ära des sowjetischen Totalitarismus, in der es ebenfalls nur bedingt möglich war, in Polen Unabhängigkeit und Selbstbewusstsein auszuleben. Für die Intellektuellen und Schriftsteller jener düsteren Nachkriegszeit schien es im Grunde genommen nur drei Möglichkeiten zu geben: Anpassung, (passiven) Widerstand oder (innere) Emigration. Die komplizierten Zwischenlagen und Gratwanderungen, die so manches polnische Schriftstellerleben und –werk in der Volksrepublik Polen oder im westlichen Exil prägten, seien an dieser Stelle außer Acht gelassen, obwohl man aus ihnen viel über Uneindeutigkeiten und Ambivalenzen lernen kann<sup>107</sup>. Szczypiorski, der nicht zum Exilanten wurde, durchlief fast alle übrigen Etappen, wobei er den nationalsozialistischen Terror (KZ-Haft im KZ Buchenwald nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstands) sowie den kommunistischen Terror (Internierung nach Ausrufung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski) am eigenen Leib erlitt.

Dass Szczypiorski über etliche Jahrzehnte hindurch das politische System der Volksre-

<sup>104</sup> Ebd., S. 160; Elzbieta Dzikowska: Die polnisch-jüdisch-deutsche Schicksalsgemeinschaft im Erzählwerk von Andrzej Szczypiorski. In: Jan-Pieter Barbian, Marek Zybur: Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Wiesbaden 1999.

<sup>105</sup> Zitiert nach: Hamburger Morgenpost Online vom 2.9.1999. Aus dem Vortrag des polnischen Schriftstellers Andrzej Szczypiorski zum 60. Jahrestag des Überfalls auf Polen.

<sup>106</sup> Gabriele Lesser: Eine späte Karriere. Das deutsch-polnisch-jüdische Verhältnis ließ ihn nicht los: Der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski starb im Alter von 76 Jahren in Warschau. In: tageszeitung, 17.5.2000.

<sup>107</sup> Zbigniew R. Wilkiewicz: Polnische Exilliteratur. Eine Bestandsaufnahme. Köln, Wien 1991, S. 48-65.

publik Polen mehr oder minder gut hieß, ergibt sich schon alleine daraus, dass er zwischen 1956 und 1958 Kulturattaché bei der polnischen Botschaft in Dänemark und zwischen 1964 und 1974 Redaktionsmitglied der renommierten, durchaus kritischen, wenn auch regierungsnahen Wochenschrift „Polityka“ war. Was sein literarisches Werk angeht, so stand in den Romanen und Erzählungen, die er bis in die 1960er Jahre veröffentlichte, die Thematik der deutsch-polnischen Beziehungen sowie die Verantwortung des deutschen Volkes für die Nazi-Verbrechen im Vordergrund. Bis Mitte der 1960er Jahre war er, wie Janusz Tycner meint, ein „glühender kommunistischer Agitprop-Schreiber“.<sup>108</sup> Die Tatsache, dass Szczypiorski als Zwanzigjähriger in den Reihen der „Armia Ludowa“ (also des kommunistisch orientierten Zweigs des bewaffneten polnischen Widerstands) am Warschauer Aufstand teilnahm, mag verdeutlichen, dass er zu dieser Zeit entschieden links orientiert war. Sein später akzentuierter Universalismus, als Antidotum gegen einen authentischen oder instrumentalisierten (polnischen) Nationalismus, geht ganz offensichtlich auf entsprechende Erfahrungen im KZ Buchenwald zurück:

„Am 2. September 1944 bekam ich auf der Lagerrampe zum ersten Mal eines mit dem Ochsenziemer über den Rücken, weil ich zu langsam aus dem Waggon sprang. Ich bekam einen Schlag mit dem Ochsenziemer von dem Lager-Kapo, der kein Deutscher war, sondern Franzose. Und wenige Tage später gab mir ein deutscher Häftling, der seit 1934 in Sachsenhausen saß, ein Stück Brotrinde, damit ich meinen Hunger stillen konnte. Damals brach in mir eine historiosophische und politische Konstruktion zusammen, die mich in vorangegangenen Jahren begleitet hatte. Denn ich sah Deutsche, die meine Kameraden im Unheil waren, und sah Polen, die mich im KZ ver-

folgten. (...) Ich sah, wie ein Deutscher einen Deutschen quälte, ein Holländer einen Holländer, ein Franzose einen Franzosen, so wie ich zwei Jahre zuvor auf einer Warschauer Straße gesehen hatte, wie ein Jude einen anderen Juden den deutschen Gendarmen ausliefert.“<sup>109</sup>

### **Eine Messe für die Stadt Arras**

Zu einem literarischen Ereignis wurde in Polen der 1971 veröffentlichte Roman „Msza za miasto Arras“ [Eine Messe für die Stadt Arras]<sup>110</sup>, eine Parabel auf totalitäre Machtausübung, die historisch betrachtet in die Jahre 1558 bis 1561 zurückreicht, und in der am Beispiel einer Pest- und Hungerepidemie die Mechanismen für die Inszenierung einer Massenhysterie, die zur Verfolgung von Juden und Andersgläubigen führt, aufgezeigt werden. Die Anspielung auf das Jahr 1968, in dem Tausende Intellektuelle, vornehmlich jüdischer Provenienz, Polen verlassen mussten, da sich der nationalistische Flügel der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei durchsetzen konnte, waren offenkundig, obschon sich der Roman vordergründig mit dem Machtmissbrauch katholischer Würdenträger in der Stadt Arras beschäftigt. Deshalb konnte das Werk wohl auch in der VR Polen erscheinen, und gilt heute als der literarisch wertvollste Roman Szczypiorskis.<sup>111</sup> Seine Abkehr von der PVAP und der Utopie eines real umsetzbaren Sozialismus lässt sich also spätestens auf den Anfang der 1970er Jahre datieren. Seine Hinwendung zur Haltung eines liberalen Intellektuellen brachte mit sich, dass er 1977 ein Veröffentlichungsverbot erhielt. Es ist ganz deutlich, dass es die von Teilen der

<sup>108</sup> Janusz Tycner: Der Versöhner. Zum Tode eines Freundes. In: Die Zeit, 18.5.2000, S. 9.

<sup>109</sup> Szczypiorski, Andrzej: Die Vergangenheit kann man nicht „bewältigen“. Rede zum 50. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1995 im Parlament in Den Haag. In: ders.: Europa ist unterwegs, S. 288.

<sup>110</sup> Andrzej Szczypiorski: Msza za miasto Arras. Warszawa 1971. Deutsch: Leipzig 1979, Zürich 1988.

<sup>111</sup> Halina Urbas: Szczypiorski. In: Literatura Polska. Przewodnik Encyklopedyczny. Warszawa 1988, Bd. II, S. 426.

PVAP gesteuerte antizionistische, im Grunde genommen antisemitische Hetze des Jahres 1968 war, die ihn zum Oppositionellen werden ließen. Und insofern scheint das *déjà vu* eines staatlich gelenkten Antisemitismus, dessen extreme Exzesse er als junger Mann im besetzten Warschau erlebt hatte, für den Bruch mit der Partei und dem real existierenden Sozialismus in Polen verantwortlich zu sein. Ab 1977 war er Mitarbeiter mehrerer oppositioneller Zeitschriften, die in Polen, aber auch im westlichen Exil erschienen, anlässlich der Auguststreiks des Jahres 1980 bereits ein entschiedener Anhänger der oppositionellen Solidarnosc-Bewegung. Nach Ausrufung des Kriegrechts wurde er, wie zahlreiche andere Aktivisten der Solidarnosc, bis zum Frühjahr 1982 interniert. Nach der Wende des Jahres 1989 betätigte er sich politisch und war als Kandidat der Gewerkschaft Solidarnosc Mitglied des polnischen Senats. Aus der aktiven Politik zog er sich jedoch bald zurück.

Nach der Veröffentlichung seines Romans „Die schöne Frau Seidenman“ erfuhr Szcypiorski zahlreiche nationale und internationale Ehrungen. So erhielt er 1988 für eben diesen Roman den begehrten Literaturpreis der „Wiadomosci Literackie“ [Literarische Nachrichten], 1991 den Preis der Warschauer Buchhändler für „Nacht, Tag und Nacht“, wurde 1995 wegen seiner Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet, im gleichen Jahr zum Mitglied im deutschen Orden „Pour le merite“ ernannt, und 1997 vom Präsidenten der Republik Polen für seine Verdienste um Polen mit der Verleihung des Ordens „Polonia Restituta“ geehrt.<sup>112</sup>

Zahlreiche, hier nur angedeutete, biographische Fragmente spiegeln sich in seinen Romanen wider. In literarisierter Form markieren sie allerdings nicht nur persönliche

Wendemarken im Leben eines Autors, sondern ebenfalls einschneidende Wendemarken in der polnischen und europäischen Geschichte. Am Beispiel des Romans „Die schöne Frau Seidenman“ wollen wir dies nunmehr nachvollziehen.

### **Die schöne Frau Seidenman**

Den historischen Rahmen bildet das Jahr 1943 im deutsch besetzten Warschau, allerdings gibt es auch zeitliche Rück- und Vorgriffe, die in der Regel mit den Biographien der handelnden Figuren gekoppelt werden. Dieses Verfahren einer lockeren Montage von erzählter Zeit und Erzählfragmenten ist für den gesamten Roman, der aus 21 Kapiteln besteht, typisch. Die Handlung ist gleichsam zweitrangig und wird häufig von Reflexionen des Erzählers, aber auch der Figuren durchsetzt, die – in einer Periode ständiger Bedrohung – nach dem Sinne ihres eigenen Lebens, aber auch nach dem Sinn menschlicher Existenz fragen. Insofern kommt den Psychogrammen und Biographiefragmenten der entworfenen Figuren eine besondere Bedeutung zu. Wir werden sie nunmehr rekonstruieren, wobei die Fragen nach der persönlichen Identität und Wertstruktur der einzelnen Figuren als Leitfaden dienen sollen.

Die Titeelfigur, Irma Seidenman, Witwe des jüdischen Wissenschaftlers und Arztes Ignacy Seidenman, entstammt der Schicht des assimilierten polnischen Judentums. Sie hat ein „absolut arisches Aussehen“ und verfügt – was während der Nazi-Okkupation lebenswichtig ist – über ausgezeichnet gefälschte Papiere, aus denen hervorgeht, dass sie die polnische Offizierswitwe Maria Magdalena Gostomska sei. Mit diesen beiden existenzsichernden Ressourcen ausgestattet, lebt sie während der ersten Okkupationsjahre relativ unbehelligt im „arischen“ Teil Warschaus.

Verhaftet wird sie nur deshalb, weil sie von dem professionellen Denunzianten und „Judenjäger“, dem Juden Broniek Blutman, wiedererkannt und in der berüchtigten

<sup>112</sup> Andrzej Szcypiorski. Poetik-Dozent im Sommer 1998. Portrait Biographie Leseprobe. <http://www.uni-tuebingen.de/Poetik-Dozentur/as/asbio.html>.

Schuch-Allee abgeliefert wird. Damit akzentuiert der Autor die Tatsache, dass es nicht nur deutsche und polnische „Judenjäger“, die berüchtigten „szmalcowniki“, waren, die Juden an die deutschen Besatzer auslieferten, sondern auch Juden an diesem schmutzigen Geschäft beteiligt waren. Der Druck der Besatzer sorgte für eine entsprechende Segmentierung der Gesellschaft, das eigene Überleben, um welchen Preis auch immer, wurde zur Maxime der Mehrheit. So hofft der Denunziant Blutman, der ein bestimmtes Kontingent von Juden in der Schuch-Allee abzuliefern hat, sein eigenes Leben dadurch retten oder mindestens verlängern zu können. Seine Grenzen, als willfähiges Instrument der Besatzer, muss er allerdings erkennen, als er versucht – gegen die Aussage eines Deutschen, der Frau Seidenman durch die Bestätigung ihrer falschen polnischen Identität rettet –, bei seiner Version zu bleiben. Der SD-Offizier Stuckler macht dies durch folgenden Satz deutlich: „Ein Jude darf die Worte eines Deutschen nicht in Zweifel ziehen.“ (S. 214) Der Wahrheitsanspruch wird so auf die Rassezugehörigkeit reduziert. Während Frau Seidenman also durch die direkte Intervention des Deutschen Johann Müller das nationalsozialistische Inferno überlebt, stirbt Broniek Blutman einige Zeit später im Warschauer Ghetto.

Allerdings gerät Irma Seidenman hinsichtlich ihrer eigenen Identität in Zweifel. Nach ihrer Rettung durch einige beherzte Polen und einen Deutschen, die Kette der Retter besteht aus dem weltabgewandten Altphilologen Dr. Korda, dem in Irma Seidenmann verliebten Pawel Krynski, dem Eisenbahner Filipek, der seinen einstigen PPS-Genossen Müller aktiviert, fühlt sie eine starke Bindung zu Polen, will sich für dieses Land entscheiden, ohne sich dadurch aber dem Polentum zuordnen zu können. Der Erzähler fasst diese Situation so: „Dort auf der Schuch-Allee hatte sie sich weder als Jüdin noch als Polin gefühlt, vielleicht war sie mehr gewesen, nämlich ein zum Tode verurteilter Mensch [...]“ (S. 245) Also

bleibt und arbeitet Irma Seidenman alias Maria Magdalena Gostomska nach dem Krieg in der VR Polen. Erst ihre Vertreibung, deren historischen Hintergrund die antizionistischen Exzesse des Jahres 1968 bilden, lässt sie mit dem Polen der Nachkriegszeit brechen; das Land erscheint ihr aus der Pariser Perspektive einer einsamen und enttäuschten Frau als traurig und abstoßend. Das heitere und fröhliche Polen der Vorkriegszeit, als eine Periode persönlich erlebten Glücks, ist unrettbar verloren.

Der Deutsche Johannes Müller ist zwar Mitglied der NSDAP, seine kulturelle und politische Prägung hat er aber als Auslandsdeutscher aus Lodz und Angehöriger der Polnischen Sozialistischen Partei, im internationalen Milieu der gegen das despotische Zartum ankämpfenden polnischen Sozialisten erfahren. Als naher Gefolgsmann Pilsudkis war ihm die Befreiung Polens wichtiger als ein wie auch immer empfundenes deutsches Nationalgefühl. Seine deutschen Landsleute, auch die Nazis, hält er für „geradlinig“ und „flach wie ein Brett“, sie seien allerdings bestrebt, immer erstrangig zu sein, was den gefährlichen deutschen Wahn ausmache. (S. 154) Müller lebt von seinen Erinnerungen an die glorreiche Zeit des Befreiungskampfes gegen Russland und formuliert im Gespräch mit Frau Seidenman folgenden Satz: „Ich bin Deutscher dem Leibe und Pole der Seele nach.“ (S. 94) Diese doppelte Identität Müllers sowie sein in der PPS erworbener freiheitlicher Wertekanon sind Voraussetzung dafür, dass er – trotz großen persönlichen Risikos – erfolgreich hilft. Für jene Zeit ein recht atypischer „Deutscher“, der aber auch nach seiner Flucht vor der anrückenden Roten Armee, die ihn nach Bayern führt, eine gespaltene Persönlichkeit bleibt.

## Ethnische Segregation versus Universalismus

Ihm steht die stereotyp konstruierte Figur des SD-Manns Stuckler gegenüber. Hier zeichnet der Erzähler das Psychogramm eines überzeugten Nationalsozialisten, der von seiner Mission für das Dritte Reich und für ein großdeutsch dominiertes Europa gänzlich überzeugt ist, und den keine Skrupel oder Zweifel plagen. Der aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammende SD-Mann Stuckler, dem das Dritte Reich den Karriereaufstieg ermöglicht hat, ist überzeugter Rassist und tötet aus Überzeugung. Für Stuckler gibt es nur die Geschichte der Sieger und Führer: „Nur sie erfreuen sich der Freiheit, nur ihnen stehen Rechte und Privilegien zu. So war es immer. Und infolgedessen existierte ganz einfach die Welt. Wenn wir den Krieg verlieren, wird die Geschichte abgeschafft.“ (S. 238) Der „Übermensch“ Stuckler stirbt nach seiner Gefangennahme ungeläutert in einem am Ob gelegenen sowjetischen Lager.

Die Zentralfigur des Romans ist der junge Pawel Krynski, der das alter ego des Erzählers darstellt. Seit seiner Kindheit ist er mit dem jüdischen Rechtsanwaltssohn Heniek Fichtelbaum befreundet, für den er nach 1940, als Heniek das Ghetto verlässt und illegal auf die „arische“ Seite der Stadt wechselt, ein Versteck bei einem polnischen Uhrmacher besorgt. Und seit seiner Jugend ist Pawel in die schöne Frau Seidenman verliebt. Er ist es auch, der nach ihrer Verhaftung den Eisenbahner Filipek für die Rettungsaktion aktiviert. Pawel besucht ein Untergrund-Gymnasium in Warschau und legt dort sein Abitur ab, er ist im Widerstand aktiv und kämpft im Warschauer Aufstand vom August 1944, bei dem seine Freundin Monika umkommt.

Als sich sein jüdischer Freund Henio, nachdem er im arischen Teil der Stadt bei einer barmherzigen polnischen Hure seine sexuelle Initiation erlebt hat, im April 1943 dafür entscheidet, ins Ghetto zurückzukehren, um nicht alleine sterben zu müssen, verspürt

Pawel, dass dies der Anfang ist, der Anfang der Zeit der Trennungen, Abschiede und ewigen Ängste. (S. 200) Diese Textstelle korrespondiert mit dem polnischen Titel des Romans und setzt somit die Zäsur für den so verstandenen „Anfang“ auf den Beginn des Ghetto-Austandes und die endgültige Vernichtung des Warschauer Judentums. Henio trifft eine geradezu paradoxe Entscheidung gegen sein eigenes Leben. Er will nicht begreifen, warum er sich als Jude wie ein gehetztes Tier versteckt halten muss, und hadert mit seinem Schicksal und Gott, dass er nur deshalb sterben soll, weil er Jude ist.

Pawel überlebt den Krieg und hat sogar Gelegenheit, viele Jahre später seiner Jugendliebe Irma Seidenman in Paris zu begegnen. Allerdings ist auch er inzwischen eine gebrochene Persönlichkeit, denn obwohl er 1945 das Kriegsende guthieß, „weil in Europa nicht mehr getötet wurde“, musste er doch schon einige Jahre später erkennen, dass es in seiner Heimat zu einer Entwicklung kam, die ihn nicht mehr den Krieg, sondern den Frieden schrecklich erscheinen ließ. (S. 204)

Noch viel bitterer formuliert Pawel Krynski diese Erkenntnis viele Jahre später im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Solidarnosc-Bewegung, als er mit Wladyslaw Gruszecki über den Sinn und Widersinn des polnischen Widerstands diskutiert. Während Gruszecki die Frage aufwirft, ob es denn wirklich notwendig sei, dass jede Generation in Polen dezimiert werden müsse, hebt Krynski noch einmal auf das Ethos der „Solidarnosc“ ab: „Niemand hier hatte den Anspruch, die Welt zu erlösen. Ein Stück Authentizität zu erkämpfen, eine Prise eigene Wahrheit, nur darum ging es.“ (S. 209) Die Ausrufung des Kriegsrechts kommentiert er demzufolge so: „Zum ersten, ersten, ersten Mal hat doch Polen selbst Polen geschändet und in den Schmutz gezogen.“ (S. 210) Seine Internierung bewertet er schlimmer als die KZ-Haft, denn nun sei er von den „eigenen Leuten“ gedemütigt worden. Allerdings revidiert Pawel unter dem Einfluss der Argumente

Gruszeckis, der immer wieder auf die „tatsächlichen Machtverhältnisse“ abhebt, und versucht, „realistisch“ zu bleiben, diese Einschätzung, indem er die nationale Legende des „heiligen Polen“ und den Mythos der polnischen Sonderrolle in Frage stellt. Denn schließlich lasse sich die jüngste polnische Geschichte durchaus auch als eine Geschichte des permanenten Verrats interpretieren. (S. 211)

### **Verschlungene Identitäten**

Neben diesen Hauptfiguren des Romans gibt es aber noch ein ganzes Ensemble interessant konstruierter Nebenfiguren, die als Charaktere nicht der Typisierung unterliegen, stereotype Einordnungen nicht zulassen und so authentisch wirken.

Da ist zunächst die Figur des Landwirtschaftsexperten Wladyslaw Gruszecki, alias Wladzio Gruszka, alias Artur Hirszfeld, der als von der Vernichtung bedrohtes jüdisches Kind in einem katholischen Kloster untergebracht wird, eine neue falsche Identität als Wladzio Gruszka erhält und von Schwester Weronika, einer erkatholischen polnischen Nonne, die auf diese Weise eine ganze Reihe jüdischer Kinder rettet, christlich erzogen wird. Nach dem Kriege ändert Wladzio seinen Nachnamen in Gruszecki und entwirft für sich selbst und seine polnische Umwelt eine neue urpolnische, adlige Herkunft. Er formuliert polnisch-national, ist antideutsch und antisemitisch gestimmt, und freut sich im Jahre 1968 darüber, dass die Juden Polen endlich verlassen müssen

Ganz anders Joasia Finkelbaum alias Marysia Wiewióra alias Mirian Wewer, die Schwester von Heniek Finkelbaum, die auf „Bestellung“ des in der Vorkriegszeit renommierten Richters Romnicki von dem polnischen Berufsverbrecher Wiktor Suchowiak – gegen entsprechende Bezahlung und kurz vor der endgültigen Liquidierung des Warschauer Ghettos – in den arischen Teil der Stadt gebracht wird, wo sie zunächst bei Schwester

Weronika und dann als Marysia Wiewióra bei polnischen Bauern Unterschlupf findet. Nach dem Krieg wandert sie nach Israel aus und nennt sich Miriam Wewer.

Der Richter Romnicki beteiligt sich an der Rettung Joasias, weil er von deren Vater, dem Rechtsanwalt Fichtelbaum, der kurz darauf im Ghetto ermordet wird, inständig gebeten wird, seine Tochter in den arischen Teil der Stadt zu bringen. Der Richter wird als Mensch charakterisiert, der „weder auf seine Zigarre noch auf seine Würde“ verzichten möchte. Diese aufrechte Haltung eines bürgerlichen Vorkriegs-Intellektuellen adliger Provenienz sorgt später auch ganz offensichtlich dafür, dass Romnicki mehrere Jahre in volkspolnischen Gefängnissen verbringen muss, bevor er als gebrochener, aber aufrechter Mensch im Juli 1956 stirbt.

Auf dem gesellschaftlichen Gegenpol der gefürchtete polnische Berufsverbrecher Suchowiak, der von Überfällen und dem Menschenschmuggel aus dem Ghetto lebt. Suchowiak bringt Joasia nicht nur sicher in den „arischen“ Teil der Stadt, er beschützt sie auch vor dem „schönen Lolo“, einem sadistischen polnischen „Judenjäger“, der später in der Volksrepublik Polen unbehelligt bleibt und eine ganz gewöhnliche Karriere macht, während Suchowiak seinem Beruf auch im Kommunismus treu bleibt und lange Gefängnisstrafen absitzen muss. Bei einer späteren, zufälligen Begegnung einigt man sich auf einen erpresserischen Kompromiss, der beiden Verbrechern Vorteile bringt.

Als dann die Figur des Schneiders Apolinary Kujawski, eines polnischen Kleinbürgers, dem die Juden fremd bleiben, der weder Moskowiter noch Deutsche leiden mag, und einen konservativen polnischen Katholizismus pflegt. Durch die Enteignung der jüdischen Firma Mitelman, bei der er als Schneider angestellt ist, und den baldigen Tod der jüdischen Eigner, wird er zum Erbe eines großen Vermögens, was ihm erlaubt, seiner Passion, dem Einkauf von Kunstgegenständen, die er der verarmenden polnischen

Oberschicht abkauft, nachzugehen. Aber nicht schnödes Gewinnstreben sind dabei sein Antrieb, sondern die Vorstellung, seine Sammlung nach dem Kriege der polnischen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Dies möchte er als seinen patriotischen Beitrag zur Rettung der polnischen Kultur verstanden wissen. Allerdings stirbt Kujawski im Herbst 1943 – eher zufällig - bei einer Straßenexecution, während seine Kunstsammlung im Warschauer Aufstand verbrennt.

Schließlich noch zwei Figuren aus dem Bildungsbürgertum, der Altphilologe Dr. Korda, der sich gänzlich in die Welt der Antike zurückgezogen hat und die Okkupation aufgrund seiner gutmütigen, geradezu „idiotischen“ Weltfremdheit überlebt, sowie der Lehrer Winiar, den in der Nähe der Ghetto-Mauer und des dort aufgestellten Karussells ein zufälliger Tod ereilt, der dann später zum Heldentod stilisiert wird. Tiefe Betroffenheit und Trauer empfindet der liberale Christ, Philosemit und Pazifist Winiar kurz vor seinem Tod beim Anblick des mit „Ariern“ gut besetzten Karussells, hinter dem – nur durch die Mauer getrennt - sich die Tragödie des Ghettos abspielt. Dagegen fasst ein polnischer, anonym bleibender Landsmann, der einige Tage später an der gleichen Stelle steht, seine Eindrücke ganz anders zusammen: „Die Jidden braten, dass es brutzelt.“ (S. 227)

### **Auf der Suche nach neuer Identität**

Aus diesen rekonstruierten Psychogrammen und Biographiefragmenten ergibt sich hinsichtlich der Frage nach menschlicher Identität ein recht differenziertes Bild. Das nationalsozialistisch besetzte Polen war bekanntlich ein Experimentierfeld für die Verdrängung, Vertreibung, Umsiedlung und Vernichtung ganzer Volksgruppen, insbesondere der Juden. Die Aufteilung der Hauptstadt Warschau in einen polnischen, deutschen und jüdischen Bezirk diente der ethnischen Segregation und wirtschaftlichen Ausbeutung.

Strategisches Ziel war die Herstellung eines germanischen Großreiches, in dem „minderwertige Rassen“ kein Recht auf Leben oder nur Helotenstatus haben sollten. Zu diesen minderwertigen Rassen gehörten im Sinne der nationalsozialistischen Rassenlehre in erster Linie Juden, aber auch Polen. Sie sollten aus dem zukünftigen deutschen Siedlungsraum verdrängt werden oder zu Sklaven der deutschen „Herrenrasse“ werden.<sup>113</sup>

Dieser permanente Ausnahmezustand erzeugte bei den Unterdrückten zwei gegenläufige Verhaltensmuster: Anpassung an das „Recht“ der herrschenden Besatzer, im Extremfall Kollaboration, oder subversiven, später offenen Widerstand. Die Gleichrangigkeit dieser Haltungen bei den verschiedenen ethnischen und sozialen Gruppen zeigt der Roman deutlich auf. Im Sinne des „Rechts“ der Besatzer muss man über ein „gutes arisches“ Aussehen und „gute Papiere“ verfügen, hat man weder das eine noch das andere, oder nur eins von beiden, droht Degradierung oder gar Vernichtung.

Die beabsichtigte Segregation der Polen von den Juden gelingt aber nicht vollständig, sieht man von der faktischen Trennung durch die Ghetto-Mauer ab. Die Beschreibung der Verhältnisse im Ghetto bleibt im Roman allerdings ausgespart, er handelt ausschließlich im arischen Teil der Stadt.

Betrachtet man das Figuren-Ensemble nach ethnischer Zugehörigkeit, so fällt auf, dass deutsche Protagonisten lediglich durch die beiden Figuren Müller und Stuckler vorgestellt werden. Im Unterschied zu dem überzeugten Nazi Stuckler ist Müller allerdings eine gedoppelte Persönlichkeit, die als binationales Individuum bezeichnet werden kann, das sich weder für die eine noch für die andere Option entscheiden kann oder will.

Das Figureninventar der Polen ist weitaus breiter angelegt, wobei es begrifflicherweise

<sup>113</sup> Immanuel Geiss, Wolfgang Jacobmeyer (Hg.): Deutsche Politik in Polen 1939-1945. Aus dem Diensttagebuch von Hans Frank, Generalgouverneur. Opladen 1980.

keine positiven zwischenmenschlichen Berührungspunkte zum Deutschtum gibt. Die einzige Ausnahme bildet die Beziehung zwischen den beiden einstigen PPS-Genossen Filipek und Müller, die aufgrund ihrer politischen Sozialisation und Freundschaft gegen das Verbot der ethnischen Segregation verstoßen und, bei großem Risiko für das eigene Leben, (über)menschlich handeln, um eine Jüdin zu retten.

Das Verhältnis der polnischen zu den jüdischen Figuren ist hingegen sehr differenziert. Gerade angesichts der Liquidierung des Ghettos scheiden sich die Geister. Neben Mitgefühl und aktiver Hilfe herrschen ebenso Schadenfreude und aktive Mithilfe bei der Judenjagd vor. In den Psychogrammen der meisten polnischen Figuren, die aus bäuerlichem und kleinstädtischem Milieu stammen, wird Abneigung gegen die Juden, die man als Fremdkörper empfindet, formuliert. Hinzu kommen Vorbehalte, die dem katholischen Antijudaismus entnommen sind.

Anders bei den assimilierten Juden, die fast das gesamte jüdische Figuren-Ensemble in Szczygiorskis Roman ausmachen.<sup>114</sup> Weder Irma Seidenman noch Heniek Finkelbaum verstehen sich im ethnischen, religiösen oder kulturellen Bereich als Juden. Sie werden erst durch die Rassedefinition der Nazis dazu gemacht.

Pawel und der Richter Lomnicki sind zwar polnische Patrioten, aber auch Vertreter eines die Ethnien übergreifenden Universalismus, also Menschenfreunde, die helfen, weil sie meinen, helfen zu müssen. Man kann sie als Repräsentanten der dünnen Schicht des aufgeklärten polnischen Bürgertums aus der Vorkriegszeit charakterisieren.

Die die Nazi-Okkupation überlebenden Angehörigen des jüdischen Figuren-Ensembles gehen durchweg vollkommen unterschied-

liche Wege: Sie reichen von freiwilliger und erzwungener Emigration bis hin zu vollkommener Anpassung und zur Verleugnung der eigenen Abstammung.

Die Heterogenität der hier vorgestellten Figurengruppen verdeutlicht, dass eine – wie auch immer geartete – ethnische Zugehörigkeitsdefinition aus Sicht des Erzählers obsolet ist. Relevant ist nur die Möglichkeit der freien Wahl und ihr Vollzug. Nur sie sichert existenzielle Identität und Authentizität. Unter den Verhältnissen der nationalsozialistischen Besatzungs- und Vernichtungspolitik ein hehres Ziel, an dem sich nur die wenigsten orientieren können.

Freiheit, Gleichheit, materielle Ressourcen und Wahrheitsanspruch sind lediglich den Besatzern gegeben, die diese Rechte aus der Überlegenheit ihrer Rasse ableiten. In einer solchen Situation kann selbst die Haltung eines demütigen Versuchs zu überdauern, existenzgefährdend sein. Angesichts des auf Ausmerzung gerichteten nationalsozialistischen Totalitätsanspruchs, kann nur die pure physische Gegengewalt die Beherrschten davor schützen, sich nicht vollends aufzugeben, auch wenn sie dabei den Tod finden sollten. Davon zeugen die beiden Warschauer Aufstände vom April 1943 und August 1944, die den Rahmen der erzählten Zeit des Romans bilden.<sup>115</sup> Trotz ihres tragischen Ausgangs sind sie die Kulmination eines jüdischen und polnischen Strebens nach Befreiung. Allerdings sollten die Aufständischen des Warschauer Ghettos genauso einsam sterben wie die Aufständischen des Warschauer Aufstands vom August 1944. Das

<sup>114</sup> Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.(Hg.): *Gesichter einer verlorenen Welt. Fotos aus dem Leben des polnischen Judentums 1864-1939.* Frankfurt am Main 1982.

<sup>115</sup> Wladyslaw Bartoszewski: *Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war. Zeugenberichte eines Christen.* Mit einem Vorwort von Stanislaw Lem. Frankfurt am Main 1983. Ders.: *Aus der Geschichte lernen? Aufsätze und Reden zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Polens.* Mit einem Vorwort von Stanislaw Lem. Nördlingen 1986, S. 259-276; Bernard Goldmann: *„Die Sterne sind Zeugen“.* Der bewaffnete Aufstand im Warschauer Ghetto. Bericht eines der Anführer. Mit einem Geleitwort von Beate Klarsfeld. 2. Aufl. Freiburg 1994.

demokratische Europa schaute in beiden Fällen entsetzt zu, tat aber herzlich wenig, um den Aufständischen zu helfen. Die Rote Armee, der Verbündete der westlichen Alliierten, griff erst ein, als die Stadt vollkommen vernichtet war. Die Befreiung durch die Sowjets mündete bald in eine neue Besetzung Polens durch die UdSSR, deren Führer ebenfalls an der Umsetzung einer totalitären Ideologie interessiert waren. Dies wurde von der Mehrzahl der Polen, die sich bereits 1939 auf sich selbst gestellt dem Angriff zweier totalitärer Systeme erwehren mussten, als weiterer „Verrat“ des Westens, mit dem das freie Europa konnotiert wurde, verstanden. Die eigentliche europäische Identität und Wertestruktur ist im Roman Szczypiorskis nur bei jenen Figuren zu finden, die ihren Mitmenschen, ohne zu kalkulieren, Hilfe erweisen. Sie speist sich vornehmlich aus zwei sehr europäischen Quellen: dem Christentum und einem Sozialismus, der die zwischenmenschliche Solidarität in den Vordergrund stellt.

### **Nacht, Tag und Nacht**

Auch in diesem Roman gibt es nur wenig Handlung, dominant sind längere historiosophische Passagen, Reflexionen des Erzählers und der dargestellten Figuren sowie die Skizzierung ihrer Psychogramme und Biographien. Die erzählte Zeit sind die ersten Nachkriegsjahre im stalinistischen Polen, als die Festigung des kommunistischen Systems in Szene gesetzt wurde. Die deutsche Besatzungszeit bildet nur noch die historische Folie für die Modellierung der Schicksale einzelner Figuren. Im Vordergrund steht das Verhältnis zwischen Juden und Polen, die sich im neuen System zurechtfinden müssen. Dieses System ist von außen oktroyiert und lässt dem Einzelnen wenig Spielraum. Immerhin zielt die Etablierung der kommunistischen Macht nicht auf die Verdrängung und Vernichtung ganzer Volksgruppen, sondern die Isolierung und Eliminierung bestimmter

sozialer Schichten, die sich dem „Fortschritt“ widersetzen. Hierzu müssen „Volksfeinde“ ausgeschaltet und erfunden, entsprechende Provokationen inszeniert werden. Die allmächtige Partei und der allgegenwärtige Sicherheitsdienst haben alle Hände voll zu tun, um die erwünschten Ziele zu erreichen und entsprechende Ergebnisse aus den Menschen herauszupressen, was nunmehr an den Schicksalen der Protagonisten dieses Romans rekonstruiert werden soll.

### **Die „Opfer“**

Antoni Rudowski, der mit seiner Freundin Justyna am Warschauer Aufstand teilgenommen hat, lebt kurz nach dem Kriege in einer nunmehr westpolnischen Großstadt, wahrscheinlich dem ehemals deutschen Breslau. Im Roman beantwortet er die Fragen einer anonym bleibenden Interviewerin und ist somit das alter ego des Erzählers. Mit seinem Nachbarn, dem Juden Knoller, der Auschwitz überlebt hat und sich nun mit (illegalen) Devisengeschäften über Wasser hält, pflegt er einen freundschaftlichen Kontakt. Antoni, der Knoller vor seiner Verhaftung bemitleidet, konstatiert andererseits, dass es im Unterschied zur nationalsozialistischen Besatzungszeit nunmehr auch von Vorteil sein kann, Jude zu sein, da man Juden aufgrund ihres tragischen Schicksals und der entsprechenden Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit die Ausreise aus Polen kaum verweigern könne. Mit den Polen stehe es diesbezüglich ganz anders: „Wer aber schreit in meiner Sache? Wer schreit für die Millionen, die tief in Russland geblieben sind?“ (S. 61) Selbst ein Opfer der fatalen polnischen Geschichte, fühlt er jedoch gleichzeitig, dass Jemandem offenbar sehr daran liegt, Juden und Polen zu entzweien.

Knoller, der seine gesamte Familie im KZ Auschwitz verloren hat, kann in Polen nicht mehr leben, „weil hier ein einziger großer jüdischer Friedhof ist“, und möchte in die USA ausreisen. Hierzu hofft er auf die Unter-

stützung des Milizionärs Kamaszek, der die jüdischen Devisenhändler gewähren lässt, sie nicht anzeigt, um sich selbst die Taschen füllen zu können. Der Milizionär Kamaszek benutzt Knoller als Informanten, indem er ihm die Ausreisemöglichkeit nach Amerika verspricht, und hasst den reichen und genussüchtigen jüdischen Schieber und Devisenhändler Szyja Gutmajer „mit jener geheimen Kraft, mit der nur ein armer Christ einen begüterten Juden hassen kann“. (S. 96) Knoller, der verhaftet wird und von dem die Sicherheitsdienstler im Zusammenhang mit dem ungeklärt bleibenden Mord an Gutmajer eine Falschaussage erpressen, die sowohl Kamaszek als auch Antoni Rudowski schwer belastet, wird nach seiner Freilassung selbst Opfer eines ganz offensichtlich provozierten Pogroms, bei dem außer Knoller ein weiterer jüdischer Devisenhändler ermordet wird. Ob die Täter tatsächlich Angehörige einer im Untergrund operierenden, antisemitischen „Polnischen Nationalarmee“ oder gedungene Mörder des Sicherheitsdienstes sind, bleibt offen. Für den unschuldigen Antoni bedeutet diese Verstrickung allerdings, dass er lange Jahre in volkspolnischen Gefängnissen verbringen muss. Nach zehnjähriger Haft wird er freigelassen und just dann von seiner Freundin Justyna verlassen, weil sich niemand nur „mit dem Erinnern an das Märtyrertum“ abfinden kann. (S. 258)

Inzwischen hat Justyna selbst anderthalb Jahre „völlig sinnloser Haft“ hinter sich sowie zahllose vergebliche Versuche, die Freilassung ihres Freundes zu erwirken. Ein Opfer des Nationalsozialismus sowie des Stalinismus ist die Figur des Polen Hryniewicz, der nach Kriegsende als Angehöriger der polnischen Heimarmee über elf Jahre inhaftiert, gefoltert und verhört wird, wobei von Beginn an klar ist, dass er nicht wegen eines Vergehens, sondern wegen seiner Überzeugungen festgehalten wird, also im juristischen Sinne vollkommen unschuldig ist. Die Besonderheit seiner Haftsituation besteht darin, dass er seine Zelle mit dem deutschen Kriegsver-

brecher Arens teilen muss, dessen Prozess von der volkspolnischen Justiz sehr sorgfältig und lange vorbereitet wird.<sup>116</sup> Arens kann sein Leben schließlich dadurch retten, dass er die von ihm geforderte Falschaussage hinsichtlich der Kollaboration zwischen Angehörigen der polnischen nationalen Widerstandsbewegung (Rudowski, Kamaszek) und den deutschen Besatzern leistet. Damit ist die politische Konstruktion perfekt, die die polnischen Kommunisten brauchen, um noch radikaler gegen die „nationalistische Opposition“ vorzugehen, denn der „Nachweis“ einer Kollaboration mit den Nazis wiegt natürlich schwer. Das gegen Arens vorgesehene Todesurteil wird in 25 Jahren Haft umgewandelt, wonach man ihn in die Bundesrepublik Deutschland entlässt, wo er als alter und kranker Mann ein auskömmliches Rentnerdasein führen kann. (S. 241) Im Unterschied zur egoistischen und menschenverachtenden Figur von Arens wird Hryniewicz als überzeugter Christ und unbeugsamer polnischer Patriot stilisiert, der den deutschen Kriegsverbrecher dazu verleiten will, bei der Wahrheit zu bleiben, um die unschuldigen polnischen Häftlinge nicht noch mehr zu belasten.

### Die „Täter“

Die Täter bereiten als Repräsentanten der Staatsmacht eine Provokation vor, um sich – im Namen der Durchsetzung der neuen Gesellschaftsordnung sowie ihres eigenen Machterhalts bestimmter „Volksfeinde“ – also der jüdischen Devisenhändler und polnischen Nationalisten - zu entledigen.

Dabei handelt es sich um die Figur des jüdischen Parteifunktionärs Chaim Szwarcblatt, der die deutsche Okkupationszeit in Warschau

<sup>116</sup> Einfluss auf diese Konstruktion hatte mit Sicherheit das Schicksal Kazimierz Moczarskis, der zeitweilig gemeinsam mit Jürgen Stroop in einer Zelle inhaftiert war und darüber Zeugnis ablegte. Vgl.: Kazimierz Moczarski: Gespräche mit dem Henker. Frankfurt am Main 1982.

in einem Versteck überlebte, und nach dem Kriege den Namen Czarnocki annahm, sowie den aus Warschau angereisten polnischen Geheimdienstmann Trojan, der mit dem Parteifunktionär Czarnocki die Art der Durchführung der „Aktion“ diskutiert und vorbereitet. Im Hintergrund bleiben die Figur des russischen Offiziers der Sonderdienste in Polen, Fjodor Iwanowitsch Lomekin, sowie des jüdischen Hauptmanns Glabusz.

Czarnocki, in jungen Jahren bereits überzeugter Kommunist, ist ein gebildeter Mann, der vor dem Krieg die fünfzehn Jahre jüngere Polin Lidka heiratet. Lidka, die ihren Mann während der deutschen Okkupation versteckt, sich aufopfernd um ihn kümmert und ihm nach dem Warschauer Aufstand, durch frühe Kontaktaufnahme mit der herannahenden Roten Armee endgültig das Leben rettet, verstirbt allerdings recht plötzlich in den ersten Nachkriegsjahren. Diesen persönlichen Verlust kann Czarnocki nicht verwinden, er fühlt sich einsam und muss nun erleben, dass seine kommunistischen Ideale kaum noch etwas mit der konkreten Umsetzung der kommunistischen Machtübernahme zu tun haben. Allerdings versucht Czarnocki seine Entscheidung für das kommunistische System historisch zu begründen, indem er die westlichen Alliierten wegen ihres Nachgebens gegenüber Hitler für die Katastrophe des Nationalsozialismus verantwortlich macht. In den Kriegsjahren sei die Hoffnung der Völker Europas mit der alliierten Sowjetunion verknüpft gewesen: „Hatten Millionen nicht während des Krieges in der entsetzlichen Überzeugung gelebt, wenn Stalin sich verspätet oder zögert oder resigniert, ja womöglich verliert, dann hört Europa für die Ewigkeit auf zu existieren.“ (S. 148-149)

Erst viele Jahre später, nachdem er sich nach 1968 aus dem Parteiapparat zurückgezogen hat, macht sich Czarnocki klar, dass er einem verbrecherischen System gedient und Schuld auf sich geladen hat. Allerdings ist er zu diesem Zeitpunkt, Anfang der 1970er Jahre kein Kommunist mehr, sondern hat zu Gott

zurückgefunden und versteht sich als gläubiger Jude.

Ganz anders stellt sich der Werdegang der Figur des polnischen Sicherheitsdienstlers Trojan dar, der, aus bürgerlichem Elternhaus stammend, im Herbst 1939, nach der Besetzung Ostpolens durch die Sowjets, seine polnische Uniform abstreift und in eine „neue Haut“ schlüpft, sich also aus reinem Opportunismus den Sowjets anschließt. Er gehört zu jenen kommunistischen Kadern, die fernab von der Front, im asiatischen Teil der UdSSR für ihre zukünftige Aufgabe in Polen vorbereitet werden. Trojan hasst die sowjetische Welt zwar, aber er fürchtet sie auch. (S. 66) Der Erzähler charakterisiert ihn als intelligent, kalt, berechnend, unaufrichtig, grausam und einsam. (S. 31) Als Geheimdienstoffizier macht Trojan im stalinistischen Polen eine aufsehenerregende Karriere, im Unterschied zu Czarnocki ist er allerdings von Beginn an als egoistischer Machtmensch und Zyniker stilisiert, dem es ausschließlich um das eigene Überleben und die Ausübung des Gewaltmonopols geht. Allerdings wird auch er zeitweilig zum Opfer des Systems, als die Parteilinie nach 1956 stärker national ausgerichtet wird.

Die Figur des Sowjetfunktionärs Lomekin, die, so die Charakteristik des Erzählers, ein bäuerliches, russisches, leibeigenschaftliches Verhältnis zur Welt hat, und weiß, dass man sich der Obrigkeit bedingungslos unterordnen muss, hat von ihren kommunistischen Idealen längst Abschied genommen. Lomekin ist in erster Linie ein stolzer Russe, der den Kommunismus als Tarnkappe interpretiert, durch die man sein Polentum, Russentum, Deutschtum – und vielleicht sein gesamtes Menschsein – verbergen wolle. In Polen stören ihn die Leute, da sie den „Wahnsinn der Idee“ verkörpern. Eine Ausnahme bildet in seinen Augen nur der Genosse Czarnocki, der gerade wegen seines „jüdischen Buckels“ glaubwürdiger und objektiver wirke als andere, weder polnischer Nationalist noch Romantiker sei. (S. 87) Lomekin beteiligt sich

als sowjetischer Berater an der Ausschaltung der polnischen Oppositionellen und unterstützt Geheimdienst und Polizei bei ihren Provokationen und Terroraktionen. Er stirbt Jahre später in Moskau eines natürlichen Todes, nach einem zufrieden und harmonisch verbrachten Lebensabend.

Eine weitere Figur des kommunistischen Repressionsapparats ist der Jude und Hauptmann des Sicherheitsdienstes Glabusz, der Antoni verhaftet und mehrfach vernimmt, wobei er sich durch eine besondere Brutalität auszeichnet. Glabusz muss die VR Polen nach 1968 verlassen, lässt sich in der Bundesrepublik nieder, wo er Vorträge über den polnischen Antisemitismus hält und eine kleine Wäscherei betreibt. Der ironische Kommentar des Erzählers: „Andererseits muss es recht komisch sein, wenn ein Mensch wie mein Untersuchungsbeamte Glabusz, die finsterste Figur unter der Sonne, in Deutschland seine demokratischen Ansichten verkündet und schmutzige Wäsche wäscht, deutsche Wäsche.“ (S. 292)

### **Relativierung des Opfer-Täter-Schemas**

Der Erzähler aus „Nacht, Tag und Nacht“ setzt sein in „Die schöne Frau Seidenman“ erprobtes Verfahren fort, traditionelle und stereotype Schemata, besonders auf der moralischen Ebene der Wertung von Handlungen und Rechtfertigungsmechanismen, außer Kraft zu setzen. Es gibt keine scharfe Trennungslinie zwischen Verfolgern und Verfolgten, Täter können zu Opfern werden und umgekehrt. Die historischen Umbrüche erlauben drastische Frontwechsel, die neue Ideologie und ihre Vollstrecker konstruieren eine Realität, die den Protagonisten, in der Regel gewaltsam, oktroyiert wird. Während die Nazis ein materialistisches, nicht-eschatologisches, rassistisches Weltbild schufen, in dem die germanische Rasse die Führungsrolle übernehmen sollte, hatten die Kommunisten einen anderen Anspruch. Sie beriefen sich auf das aus der Französischen

Revolution stammende Ethos Europas – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit –, und behaupteten, dass sie ein Anrecht auf die Erlösung der Menschheit hätten. Während die deutschen Besatzer bemüht waren, aus ihren Opfern, ein Stück Wahrheit herauszupressen, um jeden Widerstand zu brechen, sie dann ins KZ verfrachteten oder töteten, lag den Sowjets, so der Erzähler, nicht an der Wahrheit, vielmehr strebten sie nach der Bestätigung ihrer Theorien, ihrer eigenen Lüge. (S. 225) Allerdings verdeutlichen die Psychogramme der Täterfiguren, dass die Motive für ihre Handlungen und Haltungen recht unterschiedlich sind. Dem „idealistischen“ jüdischen Kommunisten Czarnocki steht der jüdische Menschenschinder Glabusz gegenüber, der in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren als Opfer polnischen Antisemitismus auftritt, dem „stolzen Russen“ Lomekin, der nicht an das sowjetische Experiment, sondern an die Stärke der siegreichen Weltmacht UdSSR glaubt, der zynische polnische Funktionär Trojan, der seine unschuldigen Landsleute psychisch drangsaliert und foltert, weil er aus Furcht und Opportunismus zu einem Teil des Apparats geworden ist. Allerdings wird auch er, ähnliche wie Czarnocki, zum Opfer des Systems. Selbst die durch ihre Haft in Auschwitz gebrochenen und seelisch vernichteten jüdischen Devisenschieber Knoller und Gutmajer, die zu Opfern inszenierter Morde werden, sind nicht nur reine Opfergestalten: Knoller belastet den unschuldigen Rudowski, Gutmajer wird als skrupelloser Geschäftemacher charakterisiert, der einem hedonistischen Lebenswandel frönt. Selbst das Täterschema des deutschen Kriegsverbrechers Arens wird insofern relativiert, als er zwar mit den neuen Machthabern des kommunistischen Polens kollaboriert, um sein Leben zu retten, andererseits aber 25 Jahre in Haft bleibt und in der Bundesrepublik so etwas wie eine ansatzweise Läuterung durchmacht. „Echte“ Opfer sind hingegen Antoni, Justyna und der alte Hryniewicz, die zu reinen

Objekten des kommunistischen Machtergreifungsmechanismus werden. Justyna kommt ins Gefängnis und investiert zehn Jahre ihres jungen Lebens in den Kampf um die Freilassung Antonis. Antoni weiß nach seiner Entlassung aus der Haft, dass er die eine Unfreiheit gegen eine andere austauscht, und selbst Hryniewicz, der als „alter Kämpfer“ der Heimatarmee nach einem Kurswechsel der Partei so etwas wie eine kurzfristige moralische Wiedergutmachung erfährt, weiß, dass es sich hierbei nur wieder um einen Schachzug der kommunistischen Führung handelt, die die „patriotischen Empfindungen“ der polnischen Bevölkerung durch einen späten „historischen Kompromiss“ für ihre Zwecke wecken und instrumentalisieren möchte.

Stärker als in „Die schöne Frau Seidenman“ steht deshalb in diesem Roman das Problem der Möglichkeit einer freien Wahl des Einzelnen und einer ganzen Gesellschaft im Vordergrund. Die Gesamtaussage des Erzählers tendiert nämlich dahin, dass die Opfer des Totalitarismus keine Möglichkeit hatten, sich frei zu entscheiden. Zu reinen Objekten degradiert, wurden sie zu einem Symbol für die individuelle und kollektive Ohnmacht. Das im Roman apostrophierte Unverständnis Europas für das Wesen des Kommunismus, die Bagatellisierung seiner Konsequenzen für den Fortbestand und die Identität ganzer Gesellschaften, lassen in dem skeptischen Erzähler einen schlimmen Verdacht aufkommen: „Irgendwann einmal wird es heißen, diese Jahre hätte es nicht gegeben, man müsse sie austreichen, vernichten, aus der Chronik der Geschehnisse löschen. Dadurch wird man aus der Geschichte Europas die nutzlose Erfahrung des Kommunismus streichen und zusammen mit ihr das Los vieler Millionen auslöschen.“ (S. 256) Insofern ruft der Erzähler indirekt dazu auf, sich intensiver mit der kommunistischen Praxis in jenem Teil Europas auseinanderzusetzen, der nach den Verträgen von Jalta und Potsdam der sowjetischen Einflussphäre zugeschlagen wurde.

Ohne die gründliche Rezeption dieser Erfahrungen durch den Westen scheint ihm der Aufbau eines neuen Europa, das nicht in die alten Fehler verfällt, kaum denkbar.

### **Europäische Identität?**

Wir verlassen nun die Ebene der literarischen Fiktion und wenden uns jenen diskursiven Aussagen des Autors Szczypiorski zu, die sich explizit mit dem Thema Europa und seiner Identität auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang können wir neben dem bereits erwähnten Sammelband „Europa ist unterwegs“ auch auf die Texte anderer öffentlicher Stellungnahmen des Autors zurückgreifen. Seine letzte Rede zum Thema Europa konnte Szczypiorski bekanntlich nicht mehr halten, sie wurde aber kurz nach seinem Tode in mehreren deutschen Zeitungen abgedruckt, so dass sie als erstrangige Quelle dienen kann.<sup>117</sup> Ähnlich wie in einigen fiktiven Texten ist das Europa-Verständnis Szczypiorskis von einer tiefen Skepsis geprägt. Der Kontinent habe nie eine echte Einheit dargestellt, sich vielmehr durch Vielfalt ausgezeichnet. Die einzigen drei Elemente, die Europa über Jahrhunderte miteinander verbanden, waren die Macht des Papsttums, die Auflehnung dagegen sowie das Lateinische der gebildeten Schichten. Zwar existierten Jahrhunderte lang Faktoren für eine geistige Einheit, sie würden aber gegenwärtig in Frage gestellt. In erster Linie meint der Autor damit das Menschenbild des christlich-jüdisch geprägten Kontinents. Zweitens verweist Szczypiorski auf das europäische Verhältnis zum Eigentum, das auf dem Römischen Recht beruhe. Allerdings müsse konzediert werden, dass, obwohl das heutige moderne Europa noch immer in der griechischen Philosophie und der römischen

<sup>117</sup> Andrzej Szczypiorski: Von der Fiktion und der Einheit Europas. Die letzte Rede des großen polnischen Schriftstellers Andrzej Szczypiorski. In: Frankfurter Rundschau, 18.5.2000, S. 19; Hotel Europa leuchtet nicht mehr. Andrzej Szczypiorskis letzte Rede. In: die tageszeitung, 18.5.2000, S. 4.

Praxis des Gesellschaftslebens wurzele, es bei der normativen und funktionalen Auslegung dieser geistigen Basisgrößen stets heftigen Streit gegeben habe. Daraus ergibt sich auch die polemische Folgerung des Autors, dass man die Einheit Europas nicht auf eine gemeinsame Währung und die Festlegung der Größe von Dosengurken reduzieren dürfe. Die skeptische Schlussfolgerung Szczypiorskis lautet deshalb, dass es ohne das Wissen über die Geschichte der Vaterländer Europas weder Europa noch die Vaterländer geben werde. Gefragt sei deshalb eine kontinuierliche und nach allen Seiten ausgerichtete Bildungsarbeit.

### **Beitrag der Ostmitteleuropäer - Krise der Massendemokratie**

Vor dem Hintergrund seiner historischen, spezifisch polnischen Erfahrungen formuliert Szczypiorski hier also eine Befürchtung, die gegenwärtig für die polnische Gesellschaft und für das Bewusstsein in ganzer Gesellschaftschichten nicht atypisch ist. Nach den Erfahrungen mit zwei totalitären Systemen, die die physische und geistige Existenz der polnischen Nation in Frage stellten, drängt sich nunmehr durchaus die Frage auf, welchen Rang Polen als präsumptiver Beitrittskandidat in einer erweiterten Europäischen Union einnehmen soll. Fern aller politischen und ökonomischen Zwänge beantwortet Szczypiorski diese Frage so: "Die Polen können zum gemeinsamen Europa einen paradoxen, scheinbar schwer zu definierenden Wert beitragen. (...) Die Polen – und übrigens nicht nur sie, sondern alle, die am eigenen Leibe den Kommunismus erfahren haben – werden zu Europa die alte europäische, heute im Westen etwas vergessene Überzeugung beitragen, dass der Mensch schwach ist, unvollkommen und sterblich, dass es Grenzen der kollektiven und individuellen Möglichkeiten

gibt, dass nicht die Welt uns gehört, sondern wir der Welt."<sup>118</sup>

Ergänzt und ausgeweitet wird die Fragestellung der kollektiven Identität und des nationalen Selbstbewusstseins in den Überlegungen Szczypiorskis um das Problem der Ambivalenz zwischen Gleichheit und Freiheit, das, der Tradition der europäischen Aufklärung folgend, durch die Vernunft des Menschen gelöst werden soll. Allerdings könne angesichts einer unfassbaren und kaum noch nachvollziehbaren Vielfalt von Meinungen, deren Werthierarchie permanent relativiert wird, die Sehnsucht nach einer autoritären Lösung und nach einem „weisen Monarchen“ entstehen. Ein Rückfall in die Ständegesellschaft sei nicht ausgeschlossen.

Auch wenn dies die Erwägungen eines geschichtsbewussten polnischen Intellektuellen sind, der den nach 1989 einsetzenden Transformationsprozess in seinem Lande intensiv erlebt und mitgestaltet hat, so handelt es sich dabei durchaus nicht um Fragestellungen, die nur die Reformstaaten und ihre Gesellschaften betreffen. Die Verflachung des Politischen zugunsten einer rigiden Ökonomisierung, Renationalisierungstendenzen, demagogische Populisten, Machtmissbrauch und politische Korruption schwächen die Demokratie nicht nur in Warschau, Prag und Budapest, sondern auch in Berlin, Rom und Brüssel. Die Sorge des Autors ist also eine gesamteuropäische und verdeutlicht, dass das ganze Europa, besonders aber die Europäische Union der fünfzehn Mitgliedsstaaten einen immensen Reformbedarf hat, um funktions- und demokratiefähig zu bleiben.

### **Haben oder Sein**

Den Westeuropäern wirft der Autor Tatenlosigkeit und Selbstzufriedenheit vor und

<sup>118</sup> Andrzej Szczypiorski: Die Berliner Mauer trennte uns von Europa. Rede zum ersten Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands am 3.10.1994 in Bremen. In: ders.: Europa ist unterwegs. Essays und Reden. Zürich 1996, S. 89-95, S. 94.

konstatiert eine allgemeine Orientierungslosigkeit: „Wir leben in einer Welt ohne Kompass. Der große historische Sturm hat bewirkt, dass das Schiff Europa driftet und die Besatzung langsam das Vertrauen in die eigenen Kapitäne verliert.“<sup>119</sup> Allerdings wendet der Autor diese Kritik nicht in ein konkretes Programm, vielmehr spricht auch er nur Hoffnungen aus, wenn er im Hinblick auf die Osterweiterung der EU fordert: „Das neue und vereinigte Europa, wo sich der deutsche Perfektionismus, die britische Voraussicht, die französische Erfindungsgabe, die italienische Fantasie, die polnische Geistesfreiheit und die tschechische Genauigkeit verbinden, muss ein Europa von Menschen sein, die gemeinsam eine Antwort gefunden haben auf die Frage, was wesentlicher ist: Sein oder Haben.“<sup>120</sup>

Obwohl der Autor diesen idealistischen Ansatz zuvor im Grunde genommen verworfen hat, weil er sich weder mit der banalen Empirie noch mit den Interessen des weitaus größten Teils der Menschheit deckt, besteht er doch hartnäckig auf diesem personalistischen und dem Materiellen enthobenen Prinzip. Sein ehemals sozialistisches Ethos ist einem christlichen gewichen, der aufklärerische Glaube an die Vernunft des Menschen ersetzt worden durch die Hoffnung, glauben zu können, auch wenn es sich dabei um ein zweifeltes „*sperare contra spem*“ zu handeln scheint. Angesichts der für den skeptischen Kommentator deprimierenden Welt der Realia bleibt noch die hoffnungsvolle, fiktive Welt der Realiora, Kunst und Literatur, die es erlauben, dort Ansätze von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu konstruieren, wo es sie sicherlich nicht gegeben hat und geben wird.

Insofern ist es der Anspruch des Autors, durch seine schriftstellerische Arbeit nach gerechten Maßstäben für die Welt zu suchen. Und

<sup>119</sup> Ders.: Europa ist unterwegs. Über die „Wende“ in einigen Ländern Europas und ihre politischen Folgen für alle. In: ders. Europa ist unterwegs, S. 24.

<sup>120</sup> Ebd., S. 95.

deshalb haben die beiden hier besprochenen Romane Szczypiorskis einen ausgesprochen appellativen Charakter, indem sie historisch belegte, kaum hinterfragbare Stereotype und Rollenverteilungen relativieren und neue, durchaus fiktive Vorschläge für die Darstellung und das Verstehen von Welt machen. Apodiktische Schuldzuweisungen an Einzelne oder ganze Gruppen haben hierin kaum Raum, und insofern ist Szczypiorski, trotz aller biographischen Mäander, ein Autor mit einer zutiefst positiven, christlichen Grundaussage: „Meine Anschauung über die Welt ist genauso denkbar einfach, wie es das Christentum ist, in dem ich einst erzogen wurde. Der Sinn dieser christlichen Erziehung sind Liebe, Erbarmen und Vergebung.“<sup>121</sup>

## O-Ton: Forum „Junges Europa“

Mit diesem Forum möchte die Redaktion der „aktuellen ostinformationen“ jungen Europäern aus Mittel-, Südost- und Osteuropa die Möglichkeit eröffnen, in essayistischer Form zu einem breit angelegten Thema zu Wort zu kommen. Unter dem Schlagwort „Gedanken zu und über Europa“ beleuchten die Autorinnen und Autoren auf höchst unterschiedliche Weise die Wahrnehmung dieses Gedankens und der Idee „Europa“ in ihren jeweiligen Ländern. Persönliche Erfahrungen und Erwartungen rücken dabei naturgemäß in den Vordergrund. Die Ergebnisse, die auf den nächsten Seiten zusammengefasst sind, stellen einen ersten Versuch dar, das Meinungsbild in den einzelnen Ländern in kleinen, nicht unbedingt repräsentativen Ausschnitten zu beleuchten. Beim Bemühen, junge Studierende und Wissenschaftler nach ihrer ganz persönlichen Einschätzung zu fragen, ging es uns auch um Authentizität. Die einzelnen Texte

<sup>121</sup> Ders.: Die Rückgewinnung des Glaubens. Vom Segen der Literatur in einer schweren Zeit. In: ders.: Europa ist unterwegs, S. 362.

erscheinen daher aus Gründen der Originalität in sprachlich lediglich leicht geglätteter Form.

*Jana Teneva*

## Die Wahlen in Bulgarien

*„Ich bin als Prinz geboren und die Götter sind meine Brüder“*

Mit diesem Zitat aus dem bekannten Gedicht „Märchen für die Leiter“ des berühmten bulgarischen Poeten Hristo Smirnenski begrüßte der Präsident Peter Stoyanov den neuen Premierminister Simeon Saxe-Koburg-Gotski.

Enttäuscht, belogen und ausgenutzt - so fühlten sich die Bulgaren vor den Parlamentswahlen im Sommer dieses Jahres. Am Ende der Regierungszeit der Demokraten haben Korruption und die fehlende Moral eine rasche Erosion des Vertrauens der Gesellschaft in die Machthabenden bewirkt und alle Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lage zunichte gemacht. Viele, wenn auch nicht alle Länder, fragen sich, was ein Volk dazu bewegen kann, die vor ein paar Monaten vom ehemaligen König (Zaren) gegründete Partei („Nationalbewegung Simeon II“) mit so großer Mehrheit zu wählen. Die Antwort lautet, dass die Bulgaren in Simeon Saxe-Koburg-Gotski nicht den Sohn des Zaren Boris, sondern die Alternative für ein besseres Leben sehen. Und mit der Stimme für die „Nationalbewegung Simeon II“ haben sie für eine Veränderung votiert. Das Volk folgte dem Aufruf „Glauben Sie mir!“, mit dem sich Simeon Saxe-Koburg-Gotski in seinem leicht veralteten Bulgarisch an das Volk wandte.

„Überraschend“, „jung“ und „überparteilich“ - das waren die ersten Einschätzungen des neuen Kabinetts. Die am 24. Juni 2001 gewählte 89. bulgarische Regierung zeichnet sich sowohl durch „Überpopularität“ als auch durch „Überraschungen“ aus. Das außerordentlich positive Verhältnis der bulgarischen Bevöl-

kerung zur neuen Regierung ist auf drei Faktoren zurückzuführen:

1. Ein hohes persönliches Rating des Premierministers (76 %): Das Vertrauen in ihn ist nicht nur außerordentlich groß, sondern größer noch als dasjenige in den Präsidenten, ein Phänomen, das es in der bulgarischen Politik bis jetzt noch nicht gegeben hat.
2. Das keineswegs negative Verhältnis der Bevölkerung zu den Ministern mit Schlüsselfunktionen im neuen Kabinett. Zu den populärsten gehört der Wirtschaftsminister Nikolai Vassilev. Obwohl erst 31 Jahre alt, hat er an vier Universitäten auf drei Kontinenten studiert und bringt Erfahrung durch seine Arbeit bei zwei internationalen Großbanken in die Arbeit mit ein. Ebenso beliebt ist der Finanzminister Milen Veltschev. Vor seinem Amt als Vizepräsident beim Finanzgiganten Merrill Lynch in der Abteilung für Schwellenmärkte war er zwei Jahre im Außenministerium als Vertreter der Vereinten Nationen tätig.
3. Die Koalition der Regierung mit der „Bewegung für Rechte und Freiheiten“, der Partei der türkischen Minderheit.

„800 Tage“ – so lautete das Motto der Werbekampagne der „Nationalbewegung Simeon II“. Die Partei versprach, das Land und die Wirtschaft innerhalb von 800 Tagen auf die Beine zu stellen. Das Volk hat ihnen nun die Chance gegeben, zu zeigen, was sie können, und die Zeit läuft!

### Das Maßnahmenpaket zur Belebung der bulgarischen Wirtschaft

(von Premierminister Simeon Saxe-Koburg-Gotski am 19. August 2001 veröffentlicht)

1. Radikale Steuerreform ab dem 1. Januar 2002
  - Ausdehnung des Steuerfreibetrags von 110 DM auf das Monatseinkommen

- Senkung der Einkommensteuersätze von 20 bis 38 % auf 18 bis 29 %
  - Freibetrag von Gewinnen bei Reinvestition des Gewinns
  - Freibetrag für Kapitalgewinne aus dem Handel mit Wertpapieren
2. Umstrukturierung der Tätigkeit der Zollämter, darüber hinaus Einbeziehung ausländischer Zollinspektoren
  3. Schnelligkeit, Transparenz und Effektivität in der Privatisierung durch:
    - Abschaffung der Präferenzen und Privilegien für Management-Buy-Outs
    - Abschaffung der Privatisierungsmethode „Verhandlungen mit potenziellen Käufern“
    - Konzentration der Abwicklung der Privatisierungsgeschäfte auf die staatliche Privatisierungsagentur
    - Aufbau spezialisierter Institutionen außerhalb der Privatisierungsagentur für die Kontrolle nach dem Privatisierungsprozess
  4. Senkung der Haushaltsausgaben in der staatlichen Verwaltung; darüber hinaus Entlassung von 10 % der staatlichen Angestellten ab Oktober 2001
  5. Erhöhung (bis max. 10 %) der Strom- und Heizkosten ab Oktober 2001
  6. Erhöhung des Mindestarbeitslohnes von 85 auf 100 DM ab Oktober 2001
  7. Verdoppelung des Kindergeldes ab dem 1. Januar 2002
  8. Aufbau eines staatlichen Garantiefonds für die Vergabe von Kleinkrediten in Höhe von 20 Mio. DM. Dieser Fonds wird Kredite mit niedrigen Zinsen sowie zinslose Kredite zur Förderung der privaten Initiative in Gemeinden mit sehr hoher Arbeitslosigkeit gewähren.

*Anja Pogrebna, Übersetzerin, Kiew, Ukraine*

## **Junge Ukrainer über Europa**

Die Idee des vereinigten Europa ist ja vor relativ langer Zeit entstanden. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben den „festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen“. So heißt es im Vertrag zur Gründung der EWG von 1957. Immerhin bleibt diese Idee aktuell und manchmal umstritten, sie wird von den Politikern und Entscheidungsträgern sowie von einfachen Bürgern diskutiert.

Wie bekannt liegt die Ukraine in der Mitte Europas, obwohl sie manchmal als Teil Osteuropas angesehen wird. Dieses Land hat jetzt eine schwierige Wahl in seiner Außenpolitik zu treffen. Einerseits ist es die aktive Zusammenarbeit mit dem Westen, dies bedeutet auch, die Bedingungen, Wünsche und Richtlinien vom Westen zu akzeptieren, was im Moment mehr oder weniger der Fall ist. Als Folge dieser Zusammenarbeit wird auch der EU-Beitritt der Ukraine in der Zukunft nicht ausgeschlossen. Andererseits hat die Ukraine als starken Nachbarn Russland, das gegen die europäische Integration der Ukraine ist, aber sich stark für die Integration mit Weißrussland und Russland einsetzt. Für eine solche Vereinigung gibt es u. a. mehrere wirtschaftliche Gründe, da Russland vor allem der Hauptlieferant von Gas, Erdöl, Rohstoffen sowie anderen Ressourcen in die Ukraine ist. Dazu gehören noch die gemeinsame Geschichte unserer Völker, ähnliche Sprachen und Mentalitäten.

Die Ukraine selbst kann man wie folgt einteilen – die Ostukraine, die traditionell mehr zu Russland neigt, und die Westukraine, die traditionell mehr zum Westen (Polen) neigt.

Für diesen Essay habe ich eine Mini-Umfrage durchgeführt, wobei ich junge Ukrainer über die Idee der europäischen Einigung, Vor- und Nachteile dieser Einigung, mögliche Folgen

und Probleme sowie den Platz der Ukraine in Europa befragt habe. Es wurden folgende Fragen beantwortet:

1. Was denkst du über die Europa-Idee und was bedeutet das für dich?
2. Was erwartest du von der europäischen Einigung?
3. Wo siehst du Probleme, Vorteile und Nachteile der europäischen Einigung, ist die Verwirklichung dieser Idee überhaupt realistisch?
4. Wo ist der Platz der Ukraine in Europa?

Da die Fragen miteinander logisch verbunden sind, haben die meisten Befragten die Fragen nicht einzeln beantwortet, sondern eher globale Ideen zu ihrem Verständnis der Europa-Idee geäußert. Wie erwartet, fielen die Meinungen und Aussagen sehr unterschiedlich aus. Die meisten haben sich theoretisch über die europäische Einigung geäußert, aber betrachten die Idee der Integration der Ukraine in die EU eher skeptisch, weil sie meinen, dass „unser Land noch nicht so weit entwickelt und stark ist, um dieser Union beizutreten“. Außerdem haben die Ukrainer schon vieles aus der Geschichte gelernt, das Land hatte früher noch nie seine eigene Unabhängigkeit, es war immer in eine Union eingebunden. Man denke nur an Polen und an Russland. Dieser Gedanke war bei den meisten Befragten auch dominierend. Wir wollen die Geschichte nicht wieder erleben, und wer kann garantieren, dass die Ukraine nach dem Beitritt als gleichberechtigtes Mitglied angesehen wird? Und macht es Sinn für die entwickelten Länder, eine Union mit unterentwickelten Ländern abzuschließen? Wollen die Unionsländer den anderen helfen? Oder gibt es andere Gründe dafür? Einige Befragte waren ziemlich pessimistisch. Die Befragten haben ziemlich viele Vorteile der europäischen Einigung genannt, aber die meisten wollten ganz genau die Bedingungen, Prinzipien und Folgen der Integration wissen. Einige Befragte behaupteten, dass die europäische Einigung nicht realistisch ist, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, und konnten sich die Ukraine in dieser Union kaum

vorstellen. Ein ganz geringer Anteil der Befragten war ziemlich gleichgültig und zeigte kein Interesse, was die Europa-Idee und Fragen in diesem Zusammenhang angeht. Sie interessieren sich kaum für die Politik und machen sich keine Gedanken über die Zukunft ihres Landes. Das wichtigste ist – sie leben, egal wo, deswegen haben sie nie über die europäische Einigung oder über die Zukunft der Ukraine nachgedacht.

Zum Schluss einige interessante Beobachtungen:

~~✍~~ Junge Ukrainer und Ukrainerinnen glauben nicht an ihr Land, seine Möglichkeiten und sein Potenzial und meinen, dass die Ukraine noch lange Zeit braucht, um ein entwickelter Staat zu werden.

~~✍~~ Junge Leute sind mehr daran interessiert, lokale und persönliche Probleme zu lösen, sie kümmern sich um ihre Zukunft nur dann, wenn es im Alltagsleben notwendig wird, und haben anscheinend keine bzw. wenig Zeit, um über die globalen Probleme der Menschheit nachzudenken.

~~✍~~ Für junge Ukrainer und Ukrainerinnen ist es nicht so wichtig, ob das Land einer Union beitrifft oder weiterhin neutral und unabhängig bleibt, das wichtigste ist – gut und interessant zu leben.

Einige Aussagen der Befragten (es sind keine richtigen Namen, nur „nicknames“ – ich habe die meisten per Internet-Chat befragt):

### **Kamelly**

„Theoretisch ist es eine gute Idee. Es kann grenzenlose Möglichkeiten bieten für Reisen oder Studium, für Ausbildung und Beruf, für Urlaub und Alter. Leider lässt die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Ukraine es nicht zu, einen würdigen Platz in dieser Union einzunehmen (wenn auch die Ukraine der EU beitrifft).“

### **Enigma**

„Eigentlich habe ich nie darüber nachgedacht.“

Ein kleiner Staat hat kleine Probleme, ein großer Staat große Probleme.“

### **Zaragozano**

„Ich mag die Idee des vereinigten Europas nicht. Jede Vereinigung bedeutet Bildung einer Einheit, dann besteht die Gefahr, dass die Bestandteile dieser Einheit ihre Unabhängigkeit und Eigenartigkeit verlieren, andererseits verfolgt ja jedes Land vor allem seine eigenen Interessen, was zu Konflikten und Problemen führt. Diese Idee hat natürlich viele Vorteile, man muss sich nur überlegen, ob sie die Nachteile überwiegen.

Für mich bedeutet das vereinigte Europa eine Union europäischer Länder, die gleiche Rechte, gleiche Vergünstigungen nach der Integration haben, und miteinander eng kooperieren für die weitere Entwicklung. Wenn dies nicht der Fall ist, kann man von der europäischen Einigung kaum sprechen.“

### **Tanya**

„1. Was denkst du über die Europa-Idee und was bedeutet das für dich?

Ich finde die Idee sehr gut – kommt darauf an, mit wem die Einigung erfolgt. Ich persönlich bin gegen eine Vereinigung mit Russland. Die europäische Integration bedeutet für mich soweit noch gar nichts. Vielleicht eine einheitliche Währung.

2. Was erwartest du von der europäischen Einigung?

Verbesserung der Situation im Lande. Möglichkeit, ohne Visa zu reisen.

4. Wann kommt die Ukraine in die EU?

Das wird gar nicht so schnell passieren.“

### **Lenka**

„Eigentlich ist es mir egal - keiner will uns da haben.“

### **Beatrix**

„Die Idee an sich finde ich gar nicht so schlecht. Für die entwickelten Länder Europas hat es viele Vorteile, wie z. B. Möglichkeit der freien Grenzüberschreitung usw. Es wäre schön, die Ukraine unter diesen Ländern zu

sehen, aber wir müssen ja realistisch sein - wir sind für die nur noch ein zusätzliches Problem – es gibt so viele Leute hier, die einen Job im Ausland gerne haben würden oder ausreisen wollen.“

### **Xena**

„Die Idee des vereinigten Europas finde ich gut, nur soll jedes Land seine Souveränität und Eigenartigkeit behalten.

Ich glaube, dass in der Zukunft sogar das vereinigte Eurasien entsteht. Für die Ukraine ist es eine gute Erfahrung, für die wirtschaftliche und politische Entwicklung.

Probleme: Einführung des EURO.

Vorteile: Es sind entwickelte Länder, die es irgendwann schaffen, den USA Konkurrenz zu machen.

Nachteile: Im Moment sehe ich keine.

Perspektiven für uns: Vielleicht in 50 Jahren.“

### **Great**

„Die Einigung Europas bedeutet für mich Bildung einer einheitlichen Gesellschaft, in der die Mitglieder ungefähr das gleiche Niveau haben (kulturell wie wirtschaftlich gesehen).

Das wichtigste an der Europa-Idee ist die Bildung eines starken Gegengewichts zu den USA, politisch wie ökonomisch.

Das Hauptproblem – weitere Verschärfung der Gegensätze im Lebensstil und Lebensstandard zwischen den EU-Ländern und anderen Ländern, die zwar geographisch gesehen zu Europa gehören, aber nicht in der EU sind (das gilt auch für die Ukraine).

Vorteile der europäischen Einigung: Einführung des EURO, Abschaffung der Grenzen im europäischen Raum.

Was die Ukraine angeht, so sind die Chancen für uns zu gering, als gleichberechtigtes Land der EU in den nächsten 50 bis 100 Jahren beizutreten. Wie kann ein Staat als entwickelt betrachtet werden, wo immer noch Anarchie in der Politik herrscht und die Bevölkerung so gleichgültig und nicht imstande ist, im eigenen Land etwas zu ändern?“

### **Bublik**

„Ich bin gegen eine solche Einigung und gegen den EU-Beitritt der Ukraine. Ich glaube, wir müssen uns mehr auf den Osten orientieren.“

### **Salamatov**

„Die Vereinigung der westeuropäischen Länder kann ich mir gut vorstellen, aber nicht die Vereinigung des ganzen Europa. Die Länder sind ja so unterschiedlich entwickelt, die Völker haben eine unterschiedliche Mentalität. Und dann verstehe ich wirklich nicht – warum soll man sich überhaupt vereinigen? Um den USA Konkurrenz zu machen? Die Ukraine ist doch aber unterentwickelt, dass die Vereinigung mit einem entwickelten Land für sie positive Folgen haben wird.“

### *Eryk Kryztofiak*

## **„Kosmo-Pole“ – ein amerikanischer Traum**

Es sind genau drei Jahre vergangen, nachdem ich meine Familie, meine Freunde und den alten Kontinent verlassen habe, um mich in ein Abenteuer zu stürzen, um meinen „American Dream“ in Erfüllung gehen zu lassen. Das war im April 1998, gerade nachdem ich mein Germanistikstudium an der Warschauer Universität abgeschlossen hatte. Ich hatte genug Glück, um eine Green-Card in der Green-Card-Lotterie zu gewinnen und genug Mut, um mein bisheriges Leben und meine Heimat gegen den American Dream einzutauschen.

### **Geld, Arbeit und Glück**

Mein Leben im Big Apple New York sieht nicht so typisch polnisch aus. Ich wohne nicht in Greenpoint, dem polnischen Stadtteil von New York in Brooklyn. Meine Reise in die USA war auch nicht aus ökonomischen Gründen unternommen. Ich musste schnell feststellen, dass viele Polen, die nach Amerika

kamen, sehr hart als Putzfrauen oder Bauarbeiter arbeiten müssen. Sie sind sehr sparsam. Am Wochenende treffen sie sich in den polnischen Kirchen, kaufen in den polnischen Lebensmittelläden ein, lesen meistens polnische Zeitungen und sehen sich polnische Nachrichten an. Meine Ausbildung als Deutschlehrer war nicht unbedingt die beste Wahl für den Arbeitsmarkt in New York. Ich habe wochenlang nach einem Job gesucht, bei dem nicht unbedingt meine Muskeln das einzige Attribut der Einstellung gewesen wären. Ich fand eine Stelle als Deutschlehrer in einer New Yorker Sprachschule. Ich vergesse nie mein erstes Jobinterview, bei dem der Interviewer, kolumbianischer Herkunft, weder auf meine Ausbildung noch auf meine Berufserfahrung achtete. Er guckte auf die letzte Seite meines Lebenslaufs und unter dem Stichwort Hobbys fragte er mich, ob ich wirklich gern koche. Das war mein erstes Jobinterview und das letzte, bei dem man mich nach meinen Hobbys fragte.



Amerika ist für einen Europäer ein interessantes, aber auch ein fremdes Land. Die Umstellung und die Orientierung fielen mir

sehr schwer: Schul- und Universitätssystem, Gesundheitswesen, „Full-time-jobs“, „Part-time-jobs“. Selbst das Einkaufen läuft anders ab. In Europa schien das Einkaufen eine Art zu sein, wo die Blumenverkäuferinnen ihre Blumensträuße mit Kunst und Hingabe komponieren. Hier fühlt man sich in einem Supermarkt eher wie im Zoo, wo alle Lebensmittel sehr bunt in riesigen Verpackungen verkauft werden. Sie sehen anders als in Europa aus. Obst und Gemüse und auch die Blumen sind dicht in eine Welt, bestehend aus Plastik verpackt.

New York ist eine Stadt der Chancen und Möglichkeiten, aber auch der Beliebigkeiten, so sagt man. Wo so viele Menschen anzutreffen sind, dass man sich nie einsam fühlt. Vielleicht ist das wirklich so, nur hat man wenig Gemeinsames mit ihnen zu tun. In dieser Stadt kann man an einem Tag Dutzende neuer Menschen kennen lernen und am nächsten Tag hat man ihre Namen schon wieder vergessen. Und wenn man wirklich einen anderen Menschen trifft, mit dem man etwas gemein hat, dann kommt das Problem der Zeit. New York ist schnell. Man arbeitet so viel, dass praktisch nur die Wochenenden in Frage kommen. Aber wie kann man ein soziales Leben nur auf zwei Wochentage beschränken? Das ergibt insgesamt 104 Tage im Jahr. Das ist möglich und die Amerikaner, die ich kenne, leben so. Man geht aus in einen Club, eine Disco, eine Bar und natürlich lernt man andere kennen. Für mich als Polen ist das nicht so eine natürliche Art und Weise, Menschen kennen zu lernen. Natürlich wurde ich auch von dem „Wochenend-Sozialisierungssyndrom“ verschlungen. Man kann viele interessante Telefonnummern sammeln, nur bringen sie einem keinen Nutzen.

Am Anfang schien Amerika sehr reizvoll und spannend zu sein. Jetzt beginne ich allerdings zu schätzen, wieviel Glück ich hatte, in Europa geboren und aufgewachsen zu sein. Immer wenn ich jemand aus dem alten Kontinent treffe, erweckt das sofort eine Art Sympathie und ein Gefühl der Zugehörigkeit in mir.

Ehrlich gesagt fühle ich mich geistig nicht mit diesem Land verbunden, obwohl Amerika zu meinem neuen „Vaterland“ wurde, da ich jetzt vor kurzem amerikanischer Staatsbürger wurde. Ich bin sehr weit von der amerikanischen Mentalität entfernt. Wenn ich jedoch zu Besuch nach Polen zurückkomme, fühle ich mich doch eher wie ein Tourist als ein Einheimischer. Sicherlich habe ich Sehnsucht nach Europa, nach Polen und danach, was ich in der neuen Welt vermisse. Mein eigenes Bewusstsein wurde dadurch ganz schön auf die Probe gestellt.

Ich frage mich dauernd, ob ich Pole, Europäer, oder doch schon Amerikaner bin. Oder bin ich ein Kosmo-Pole? Ich bin selbst nicht so sicher, wozu ich mich bekennen soll. Es wäre naiv zu glauben, dass ich der Erste bin, den diese Fragen beschäftigen, dass es nicht noch mehr Leute gibt, die sich die gleichen Fragen stellen. Man spricht so viel über die Globalisierung und ich bemerke, wie stark ich unter ihrem Einfluss stehe. Ich bin mir nicht sicher, ob sie unbedingt immer eine positive Wirkung auf das menschliche Bewusstsein hat. Es wird klar, dass die Welt immer kleiner und damit alles erreichbarer wird. Natürlich ist auch in Europa die Globalisierung überall spürbar und bis zu einem bestimmten Grad auch die Amerikanisierung. Nur glaube ich für mich persönlich, dass die Grundprinzipien der europäischen Werte, die ich ehrlich gesagt erst nach drei Jahren im Ausland kennen gelernt habe, für immer lebendig, aktuell und sogar unantastbar bleiben.

## Berichte

*Gerhard Schüsselbauer, Jörg Stemmer*

## **Nachbarschaft in Mitteleuropa neu erlebt - deutsch-polnische Begegnung junger Menschen mit Behinderungen**

Erstmals führte das Gesamteuropäische Studienwerk ein Seminar für junge Menschen mit Behinderungen aus Deutschland und Polen durch und beschrift damit neue Wege der Begegnung. Laut Informationen des Deutsch-Polnischen Jugendwerks gibt es nicht einmal eine Handvoll solcher Seminartypen während eines Jahres. Aufgrund der hervorragenden persönlichen Kontakte der verantwortlichen Lehrerinnen aus Poznan und Berlin gelang es, die bereits seit zehn Jahren bestehende Schulpartnerschaft zwischen der Helene-Haeusler-Schule, einem sonderpädagogischen Förderzentrum aus Berlin, und der Spezialgrundschule Nr.103 (Szkola Podstawowa Specjalna nr 103) aus Poznan mit einem Pilotseminar am GESW als Dritttort fortzuführen. Das Programm wurde vom Seminarleiter, Dr. Gerhard Schüsselbauer, mit Frau Hilke Hartmann und Frau Hanna Majchrzycka intensiv vorbereitet und inhaltlich auf die Bedürfnisse von jungen Menschen mit geistigen Behinderungen abgestimmt. Jörg Stemmer als neuer Mitarbeiter im Bereich Medienpädagogik und Joanna Marzec, die als Sprachmittlerin und Teamerin äußerst engagiert das Seminar mitgestaltete, ergänzten mit den Lehrerinnen und Betreuerinnen aus Berlin und Poznan das Seminarteam. Ziel der Begegnung war sowohl das gemeinsame Erleben der deutsch-polnischen Nachbarschaft als auch die inhaltliche Arbeit der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen (Zeitung, Collagengestaltung, Computer und vor allem Theaterpädagogik). Durch die konsekutive Übersetzung vom Deutschen ins Polnische und vice versa wurde es allen Teilnehmenden möglich gemacht, den einzelnen, sehr ab-

wechslungsreichen Programmpunkten zu folgen. Im Mittelpunkt standen Integrationsaktivitäten, gemischte Gruppenarbeiten, gestalterische Aktivitäten, Theaterpädagogik, Zeitungs- und Collagengestaltung, ein Ausflug in die Rattenfängerstadt Hameln und als Höhepunkt eine „Reise durch die Welt der Musik“ mit dem Vlothoer Musikpädagogen Peter Ausländer.

### **Programm:**

*Dienstag 15. Mai 2001*



Das Seminar beginnt mit unseren "icebreaking activities", d.h. Integrationsspiele mit der Gruppe, um die erste Hemmschwelle abzubauen und sich näher zu kommen. Dann kommt als erster Höhepunkt der Zauberer zu uns und entführt uns in die Welt der Magie.

### **Erstellen von zweisprachigen Wandplakaten (Dienstagvormittag)**

In gemischten Gruppen werden Plakate erstellt. Wer bin ich? Woher komme ich? Was sind meine Hobbys? Was interessiert mich? Danach stellte sich jede Schülerin und jeder Schüler auf seine ganz persönliche Art der Gruppe vor (mit oder ohne Worte).

**Zeitung, Collage, Theater (Nachmittag)**

Am Nachmittag geht's dann in zwei großen Gruppen weiter: Improvisationstheater mit Frau Hanna Majchrzycka sowie Zeitungs- und Collagen-Gruppe mit Frau Hartmann.



Gemeinsam nehmen die Gruppen die Reise nach Vlotho und das gemeinsame Erlebte in ihre Arbeit auf. Als Abschluss des arbeits- und auch inhaltsreichen Tages besichtigt dann die gesamte Gruppe die Stadt Vlotho und die Burg.

*Mittwoch 16.Mai 2001*

### **Jugendkunstschule (gestalterische Aktivitäten: T-Shirts bemalen) Vormittag**

In den Räumen der Jugendkunstschule in Vlotho, die von Frau Heidi Blunk geleitet wird, kann sich die gestalterische Energie in der deutsch-polnischen Begegnung frei entfalten.



T-Shirts mit deutsch-polnischen Motiven, auf denen sich nicht nur die Schülerinnen und Schüler verewigen, werden unter dem

Motto „Nachbarschaft“ gemeinsam gestaltet.

### **Fortsetzung der Gruppe Theater und Collage am Nachmittag**

Am Nachmittag wird dann die Arbeit in der Theatergruppe mit spannenden Improvisationen fortgesetzt. Die Collagen- und Dokumentationsgruppe gestaltet Plakate, arbeitet mit Computern und einer digitalen Kamera. Was dabei herauskommt, ist das "Produkt" der gemeinsamen Anstrengungen in den gemischten Gruppen.

*Donnerstag, 17.Mai 2001*

### **Auf den Spuren des Rattenfängers von Hameln, Ausflugsfahrt in die Rattenfängerstadt Hameln (Vormittag)**

In Hameln begibt sich die Gruppe auf ihrem Ausflug auf die Spuren des Rattenfängers. Der Geist des Rattenfängers, der vor vielen Jahrhunderten über hundert Kinder entführt haben soll, ist in Hameln immer noch präsent.



Die jungen Menschen genießen die Atmosphäre in der Stadt sichtbar.

## Musikpädagogik mit Peter Ausländer vom Jugendhof Vlotho (Nachmittag)



Am Nachmittag folgt dann noch ein echtes Highlight. Peter Ausländer vom Jugendhof Vlotho lädt alle zu einer Reise durch die Welt der Musik ein.



Tanz, Musikimprovisationen und die gemeinsame Freude an Bewegung und Klängen werden zu einem echten Erlebnis für die Gruppe.

### Fazit

Das gemeinsam Erlebte macht Spaß, und noch mehr Spaß macht die gemeinsame Arbeit in Gruppen. Das ist in der Arbeit mit jungen Menschen mit sehr unterschiedlichen geistigen Behinderungen nicht anders als mit so genannten „normalen“ Jugendgruppen und Gruppen junger Erwachsener. Für das Studienwerk war diese Arbeit ein Experiment, und allen Beteiligten ist es zu verdanken, dass es gelungen ist – vor allem den Schülerinnen und Schülern selbst, die mit großem Engagement und mit großer Freude diese Begegnung

mitgestalteten. Eine Neuauflage dieser deutsch-polnischen Schülerbegegnung mit den sonderpädagogischen Einrichtungen aus Poznan und Berlin ist für den Frühsommer 2002 angesetzt.

*Zbigniew Wilkiewicz*

## Jedwabne, der polnische Historikerstreit und der polnisch-jüdische Dialog

Am 10. Juli 1941, also gute zwei Wochen nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die UdSSR, befahlen die deutschen Besatzer in Jedwabne, einem Städtchen bei Lomza (Region Bialystok), das in Übereinstimmung mit den Regelungen des Hitler-Stalin-Paktes zuvor sowjetisch besetzt gewesen war, die gesamte jüdische Bevölkerung zu vernichten. Das Todesurteil wurde von polnischen Einwohnern des Städtchens ausgeführt. Dies belegen die im Jahre 2000 veröffentlichten Berichte jüdischer Augenzeugen, die dem Massaker entgingen. Polnische Augenzeugen der Tragödie widersprechen ihnen nur zum Teil, und zwar im Hinblick auf die Beteiligung von Deutschen. Aus den gleichen Quellen erfährt man, dass die deutschen Besatzer ebenfalls in den Ortschaften Wasosz, Wizna und Radzilów die jüdische Bevölkerung mit Hilfe einheimischer polnischer Ortsansässiger töten ließen. Zahlreiche Zeugnisse dieser Art waren der polnischen Forschung seit Jahrzehnten bekannt. Allerdings stellt erst das im Jahre 2000 in polnischer Sprache veröffentlichte Buch des amerikanischen Soziologen Jan Tomasz Gross „Sasiedzi. Historia zaglady zydowskiego miasteczka“ [Nachbarn. Die Geschichte der Vernichtung eines jüdischen Städtchens]<sup>122</sup> die polnische Täterschaft an der Vernichtung

<sup>122</sup> Jan Tomasz Gross: Sasiedzi. Historia zaglady zydowskiego miasteczka. Sejny 2000.

der Juden in Jedwabne so deutlich in den Vordergrund. Inzwischen ist es auch in englischer und deutscher Sprache erschienen. Es überrascht deshalb nicht, dass es in Polen seit dem Erscheinen dieses Buches eine Historikerdebatte gibt, in der über die Glaubwürdigkeit der von Gross zitierten Quellen, die Beteiligung der deutschen Besatzer, die Rolle der jüdischen Bevölkerung während der sowjetischen Okkupation dieser Landstriche und die Motive der polnischen Täter heftig gestritten wird. Besonders kontrovers ist die Tatsache, dass Gross in seinem Buch die gesamte polnische Gesellschaft für die Morde verantwortlich zu machen scheint, auch wenn sich dieser Schlusssatz in seinem Buch auf die falsche Schuldzuweisung auf der einstigen Erinnerungstafel in Jedwabne bezieht.<sup>123</sup>

Dies hat zu einer undifferenzierten Ethnisierung der Debatte geführt, in der häufig nur noch von „den Juden“, „den Deutschen“ oder „den Polen“ die Rede ist, so als hätte es auch in jenen tragischen Jahren nicht die unterschiedlichsten Grundhaltungen bei Besatzern und Besetzten, bei Opfern und Tätern gegeben.<sup>124</sup> Angefacht wurde die Diskussion unter anderem durch einen ausführlichen Artikel von Professor Tomasz Strzembosz „Przemilczana kolaboracja” [Die verschwiegene Kollaboration]<sup>125</sup>, in dem der Autor die Kollaboration jüdischer Bevölkerung mit den sowjetischen Okkupanten Ostpolens schildert, die angeblich gleich nach dem Einmarsch der sowjetischen Einheiten in Ostpolen (17.9.1939) einsetzte. Strzembosz beruft sich dabei auf die Berichte polnischer Augenzeugen aus jenem Gebiet, die zunächst in sowjetische Gefangenschaft geraten waren,

<sup>123</sup> Dariusz Stola: Pomnik ze słów (2). [Denkmal aus Worten], in: Rzeczpospolita, 2. 6 2001.

<sup>124</sup> Dawid Warszawski: Odpowiedzialność i jej brak [Verantwortung und ihr Fehlen], in gazeta wyborcza, 9.-10.12.2000, <http://pogranicze.sejny.pl/jedwabne/warszawski.html>.

<sup>125</sup> Tomasz Strzembosz: Przemilczana kolaboracja. In: Rzeczpospolita, 27. 1.2001, <http://rzeczpospolita.pl/gazeta/wydanie010127/publicystyka>

dann aber nach dem Abkommen Sikorski-Majskij der Anders-Armee beitreten und die Sowjetunion verlassen konnten. Ihre Zeugnisse wurden über Jahrzehnte in den Hoover Institution Archives in Stanford (Kalifornien) aufbewahrt und bereits vor Jahren eben von Jan Tomasz Gross für eine Publikation, die die Sowjetisierung Ostpolens zum Gegenstand hatte, ausgewertet.<sup>126</sup> In seiner Studie aus dem Jahre 1983 akzentuierte Gross allerdings die Sympathien jüdischer Bevölkerungsteile mit den Sowjets nicht, im Gegenteil, er hob hervor, dass sich Tausende von Juden, die im Mai 1940 die Möglichkeit erhielten, in das deutsche Okkupationsgebiet zurückzukehren, davon Gebrauch machten, was für viele den sicheren Tod bedeutete.<sup>127</sup> Dass es sich hierbei um eine in der polnischen Historiographie und veröffentlichten Meinung kontrovers geführte Debatte handelt, bezeugen auch die Reaktionen polnischer Historiker und Publizisten, die sich in die seit Mitte 2000 schwelende Debatte um das Massaker von Jedwabne eingemischt haben.<sup>128</sup>

In der nachfolgenden Dokumentation wollen wir deshalb einen längeren Text des bekannten polnischen Zeithistorikers Jerzy Jedlicki vorstellen, der im Februar 2001 in der

<sup>126</sup> Jan Gross: Und wehe, du hoffst... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941. Freiburg/ Basel/ Wien 1988; vgl. auch: Jan Tomasz Gross, Irena Grudzinska-Gross: W czterdziestym nas matko na Sybir zesłali..., London 1983.

<sup>127</sup> *ibid.*, S.187-189.

<sup>128</sup> Wybiórcze traktowanie źródeł [Selektive Behandlung der Quellen]. Z dr. Markiem Wiezbickim, pracownikiem Instytutu Studiów Politycznych PAN, rozmawia Tadeusz M. Pluzanski. In: Tygodnik Solidarnosc, <http://www.solidarnosc.pol.pl/2001/ts09/t16.html>. Jerzy Robert Nowak: Żydowscy kolaboranci [Jüdische Kollaboranten]. In: Tygodnik Głos, 3. März 2001. Bogdan Musiał: Historiografia mityczna. [Mythische Historiographie]. In: Rzeczpospolita, 24.2.2001. Stefanie Peter: Bergmann im Stollen der Geschichte. Der Reemstma-Kritiker schaltet sich in die polnische Debatte ein. Ein Besuch bei Bogdan Musiał. In: FAZ, 22.2.2002, S.51.

„Polityka“ erschien, und in dem der Autor versucht, deutlich zu machen, dass die gesamte polnische Gesellschaft dazu aufgerufen ist, bestimmte, fest stehende Vorstellungen des eigenen Geschichtsbildes zumindest zu relativieren, wenn nicht zu revidieren. Dass es sich hierbei um einen schmerzhaften Prozess handelt, stellt Jedlicki dabei nicht in Frage. Allerdings sieht er in diesem Bemühen nach Wahrheit die einzige Möglichkeit zu einem authentischen Dialog und einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Polen und Juden zurückzufinden. Zweifelsohne finden sich in diesen Ausführungen auch Analogien zu der Problematik des deutsch-jüdischen und des deutsch-polnischen Dialogs, der ebenfalls stark durch die Begriffe der Schuld und der Verantwortung geprägt ist, wobei die Täter-Opfer-Relation weiterhin bestimmend bleibt.



Bei dem zweiten Text handelt es sich um einen ins Internet gestellten Appell des Stellvertretenden Vorsitzenden der Stiftung Christliche Kultur „Znak“ [Fundacja Kultury Chrześcijańskiej „Znak“], Stefan Wilkanowicz, in dem der Autor zu einem möglichst breit angelegten polnisch-jüdischen Dialog aufruft, der mehrere Ebenen miteinander verbinden soll. Die 1993 ins Leben gerufene Stiftung versteht sich als Instrument der internationalen Zusammenarbeit zur Entwicklung der christlichen Kultur. Ihr Ziel ist die Vertiefung und Propagierung des christlichen Humanismus.

**Jerzy Jedlicki: Jak sie z tym poradzić? Polacy wobec zagłady Żydów [Wie damit fertig werden? Die Polen und die Judenvernichtung], in: Polityka, 10.2.2001.**

(Professor Jedlicki ist Historiker und Vorsitzender des Programmrats der Gesellschaft gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit „Offene Republik“).

1. Das Buch von Jan Tomasz Gross „Nachbarn: Die Geschichte der Vernichtung eines jüdischen Städtchens“ hat erregte Diskussionen und Kontroversen hervorgerufen und der Verlag „Fundacja Pogranicze“ hatte eine bei weitem zu niedrige Auflage geplant. Das Buch verschwand im heißesten Moment aus den Buchhandlungen. Und das braucht uns nicht zu verwundern. Wird doch in dem Buch über ein außergewöhnliches Ereignis berichtet. Darüber, wie die polnischen Einwohner eines Städtchens bei Lomza an einem Sommertag des Jahres 1941 auf überaus grausame Weise – und unter den Augen der deutschen Besatzer – ihre jüdischen Nachbarn ermordeten, ohne irgendwen zu schonen. Und darüber, dass dieses Ereignis fast sechzig Jahre lang von Schweigen überdeckt blieb.

Man müsste sich eher wundern, wenn ein solcher Bericht keine Aufregung hervorrufen würde. Ähnliche Emotionen werden allerdings nicht zum ersten Mal geweckt. Man kann an die Unruhe erinnern, die der in „Tygodnik Powszechny“ im Jahre 1987 veröffentlichte Artikel von Jan Blonski „Die armen Polen schauen auf das Ghetto“ hervorgerufen hat, und ein paar Jahre später der Artikel von Michał Cichy über den Judenmord während des Warschauer Aufstands oder der Film von Lanzmann unter dem Titel „Shoah“. Immer dann, wenn die Öffentlichkeit Gelegenheit hat, mit Texten oder Bildern konfrontiert zu werden, die einen Schatten auf das Verhalten der Polen gegenüber den Juden während der Okkupation werfen, ruft das die unterschiedlichsten Gefühle hervor: Bei den einen moralische Unruhe und Scham, bei den anderen den

Vorwurf, dass es sich um Phantasien oder Schmähchriften handele, und schließlich beruft sich eine nächste Gruppe auf die Umstände, die die Schuld der Täter verringern oder auf den marginalen Charakter des Vorfalles verweisen. Es gibt in Polen wahrscheinlich kein anderes historisches Thema, das, trotz des großen Zeitabstands, die verborgene Saite moralischer Empfindsamkeit oder des Ressentiment so stark berührt. Die Redakteure der Zeitschriften wissen, welche umfangreiche und emotionsgeladene Post sie nach solchen Artikeln erhalten.

Warum ist das so? Die Reaktionen lassen sich nicht unbedingt auf kontrovers diskutierte Tatsachen reduzieren. Bezeichnend ist allerdings, dass einige Nachrichten, darunter auch die Geschichte der Pogrome um Lomza, so lange in den Archiven verborgen blieben. Und alleine das gibt schon zu denken, obwohl die Erforscher dieser Epoche sich kaum noch über etwas wundern dürfen. Die wissenschaftliche Literatur über die Okkupationszeit in Polen nimmt lawinenartig zu, und die Meinungsunterschiede unter den Historikern beziehen sich eher auf Details. Eine echte Barriere besteht zwischen dem Korpus gesicherten historischen Wissens und dem allgemeinen Bewusstsein, das die zugänglichen Informationen nur durch einen dichten Filter sedimentierter Urteile, Vorurteile und persönlicher Erinnerungen passieren lässt. Diesen Filter können bestimmte Nachrichten nicht durchdringen, oder wenn sie ihn durchdrungen haben, werden sie abgewiesen, da sie mit dem akzeptierten System von Überzeugungen nicht übereinstimmen.

Auf dem Büchermarkt erscheinen schon lange Veröffentlichungen, die die öffentliche Meinung hätten erschüttern oder zumindest eine ernsthafte Reflexion hervorrufen können. Als erste muss hier „Die polnisch-jüdischen Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs“ von Emanuel Ringelbaum genannt werden. Ringelbaum war der führende jüdische Historiker, der das Archiv des Warschauer Ghettos begründete, und der seine

Arbeit 1944 in einem Versteck in der Grójecka-Straße zu Ende schreiben konnte, bevor er mit allen anderen Bewohnern dieses Verstecks aufgrund einer Denunziation ums Leben kam. Dieses Buch, das sich durch die respektable Sorge um gerechte Wertungen auszeichnet, konnte über viele Jahre die von der Zensur aufgetürmten Hindernisse nicht überwinden. Schließlich wurde es im Jahre 1988 von Professor Artur Eisenbach herausgegeben – und rief kein größeres Echo hervor. Mehr Aufmerksamkeit konnte der im Jahre 1992 von Krystyna Kersten herausgegebene Sammelband „Polen – Juden – Kommunisten: Anatomie von Halbwahrheiten 1939-1968“ auf sich ziehen, in dem die Problematik der Vernichtung nicht berücksichtigt wurde, in dem aber dokumentarisches Wissen mit den auf beiden Seiten tief verwurzelten Stereotypen konfrontiert wird. Es gab dann eine ganze Reihe von Veröffentlichungen, in denen analysiert wurde, welches Bild der Vernichtung und ihres Umfelds im Gedächtnis jener Menschen zurückgeblieben ist, die überlebten, und andererseits bei jenen, die von außen beobachteten und wie sich hieraus die „Erinnerung“ ganzer Gesellschaftsgruppen herausdestillierte, also ihre geronnenen Versionen von Geschichte. „Vernichtung und Erinnerung“ von Barbara Engelking (1994) oder die vom Französischen Institut in Krakau herausgegebenen Materialien des Kolloquiums „Jüdische Erinnerung – Polnische Erinnerung“ (1996) sind Beispiele für Veröffentlichungen, die von unserer Presse und unserer öffentlichen Meinung kaum wahrgenommen wurden.

In polnischer Sprache ist noch nicht das seriöse, vorurteilsfreie Buch von Michael Steinlauf „Bondage to the Dead: Poland and the Memory of the Holocaust“ erschienen, dagegen hat der vom Jüdischen Historischen Institut herausgegebene Sammelband von Feliks Tych „Der lange Schatten der Vernichtung“ (1999), der den gleichen Bereich polnischer Erinnerung, historischen Bewusstseins und erzieherischer Schablonen

behandelt, bisher kein Interesse hervorgerufen. Das zwei Jahre vor „Nachbarn“ herausgegebene Bändchen von Tomasz Gross unter dem Titel „Ein grauenhaftes Jahrzehnt: drei Essays zum Thema Juden, Polen, Deutsche und Kommunisten 1939-1948“ hatte mehr Glück, denn die „Gazeta Wyborcza“ wurde auf es aufmerksam, und die, was diese Thematik angeht, überaus aufmerksame Zeitschrift „Wież“ widmete diesem Buch eine Redaktionsdiskussion. Dennoch hat die Rezeption dieses Bändchens in keiner Weise das Aufsehen angekündigt, das sich durch „Nachbarn“ einstellen sollte.

Ich erinnere an diese Bücher, da die in ihnen und in einer Reihe anderer Veröffentlichungen enthaltenen Quellenmaterialien sowie ihre Interpretationen ausreichen, sich die Frage zu stellen, ob die allgemein vertretenen Ansichten über das Verhalten einzelner polnischer Gesellschaftsgruppen während des Krieges nicht einer gewissen Revision bedürfen. Dazu ist es aber nicht gekommen. Es brauchte erst eines so starken Schlages, wie die Information darüber, was in Jedwabne geschah, um unsere Schutzmauern zu durchbrechen und die Besatzung der polnischen Festung in Bewegung zu bringen. Es ist allerdings noch zu früh, um sagen zu können, was mit dieser immerhin ersten Bresche geschehen wird. Man kann nicht ausschließen, dass schlussendlich, nach dem Austausch polemischer Stiche, jeder bei seiner eigenen Wahrheit bleibt, bei seinen seit langem gepflegten Überzeugungen, in die man zu viel an Glauben und Gefühlen investiert hat, um sie jetzt in Zweifel ziehen zu können.

2. Jawohl, wir haben einige tausend Gerechte unter den Völkern der Erde und sicherlich eine vielfach größere Zahl derjenigen, denen dieser Titel auch zukäme, wenn sie am Leben geblieben wären, oder wenn sich jemand für sie eingesetzt hätte. Wenn man abwägt, dass für das Verbergen von Juden in Polen der Tod drohte, so ist das Verdienst derjenigen, die

dieses Risiko eingingen, umso größer und beachtenswerter. Gut, dass an ihre Rechtschaffenheit und ihren Mut in solchen Sammelbänden erinnert wird, wie sie als erste von Wladyslaw Bartoszewski, Zofia Lewin, später u. a. von Szymon Datner und zuletzt von Elzbieta Isakiewicz („Mundharmonika. Berichte von Juden, die von Polen vor der Vernichtung gerettet wurden.“) herausgegeben wurden, ganz zu schweigen von den zahlreichen Erinnerungen, in denen Zeugnisse der Dankbarkeit übermittelt wurden.

Es stellt sich nur die Frage, wer das Recht hat, auf diejenigen stolz zu sein, die die Retter waren. Denn aus Erinnerungen und Berichten geht hervor, woran sich im übrigen auch jene gut erinnern, die im Generalgouvernement lebten, dass nicht nur die sich verbergenden Juden, sondern auch deren Wohltäter vor den Blicken der neugierigen Nachbarn, dem prüfenden Blick des Hausverwalters, des Ladenbesitzers oder eines Passanten erzitterten. Wenn es nur die Gestapo gewesen wäre, um wie viel leichter hätte man im Versteck überleben, um wie viel leichter hätte man auf die Kette mitmenschlicher Solidarität zählen können, und um wie viel weniger notwendig wäre das anhaltende Wechseln der Verstecke gewesen.

Was zählt also in der Gesamtrechnung der Nation? Heldentum oder Schabigheit? Mitgefühl oder Mangel an Erbarmen? Es zählt das eine wie das andere, und weder lässt sich das eine von dem anderen trennen noch kann das eine durch das andere abgegolten werden. Es wird immer zwei getrennte Register geben. Das Problem besteht allerdings darin, dass, indem wir uns des ersten Registers erinnern, wir das zweite am liebsten vergessen würden oder es - sowohl quantitativ als auch gesellschaftlich - als Marginalie behandeln möchten. Aber es war keine Randerscheinung, und wenn es sogar eine solche gewesen sein sollte, so hat sie doch das gesamte polnische Leben während der Okkupation schwer belastet. Zudem fällt es schwer, das Jahr 1968 zu vergessen, als eine neue Generation von Juden-

jägern und Polizeispitzeln eine allpolnische antisemitische Hetze veranstaltete, die bei uns und auf der ganzen Welt die schlimmsten Assoziationen hervorrief. Gleichzeitig hatte sie die Chuzpe, gegen die „antipolnischen“ Reaktionen, die von ihr selbst hervorgerufen worden waren, zu protestieren und sich auf das Argument der Gerechten zu berufen. Was im übrigen auch heute noch passiert.

Es ist leider so, dass das, was wir nicht wissen und erinnern wollen, andere wissen und erinnern, und wir nicht mehr das erste ohne das zweite Register haben können, genauso wie andere damals unterworfenen Völker nicht über einen solchen psychischen Komfort verfügen. Wenn wir das Erbe der vorangegangenen Generationen antreten, dann gib es keine Wahl:

Dann fällt auch ihre Größe und Schägigkeit, ihre Ehre und Scham auf uns zurück. Ungeachtet dessen sind diese beiden Register, das Register der Lebensretter und das Register der Henkersknechte, nur zwei Elemente der Gesellschaft. Und zwar extreme Elemente. Wer sich in welches Register eingetragen hat, war am häufigsten eine Sache des Charakters, ohne jedwede soziologische Zuordnungen. Menschen aus allen Gesellschaftsschichten befanden sich unter jenen, die ihr Leben und das ihrer Familien auf die Waagschale legten, weil sie fest daran glaubten, dass man dazu verpflichtet sei. Vertreter aller Stände waren unter jenen anderen, für die der nazistische Überfall und das Übermaß menschlichen Leids eine hervorragende Gelegenheit bot, um Geschäfte zu machen. Die einen wie die anderen bewegten sich vor einem gesellschaftlichen Hintergrund, von dem man häufig mit einer Mischung aus Trauer und Tadel sagt, dass er gegenüber dem Schicksal seiner jüdischen Nachbarn gleichgültig war. Und gerade an dieser Stelle ist Zweifel angebracht.

3. Die Polen pflegten den Juden gegenüber gleichgültig zu sein, freundlich oder verächtlich gleichgültig, so lange offenkundig

war, dass die Juden in der Gesellschaft bedeutend tiefer standen als der Adel, das christliche Bürgertum und die Intelligenz. Die Gleichgültigkeit endete, als die Juden, in unterschiedlichen Zeitepochen und in verschiedenen Teilungsgebieten anfangen, gleiche zivile Rechte, allmählich Bürgerrechte und schließlich auch Rechte für ihre Sprache und Kultur zu fordern. Je mehr sie an gesellschaftlicher Bedeutung gewannen, desto mehr wurden sie zu einem Volk und waren nicht nur Bekenner des Alten Testaments. Und desto schwerer gestalteten sich die Beziehungen mit den polnischen Gesellschaftsgruppen, die diese Bestrebungen nicht unterstützen konnten und ihrer Überzeugung nach auch nicht wollten. Hinzu kam der Einfluss der aus dem Westen kommenden Welle des rassistischen Antisemitismus, der danach strebte, alle Wege zur Assimilation, also der sittlichen und allmählich auch bewusstseinsmäßigen Integration in die Mehrheitsgesellschaft, bis hin zum Schwund unterschiedlicher Eigenschaften, inklusive des religiösen Bekenntnisses zu blockieren. In Polen wurde bekanntlich die Nationaldemokratie zu einer eifrigen Kündlerin des Antisemitismus, aber den Juden gegenüber ablehnende oder sogar feindliche Stimmungen machten sich, die Linke ausgenommen, ebenfalls bei anderen ideologischen Gruppen sowie innerhalb der katholischen Kirche breit. Wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg wurde der Kampf gegen die Juden zu einer wahren Besessenheit, der zum Beispiel in der Warschauer Presse mehr Platz einnahm und mehr Emotionen hervorrief als irgendein anderes Thema.

So sollte es von nun an immer bleiben, obschon mit wechselnder, pulsierender Spannung. Hier ist nicht der Platz, um die Geschichte dieser schäumenden Strömung darzustellen, an ihre drastischen Episoden zu erinnern – wie die Ermordung des Präsidenten, das Sitzbank-Ghetto in den Universitäten bis hin zu den blutigen Pogromen. Es gibt auch keinen Grund, die

polnischen oder andere Juden zu idealisieren: da gab es unterschiedliche Repräsentanten, wie jedes andere Volk vertraten sie alle möglichen Klassen und politischen Optionen, es gab tief gläubige und vollkommen verweltlichte, nationalistische und vollkommen assimilierte, unermesslich reiche und hungernde, geniale und primitive, tugendvolle und lasterhafte Juden. Das Problem bestand darin, dass unabhängig davon, was jemand darstellte, was er tat, wo sein Verdienst oder seine Schuld lag, ihn von allen Seiten erniedrigende Beschuldigungen und Beleidigungen erreichten und zwar nur deshalb, weil er als Jude zur Welt gekommen war. Das jüngst von Anna Landau-Czajka herausgegebene Buch „Sie standen in einem Haus... Konzeptionen zur Lösung der Judenfrage in der polnischen Publizistik der Jahre 1933-1939“ dokumentiert ausführlich ein Phänomen, das heute, aus der Perspektive der Zeit, den Eindruck einer Besessenheit hinterlässt, der ein großer Teil der Intelligenz, der Kirche und der öffentlichen Meinung unterlag.

Dies war natürlich nicht nur ein für Polen spezifisches Phänomen. Man kann sagen, dass fast ganz Europa, obschon in unterschiedlichem Grade, für diesen psychischen und mentalen Abweg verantwortlich war, der in Deutschland (sowie dem angeschlossenen Österreich) bereits vor dem Krieg als Rechtfertigung für die totalitäre Ordnung diente. Dies ist allerdings ein schwacher Trost. Polen war zweifellos eines der Länder, das am stärksten von dieser Besessenheit erfasst wurde. Deren ideologische Verkünder wetteiferten darin, wie man einige Millionen Bürger der Republik entrechten, enteignen und aus dem Land vertreiben könnte. Diesen Ideen traten nur die Sozialisten und Kommunisten sowie der liberale Teil der Intelligenz entgegen, was die Neigung der sich assimilierenden Juden erklärt, nach Unterstützung bei jenen Gruppen zu suchen, die ihnen gegenüber weder Aggression noch Verachtung an den Tag legten.

So sahen telegraphisch verkürzt die polnisch-jüdischen Beziehungen im Moment der Invasion Hitler-Deutschlands und der UdSSR aus. Es wäre extrem idealistisch, sich vorzustellen, dass sich die Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber den Juden sofort geändert hätte, weil sich die einen wie die anderen gemeinsam unter dem Stiefel der Okkupanten befanden. In der sowjetischen Besatzungszone konnte unter einem Teil der Juden, besonders bei jenen, die bittere Erfahrungen gemacht hatten und links orientiert waren, die Hoffnung auf Sicherheit und anständige Behandlung keimen. Nach kurzer Zeit sollte sich allerdings herausstellen, dass Enteignungen, die Schließung religiöser Stätten sowie die Deportationen nach Osten keine nationalen Unterschiede duldeten. Unter deutscher Herrschaft sollte sich angesichts des Terrors der Besatzer niemand sicher fühlen können, aber bald stellte sich heraus, dass es in dieser Hölle verschiedene Kreise gab, und die Bewohner des besseren Kreises grundsätzlich keinen Grund sahen, sich ihrer festsitzenden Vorurteile gegenüber den noch stärker verfolgten Untermenschen zu entledigen.

Tomasz Szarota hat in dem gerade erst veröffentlichten (und jüngst in der „Polityka“ rezensierten) Buch „An der Schwelle der Vernichtung“ ein breites und quellenmäßig detailliert dokumentiertes Panorama der anti-jüdischen Vorfälle und Pogrome im besetzten Europa in den Jahren 1940 bis 1941 – von Paris und Antwerpen über Den Haag und Amsterdam bis hin zu Warschau und Kaunas vorgestellt. Dies ist ein Buch, das durchaus nicht weniger betroffen macht als das Buch von Gross. In ihm wird unter Beweis gestellt, dass wo auch immer die deutsche Okkupationsverwaltung den Aufruhr gegen Juden entfesseln wollte, um zu zeigen, dass die Bevölkerung der besetzten Länder selbst nach solchen Abrechnungen giert, sie überall willige, zuweilen allzu willige Vollstrecker für diese Arbeit fand. Auch in Warschau: sowohl ideologische Vollstrecker, die das

deutsche Entgegenkommen als Aufforderung zur Kollaboration verstanden (worin sie sich irrten), als auch jene Kampfgruppen, für die das Schlagen und Berauben von Juden an sich schon ein Vergnügen darstellte.

Die Situation verschärfte sich mit dem deutschen Überfall auf die UdSSR erheblich. Szarota führt gewichtige Beweise für die These an, dass die Entscheidung für die Vernichtung der Juden in der Umgebung Hitlers am Vortag des Überfalls auf die UdSSR gefasst wurde: jedenfalls spielte sich der 1. Akt der „Endlösung“ im Osten ab, wobei die Gesamtheit der Operationen Sonderkommandos übertragen wurde, die den Namen Einsatzgruppen trugen. Diese Einheiten sollten, zumindest während der ersten Tage der Invasion, einheimische Freiwillige zu Aktionen der „Selbstreinigung“ ermutigen. Dort, wo dies gelang, wie zum Beispiel in Kaunas, hatten die Pogrome des Sommers 1941 einen überaus blutigen und grausamen Verlauf. Alles scheint darauf hinzuweisen, dass Jedwabne zu einem Element dieses Plans wurde.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass den Deutschen bei diesen Massakern die Rolle der Inspiratoren zukam, ungeachtet der Tatsache, wie viele Deutsche sich am Tatort befanden, was von den Historikern im übrigen kontrovers diskutiert wird. In der Gegend um Lomza fanden sie ganz offensichtlich einen Haufen williger Vollstrecker, die, nachdem sie einmal Blut gewittert hatten, bei dieser Orgie des Massenmordes keine Hemmungen mehr hatten. Die bekannt gewordenen Berichte deuten auch nicht darauf hin, dass irgendjemand in der Stadt versuchte, sie aufzuhalten.

4. Die Vernichtung der Juden verursachte eine Aufspaltung der polnischen Öffentlichkeit, die sich nicht immer mit den einstigen Fraktionierungen deckte. Für viele Menschen war das, was die Nazi-Okkupanten realisierten, in seiner Unmenschlichkeit ungeheuerlich: aus einer Regung des moralischen Protests sowie des Mitgefühls für die Opfer erwachte der

Wille, im Rahmen des Möglichen, den Opfern Schutz und Hilfe zu gewähren. Ausdruck dieser Haltung waren, neben Tausenden von Einzelaktionen, entsprechende Appelle eines Teils der Untergrundpresse mit dem „Informationsbulletin“ [Biuletyn Informacyjny] an der Spitze, und im Jahre 1942 die Gründung des Rats zur Judenhilfe, bekannt unter dem Kryptonym Żegota. Ein Großteil der Gesellschaft hegte solche Gefühle allerdings nicht. Natürlich waren die Besatzer Feinde Polens, aber das, was sie mit den Juden machten, rief nicht unbedingt Widerspruch hervor. Und es handelte sich dabei nicht nur um Gleichgültigkeit. Leider hörte man in jenen Tagen, als das Ghetto brannte, auf den Warschauer Straßen und in den Straßenbahnen eher Spott über die Sterbenden, Gelächter und Freude aufgrund eines so außergewöhnlichen Spektakels als Bekundungen des Mitgefühls oder des Entsetzens. Von Solidarität spreche ich nicht, denn die durfte man nicht laut äußern. Es geht hier vielmehr um die Reaktionen, die man unter sich zum Ausdruck brachte und die von einem Großteil der Untergrundpresse legitimiert wurden, in zahlreichen Schriften, in denen die Hauptsorge der Redakteure darin bestand, wie man nach dem Krieg jenen Rest von Juden loswerden könne, denen es vielleicht gelingen würde, die Vernichtung zu überleben. Bekanntlich wurde dieses Projekt in hohem Maße umgesetzt; teilweise gleich nach dem Krieg, zum Teil erst im Jahre 1968. Die Vernichtung führte also nicht zu einer allgemeinen Umwertung polnischer Haltungen, obschon sie die bestehende Spaltung vertiefte. Was für die einen das grauenhafteste Ereignis des 20. Jahrhunderts darstellte, blieb für andere nur eine Episode ohne größere Bedeutung. Aber sogar in den Seelen jener Menschen, deren rassistische oder religiöse Vorurteile so stark in ihren Gehirnen verankert sind, dass sie durch keine Erfahrung getilgt werden können, hinterließ die Vernichtung eine gewisse Dissonanz, wurde das Bekenntnis zum Antisemitismus weltweit doch zu

etwas höchst Unanständigem. Umso mehr musste jedweder Schatten eines Verdachts der Unterstützung des nazistischen Vernichtungsprogramms der europäischen Juden als Verleumdung abgewiesen werden. So wurde eine Sprache der Camouflage geboren, in der Gefühle und Überzeugungen nicht – wie einst – direkt, sondern nur mittelbar geäußert wurden.

Andererseits begannen die ehrenwertesten Menschen sich nicht ganz ohne Grund davor zu fürchten, dass man sich hinsichtlich der Polen weltweit nicht so sehr an den Edelmut der Gerechten erinnern würde, als vielmehr an das Gekicher der Gaffer auf dem Krasinski-Platz und an die am 4. Juli 1946 in Kielce wutschnaubende Menge. Man dachte auch, dass es Zeit brauchen werde, bis Gefühle und Einstellungen verarbeitet sind, und dass man eine solche Arbeit nicht leisten könne, wenn man die Gesellschaft an den Pranger stellt. Und im Übrigen: Wer war berechtigt anzuklagen? Und wen? Mit einem Wort, lieber nicht reizen und abwarten, bis jene herangewachsen sind, die keine schlechten Erinnerungen mehr haben.

Dies alles waren keine unbegründeten Sorgen. Jedes Volk, auf dem der Makel lastet, dass ein Teil seiner Bürger in irgendeiner Form an Taten beteiligt war, die nach Jahren Scham hervorrufen, obwohl sie den Tätern durchaus nicht beschämend erschienen, ist damit gut vertraut. Diese Abwehrmechanismen, dieses halb bewusste Verschweigen und Vergessen ist psychologisch nachvollziehbar, zögert aber den Augenblick hinaus, in dem man mit den dunklen Stellen der eigenen Geschichte konfrontiert wird. Diese gelangen letztlich immer ans Tageslicht, treffen uns unvorbereitet und schockieren. Das war also möglich? Also waren Polen dazu fähig, Säuglinge ins Feuer zu werfen? Und die anderen, die dabei zuschauten? Die Deutschen, das ist bekannt, die Litauer, natürlich, die Ukrainer, wer hätte etwas anderes von ihnen erwartet? Aber die Polen? Es ist wirklich nicht leicht, nach einem halben Jahrhundert zu erfahren, dass in jenen

Zeiten niemand ein Zeugnis für kollektive Unschuld verdient hat. Gerade darin besteht die Ansteckung durch Hass und Verachtung.

Wir müssen keine Buße dafür leisten, dass sich vor sechzig Jahren in unserem Lande Mörder und Kollaborateure fanden, die durch die Besatzer aufgehetzt, willig eine Aufgabe erfüllten, die in jedem normalen Menschen Entsetzen auslöst. Das Problem besteht jedoch darin, dass sich in dem von uns ererbten Gepäck historischer Traditionen neben ruhmvollen Elementen auch eine moralische Kultur findet, die zum Verbrechen führen, es rechtfertigen oder mit Schweigen bedecken konnte. Wir sind dafür verantwortlich, wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen, wie wir Ruhm und Scham miteinander versöhnen, wie wir uns unsere Vergangenheit berichten und welche Schlüsse wir aus ihr ziehen.

Wir sind sicherlich in Europa nicht die ersten und nicht die letzten, die diesen Prozess der Umwertung der eigenen Legende durchlaufen. Für jedes Volk ist dies ein schwieriger Prozess, so wie es schwierig und schmerzlich ist, den eigenen Lebenslauf neu zu überdenken, wenn man im Lichte neuer Erfahrungen und Wertmaßstäbe die Bewertung einstiger Handlungen ändern muss. Es ist immer schwer einzugestehen, dass wir in unserem Leben nicht jede Prüfung ehrenhaft überstanden haben und dass einige unserer tiefsten Überzeugungen sich als Illusionen und Betrug erwiesen haben. Nicht anders steht es mit der Geschichte einer Nation. Der Fall von Jedwabne bietet die Gelegenheit dazu, eine solche Arbeit, zumindest hinsichtlich dieses einen Aspekts, ernsthaft aufzunehmen. Man kann natürlich auch weiterhin ausweichen. Man kann schreiben, dass es zu früh ist, dass es in den Berichten unklare Stellen gibt, dass man nicht genau nachgezählt habe, wie viele Mörder und Ermordete es waren. Dass man das eine oder andere Archiv noch erforschen müsse. Es lohnt sich immer, weiter zu recherchieren, man hätte dies vor vielen Jahren machen müssen, aber das ändert rein gar nichts. Die Wahrheit wird dadurch nicht ange-

nehmer und früher oder später wird man mit ihr fertig werden müssen.

Ich höre allerdings noch andere Zweifel. Ich höre die Befürchtungen, dass der durch das Buch von Gross erzeugte Lärm antisemitische Reaktionen hervorrufen wird und dass das Hervorzerren schlechter Erinnerungen, zudem von unvorsichtigen Verallgemeinerungen begleitet, nichts Gutes bringen wird. Ich ignoriere solche Befürchtungen nicht. Ihnen hat jüngst Jacek Zakowski Ausdruck gegeben, ein Publizist, den man keiner Vorurteile bezichtigen kann. Allein, es stellt sich heraus, dass die Schlaftherapie auch keine guten Ergebnisse zeitigt. Fast unbemerkt ist es in Polen zu einer antisemitischen Infektion der jungen Generation gekommen, die diesbezüglich über kein Wissen und über keine Erfahrungen verfügt, aber von der ein Teil bereits auf entsprechende Signale und Losungen reagiert hat. Sie sollten zumindest wissen, wovon sie reden und was sie zu vertreten meinen. Es ist an der Zeit, die Dinge beim Namen zu nennen.

Aber es gibt noch, so sagt man, die ausländischen Angriffe auf den guten Namen Polens und auf seine Geschichte, und Juden haben daran keinen geringen Anteil. Das ist wahr. Es kommt vor, dass man in amerikanischen Zeitungen Berichte liest oder in der israelischen Knesseth Aussagen hört, die verlogen oder beleidigend sind. Uns verwundert auch nicht mehr die Praxis von Anwälten, den Holocaust für die sehr diesseitigen Interessen der Erben zu verwenden. Es ist aber auch bekannt, dass, wenn jemand individuell oder kollektiv beschuldigt wird, er eher an Verteidigung als an seine moralische Verantwortung für die Vergangenheit denkt.

Es lohnt sich aber, in Betracht zu ziehen, dass sich auf der jüdischen Seite über Jahre bittere Enttäuschungen angesammelt haben. Ihre Vorwürfe oder verjährten Vorurteile werden durch unsere eigene Abrechnung mit der Geschichte und mit unserer Straßenbahmentalität nicht belebt. Im Gegenteil: was sie belebt, ist das sture Verneinen jeder polni-

schen Schuld und das Verdrängen der unangenehmen Elemente unseres Erbes. Und schließlich geht es hier nicht um das Ausland, sondern darum, dass wir selbst damit beginnen, offen miteinander zu sprechen. Nur auf diese Weise kann man sich von Ängsten und Komplexen befreien.



**Stefan Wilkanowicz: Przyszłość stosunków polsko-żydowskich. Wstęp do dyskusji. [Die Zukunft der polnisch-jüdischen Beziehungen. Einleitung zur Diskussion]. In: Forum Żydzi-Polacy-Chrzescijanie, [www.forum-znak.org.pl/opinie/opinie7a.html](http://www.forum-znak.org.pl/opinie/opinie7a.html)**

### Wer mit wem?

Will man sich diesem Thema nähern, so muss man natürlich die unterschiedlichen Ebenen dieser Beziehungen beschreiben, denn weder die Juden noch die Polen stellen monolithische Gemeinschaften dar. Unter ihnen gibt es Gläubige und Ungläubige, es gibt jene, die sich ausschließlich als Juden und Israelis fühlen (dafür aber, in Abhängigkeit von ihrem Herkunftsland, kulturell häufig sehr differenziert sind), und andere, die sich als Juden und Amerikaner, als Juden und Franzosen, als Juden und Deutsche, als Juden und Polen verstehen, oder als Juden, die sich zu ihren polnischen Wurzeln bekennen. Und es gibt Polen mit jüdischen Wurzeln, Polen ohne jüdische Wurzeln, Polen, die etwas über das Judentum wissen, sowie jene, die so gut wie nichts über die Juden wissen, schließlich

andere, die lediglich über falsche Informationen verfügen, die auf Stereotypen und Mythen fußen.

Und letztlich gibt es die Alten und die Jungen mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten, unterschiedlichen Komplexen und Wunden sowie unterschiedlichen Empfindlichkeiten.

Wir können also nur über eine Serie recht unterschiedlicher Dialoge und recht verschiedener Beziehungen sprechen. Über die Möglichkeit und Unmöglichkeit des Dialogs sowie über die Art und Weise ihn zu führen.

### **Welche Ebenen?**

Sehr stark vereinfachend kann man folgende Ebenen des Dialogs und der Zusammenarbeit unterscheiden:

Zusammenarbeit auf politischem Gebiet, die zum Ziel hat, Konflikte und Katastrophen wie die Shoah zu verhindern, Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, die zum Ziel hat, Menschen so zu erziehen, dass sie zu Empathie und Dialog fähig sind. Dialog im Bereich der Religion, der zum Ziel hat, geistig zu bereichern und zu vertiefen, Kooperation bei der Heilung und Entwicklung unserer Zivilisation, der es an Transzendenz, Kontemplation und Solidarität mangelt.

Für jede dieser Disziplinen müssen eine Reihe von Vorschlägen gemacht und umgesetzt werden. Wir sollten uns auch der auftretenden Schwierigkeiten, ihres Charakters und ihrer Reichweite bewusst sein. Davon ist im letzten Heft von „Znak“ („Shoah – bedrohte Erinnerung?“) ausführlich die Rede. In ihm versuchen wir, die Diskussionen, die über diese Tragödie geführt werden, zu beschreiben und nach Wegen des Dialogs und der Zusammenarbeit zu suchen. Mit diesen Fragen beschäftigen wir uns auch im Internet-Service „Forum: Zydzki-Polacy-Chrzescijanie“ ([www.forum-znak.org.pl](http://www.forum-znak.org.pl)).

Die Diskussionen über die Tragödie in Jedwabne bergen sowohl Risiken als auch Chancen in sich.

In letzter Zeit haben sich die verschiedensten Initiativen entwickelt und es sind viele Publikationen (über einhundert Bücher jährlich) veröffentlicht worden, in denen die polnischen Juden und die polnisch-jüdischen Beziehungen behandelt werden. Aber die Versäumnisse eines halben Jahrhunderts lassen sich nicht so leicht wettmachen. Heraufbeschworen werden auch die alten Dämonen der Angst und des Hasses, immer wieder belebt man falsche Stereotype über Juden und Polen, auch fehlt es nicht an Provokationen, die zum Ziel haben, Konflikte zu schüren oder entstehen zu lassen.

Es ist also notwendig, ehrlich, systematisch und nachhaltig über diese Fragen nachzudenken. Und gleichzeitig muss den sich abzeichnenden Gefahren entgegengewirkt werden.

### **Die Politik**

Die Kooperation in diesem Bereich ist absolut evident und sollte möglichst breit angelegt sein. Wir alle streben nach Frieden und normalen Entwicklungsbedingungen. Wir fürchten uns vor einer Propaganda, die Angst, Hass und Gewalt sät, und sind daran interessiert, Konflikten entgegenzuwirken, die in extremistische Aktivitäten übergehen können, und alle gefährden.

Hieraus ergibt sich ad hoc ein Minimalprogramm. Ein gemeinsamer Standpunkt angesichts verschiedener Erscheinungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens, also die Verlagerung der Aufmerksamkeit von den bilateralen Beziehungen auf das Gemeinwohl. Eine offensichtliche, allerdings schwierige Aufgabe, die noch viele Schritte erfordert.

### **Die Bildung**

Hier müssen wir sehr viel tun, denn wir haben ein halbes Jahrhundert verloren. In dieser Zeit wurde in der Regel geschwiegen oder gelogen, nur in Ausnahmesituationen waren bestimmte Portionen an Wahrheit zugelassen.

Diese Situation verursachte eine enorme „Erinnerungslücke“ in Polen, war aber auch hinsichtlich des Wissens um die Realität der polnisch-jüdischen Beziehungen in anderen Ländern, insbesondere in Israel, sehr hinderlich. Wenn es aber an Wissen über die Realität mangelt, so bleiben alte Mythen und Stereotype zurück, zu denen häufig Propagandalosungen hinzukommen, die politisch betrachtet zur Realisierung dieser oder anderer taktischer Ziele kurzfristig von Vorteil, ansonsten aber für alle sehr schädlich sind. Daher sind wir in einer paradoxen Situation. Wir müssen uns zum Beispiel darum bemühen, das Wissen über die Geschichte und die Kultur der polnischen Juden sowohl unter jungen Polen als auch unter den Juden in Israel und in der Diaspora zu verbreiten.

Natürlich sind hier die Lehrbücher von Bedeutung, die man verbessern und ergänzen muss. Bis dahin ist es aber noch ein langer Weg. Wir müssen versuchen, die breitesten Kreise der Jugendlichen auf schnellen und universellen Kommunikationspfaden zu erreichen, hauptsächlich über das Internet. Dabei sollte das Interesse durch Ereignisse aus der Vergangenheit, die aber auch heute noch wichtig sind, geweckt werden. Weiterhin sollte der Gedankenaustausch zwischen jungen Menschen aus der ganzen Welt gefördert werden.

### **Der religiöse Dialog**

Die grundsätzliche Schwierigkeit scheint hier eine gewisse Asymmetrie zu sein. Die Christen müssen sich aufgrund der Wurzeln des Christentums für den Judaismus interessieren, die Bibel gilt grundsätzlich für beide Bekenntnisse. Für die Bekenner des Judaismus scheint ein Interesse für das Christentum nur wenig förderlich zu sein, und auf sehr konservative Strömungen kann dieses Interesse sogar verdächtig und skandalös wirken, da es die Authentizität des eigenen Glaubens gefährdet. Für andere Gemeinschaf-

ten, insbesondere für die Bibelforscher, ist der Dialog bestimmt nützlich und sollte weiter entwickelt werden.

Kann er auch für breitere Kreise der Christen und Bekenner des Judentums nützlich sein? Ja, insofern man seinen Charakter verändert und die für alle wichtige Grundsatzfrage stellt: Wie bleibt man Gott treu? Und insbesondere: Wie bleibt man Gott heute treu? Die Antworten können unterschiedlich ausfallen, aber ich denke, dass sie allen nutzen. Sie können allen „zu denken geben“, ihnen helfen, Lücken oder Deformationen in ihrer eigenen religiösen Erziehung und Lebenspraxis zu entdecken, und neue Initiativen zu fördern.

### **Kooperation zugunsten der Zivilisation**

Es scheint (zumindest für mich) offensichtlich zu sein, dass unsere westliche (die ganze Welt beeinflussende) Zivilisation in eine Ära besonderer Schwierigkeiten hineingeraten ist, die sich als sehr gefährlich erweisen können. Sie ist gekennzeichnet durch eine Abnahme des „Sinns für Transzendenz“, und zwar nicht nur hinsichtlich der religiösen Dimension des menschlichen Lebens, sondern auch im Hinblick auf das Gefühl für seine höheren Werte, seine Berufung, die den gewöhnlichen Utilitarismus übersteigt. Gleichzeitig schwächt sich der „Sinn für Kontemplation“ ab, der durch die Verbreitung von techno-ökonomischen Haltungen vernichtet wird. Geschwächt werden die gesellschaftliche Bindungen, und auch das Solidaritätsgefühl wird durch die allmächtige Konkurrenz verdrängt.

Alle religiösen Menschen haben demnach die Verpflichtung, im Bereich der sehr breit verstandenen Rechte sowie der Bildung des Menschen, aber auch im Umweltschutz, der unser gemeinsames Gut darstellt, zu kooperieren.

Hieraus ergibt sich das Minimalprogramm, zumindest von Zeit zu Zeit einen gemeinsamen Standpunkt in den oben genannten Angelegenheiten einzunehmen. Um dies

möglich zu machen, muss man sich begegnen und den Gedankenaustausch pflegen, wobei man allerdings ständig das Gemeinwohl im Sinn behalten sollte.

Ein Beispiel hierfür kann die geplante Diskussion „Welches Europa streben wir an?“ sein, an der die Bischöfe dreier christlicher Kirchen, ein Rabbiner und ein Imam teilnehmen werden. Es gibt sehr viel zu tun, die Kooperation ist eine Notwendigkeit.

Und die Zukunft der polnisch-jüdischen Beziehungen ist sehr viel stärker von der Kooperation für das Gemeinwohl als von der Erforschung der bilateralen Beziehungen abhängig. Diese ist zwar auch notwendig, erweist sich aber als ungenügend.

*Michael Walter*

### **Wider das Vergessen. Der Auschwitz-Überlebende Kazimierz Smolen berichtete am 14. März 2001 im Gesamteuropäischen Studienwerk über den Nazi-Terror im Konzentrationslager**

Wenn in Deutschland Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer politischen Überzeugungen, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Obdachlosendaseins zu Tode getreten werden, wenn jüdische Gräber geschändet und Synagogen mit Hakenkreuzen beschmiert werden, dann ist nicht zuletzt die politische Bildung gefragt, ihren Beitrag zur Bekämpfung des neuen Faschismus zu leisten. Entsprechende Aktivitäten können sich angesichts der Vielschichtigkeit des Rechtsextremismus und seiner Ursachen sicherlich nicht auf die Erinnerungsarbeit beschränken, weshalb auch die Seminare des Gesamteuropäischen Studienwerks sich differenzierter mit der Problematik beschäftigen. Eine Auseinandersetzung mit den heutigen Formen des Rechtsextremismus wäre indes geschichtsvergessen, wenn sie nicht auch immer wieder die Gräueltaten der Nationalsozialisten in Erinnerung rufen würde.

Dies gilt umso mehr, als es heute nicht mehr nur einige verbliebene unverbesserliche Alt-Nazis sind, die den Holocaust leugnen. Revisionisten wie Irving oder Leuchter finden durchaus auch bei Jugendlichen Gehör. Wo entsprechende Überzeugungen bereits verfestigt sind, wird es auch für die politische Bildungsarbeit sehr schwer, mit argumentativen Mitteln zu überzeugen oder durch Gedenkstättenbesuche Betroffenheit zu erzeugen. Umso wichtiger ist es, die indifferenten Teile der Bevölkerung anzusprechen sowie diejenigen argumentativ zu stärken, die sich gegen den Rechtsextremismus engagieren möchten, sich bisher aber noch hilflos fühlen. Hier scheint die Erinnerungsarbeit besonders sinnvoll.



Von entsprechenden Erfahrungen ausgehend, lud das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. in Zusammenarbeit mit dem Kreis Herford am 14. März 2001 zu einer Veranstaltung mit dem Auschwitz-Überlebenden Kazimierz Smolen nach Vlotho ein. Zuvor hatte der polnische Jurist mehrere Schulen des Kreises besucht, um Schülerinnen und Schülern von den schrecklichen Jahren im Konzentrationslager zu erzählen. Auch in Vlotho berichtete der heute 80jährige, wie er mit 19 Jahren als Angehöriger des polnischen Widerstands von der Gestapo verhaftet und im Juli 1940 in das damals im Aufbau befindliche Konzentrationslager nach Auschwitz verschleppt worden war. In einer angesichts des Erlebten beeindruckend sachlichen Weise informierte Smolen über die grausame Zeit im Lager, in dem er zunächst

technische Hilfsdienste, später Verwaltungsarbeiten verrichten musste. So konnte Smolen aus eigenem Erleben über die Brutalität der Arbeitseinsätze berichten, die zunächst von sadistischen Berufsverbrechern beaufsichtigt wurden, von tödlichen Unfällen und Erkrankungen, aber auch von Anfang an von willkürlichen Tötungen - gab es doch für jeden Mörder drei Tage "Sonderurlaub", wenn er angab, er habe einen "Fluchtversuch" verhindert. Zugleich versuchten die Nazis, die Zahlen der Verschleppten und Ermordeten zu manipulieren. Den zu Tausenden ermordeten russischen Kriegsgefangenen schrieben verbrecherische Nazi-Ärzte einen "Tod durch Herzschwäche" in das Totenbuch. Zu den Vertuschungsmaßnahmen gehörte es ebenso, die für die Arbeiten an den Verbrennungsöfen abkommandierten Häftlinge in bestimmten Zeitabständen auszutauschen und die unerwünschten Mitwisser zu ermorden.

Die historische Einmaligkeit des Verbrechens zeigte sich spätestens ab dem Zeitpunkt, als die SS die ersten "Vergasungsexperimente" mit Zyklon B durchführte. Einige der ersten Gasopfer starben erst 48 Stunden nach Beginn der Gasvergiftungen. Innerhalb von zwei Jahren warfen die Nazi-Schergen rund 20.000 Kilogramm Zyklon in die Gaskammern. Daran starben bis zu 1.500 Menschen täglich in den Gaskammern. Die meisten von ihnen waren gerade erst aus den Waggonen geholt und an der Rampe zur Vernichtung selektiert worden.

Man war als Zuhörer schon fast dankbar dafür, dass Smolen nach all dem Bedrückenden auch von gelungenen Aktionen des Widerstands im Lager zu berichten wusste, von Informationen, die man auf Zigarettenpapier aus dem KZ schmuggelte, von Sabotagen an der Terrormaschinerie und vor allem von einigen wenigen Männern und Frauen, denen die Flucht aus der Lagerhöhle glückte. Die meisten aber, die dies versuchten, wurden gefasst und hingerichtet. Als die Rote Armee vorrückte und sich die Niederlage des Hitler-Regimes abzeichnete, nahm die Brutalität der SS-Männer noch einmal zu. Wer zu schwach für

eine Verlegung war, wurde ermordet, die übrigen Häftlinge in andere Lager gebracht. Auf diese Weise gelangte Smolen zunächst nach Mauthausen und später in das Lager Ebensee in Österreich, wo er in den Stollen arbeiten musste. Mit der Kapitulation der Wehrmacht flohen die SS-Männer und überließen es einem Jungen aus Hitlers "letztem Aufgebot", die weiße Fahne zu hissen.

Nach dem Krieg stellte sich Smolen der Aufgabe, an den Ort des Terrors zurückzukehren und 35 Jahre lang als Direktor des Staats-Museums Auschwitz-Birkenau sowie als langjähriger Generalsekretär bzw. Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees die Erinnerung an die dort begangenen Verbrechen aufrecht zu erhalten. Als Mitglied der Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen sagte Smolen in mehreren Kriegsverbrecherprozessen als Belastungszeuge aus und trug dadurch dazu bei, wenigstens einige der Mörder zu verurteilen. Neben der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Hinterlassenschaft der Mordbürokratie gehörten zu Smolens Aufgaben als Museumsleiter vor allem die Gespräche mit Besuchergruppen, häufig auch aus Deutschland. Insbesondere Aktion Sühnezeichen und die kirchlich organisierte Jugend hätten frühzeitig einen wertvollen Beitrag zur Versöhnungsarbeit geleistet, so Smolen. Diese Aufgabe gelte es auch im neuen Jahrtausend fortzusetzen.

Auch wenn es an diesem Abend nicht offen ausgesprochen wurde: Jeder im Saal wusste, dass dies wahrscheinlich eine der letzten Gelegenheiten war, mit einem der Überlebenden zu sprechen. Dies kann kein Bücherwissen oder Aktenstudium ersetzen. Umso wichtiger wird es bleiben, sich auch in der politischen Bildungsarbeit wider das Vergessen zu engagieren.

## Europa auf die Füße stellen - eine Kleinstadt blickt nach Osten

Nicht erst seit dem gescheiterten irischen Referendum über den Vertrag von Nizza wird allerorten gefordert, nun die Bürgerinnen und Bürger stärker in den Prozess der europäischen Einigung einzubeziehen. Dabei wird übersehen, wie viele spannende Projekte es bereits gibt - mit großem privaten Engagement und nicht selten ohne jede finanzielle Unterstützung durch offizielle Stellen. Vor dem Hintergrund der Diskussion über die europäische Bürgergesellschaft wollen wir im Folgenden zwei in der ostwestfälischen Kleinstadt Vlotho bestehenden Initiativen ein Präsentationsforum bieten. Ein schulische und ein kirchliches West-Ost-Projekt stehen stellvertretend für eine Vielzahl anderer Partnerschaften, mit denen zahlreiche Vlothoerinnen und Vlothoer Brücken zu den Nachbarn schlagen.

*mw*

### Schulpartnerschaft des Weser-Gymnasiums Vlotho mit dem Gymnasium Agenskalns Riga

Seit dem Jahre 1990 bestehen partnerschaftliche Beziehungen zwischen dem Weser-Gymnasium Vlotho und dem Gymnasium Agenskalns (seinerzeit noch die 5. Mittelschule) in Riga (Lettland). Die ersten Kontakte wurden auf politisch-administrativer Ebene durch Vermittlung des Kreises Herford angebahnt und gehen zurück auf eine Anfrage der lettischen Schule, die im Zuge des politischen Umbruchs in der damaligen Sowjetunion großes Interesse an Begegnungen mit einer deutschen Schule hatte, zumal es sich um eine Schwerpunktschule für Deutsch als Unterrichtsfach handelt.

Das Angebot wurde von der gesamten Schulgemeinde des Weser-Gymnasiums interessiert

aufgenommen und als Chance betrachtet, einen Beitrag zum Prozess der Öffnung der osteuropäischen Staaten zum Westen hin zu leisten.

Die Anfangsphase der Beziehungen war naturgemäß gekennzeichnet von den immensen Schwierigkeiten des Umbruchs in den baltischen Republiken, die teilweise bis in die Gegenwart hineinreichen. Daher war es z.B. immer wieder notwendig, zur Abwicklung der Reiseorganisation die politischen und diplomatischen Stellen einzuschalten.

An den Begegnungen, die seit 1990 (mit gewissen Unterbrechungen) jährlich einmal stattfanden, und zwar im Wechsel in Riga und in Vlotho, nahmen zunächst von 1990 bis 1996 die Schulchöre und Instrumentalgruppen beider Schulen teil, begleitet von den Musiklehrkräften (zugleich Chor- und Ensembleleiter) sowie einem Kollegen als Organisationsleiter. Die Teilnehmer waren jeweils privat in Gastfamilien untergebracht.



Konzertauftritt des Agenskalns-Chores im Weser-Gymnasium

Die Aufenthalte an der Partnerschule dauerten jeweils ca. neun bis zehn Tage. Hinzu kamen ca. vier Reisetage. Schwerpunkte des Begegnungsprogramms waren neben Besichtigungsfahrten vor allem festliche Konzertveranstaltungen sowie die gemeinsamen Proben dafür. Zu den bisherigen Höhepunkten zählten der mit Begeisterung aufgenommene Konzertauftritt anlässlich des 125-jährigen Bestehens des Weser-Gymnasiums im Jahre 1993 sowie die gemeinsame Teilnahme am großen lettischen Sängerfest der Schüler (ca. 10.000 Mitwirkende) im Juli 1995 in Riga.

Die Partnerschaft mit einer Schule in Riga eröffnete für die Schüler des Weser-Gymna-

siums die völlig neue Perspektive, die Kultur sowie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eines baltischen Volkes in unmittelbarem Kontakt mit Gleichaltrigen kennen zu lernen. Sie förderte die Akzeptanz anderer Lebensweisen gerade auch durch das gemeinsame Musizieren als gemeinschaftsbildende Aktion. Beide Seiten erfuhren die Begegnungen sowohl als soziale wie auch als kulturelle Bereicherung, die u.a. in der Übernahme des jeweils anderen Liedgutes zum Tragen kam.

Die Begegnungen erforderten umfangreiche organisatorische und inhaltliche Vorbereitungen in enger Absprache zwischen den Partnerschulen. Der musikalische, gesellige und touristische Teil des Programms wurde auf deutscher Seite weitgehend in den freiwilligen Arbeitsgemeinschaften Chor und Instrumentalgruppen erarbeitet.

Die Begegnungen stellen einen festen Bestandteil des Schulprogramms und eine Bereicherung des gesamten Schullebens dar, die aufgrund der Konzertauftritte weit in das öffentliche Kulturleben am Schulort ausstrahlt. Zwischen Schülern, Lehrern und Familien entstanden vielfältige persönliche Beziehungen. Der Nachhall der Konzerte führte am Weser-Gymnasium zur Gründung eines Eltern-Lehrer-Chores. Anlässlich des o.g. Sängerfestes besuchte auch eine Eltern- und Lehrerdelegation Riga. Nicht zuletzt nahm durch die Partnerschaft das Interesse am Schulchor und an den Instrumentalgruppen einen Aufschwung.



Sängerfest der Jugend in Riga im Jahre 1995

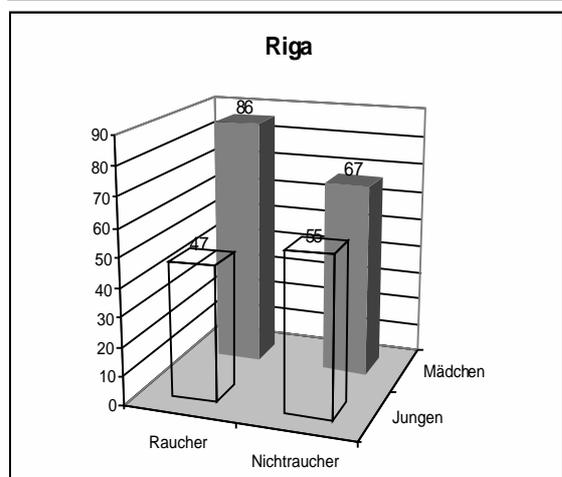
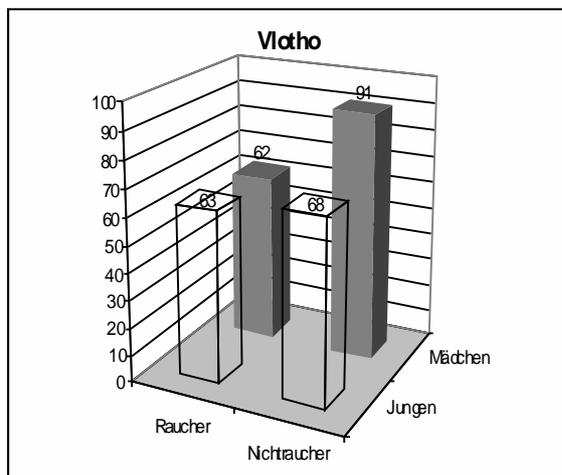
Die bislang letzten Begegnungen wurden im Jahre 1999 vom Fachbereich Mathematik in Form eines Projektes zur vergleichenden statistischen Untersuchung des Verhaltens Jugendlicher in Riga und Vlotho durchgeführt. Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 12 und 13 beider Schulen unternahm Umfragen in Riga und Vlotho, die anschließend gemeinsam ausgewertet wurden. Dabei wurden unter professionellem Einsatz der neuen Medien wichtige Lebensbereiche Jugendlicher in beiden Städten untersucht. Mit Hilfe von Fragebögen wurden Fragen zu drei Themengebieten gestellt: Beruf und Schule (Schulsystem, Fremdsprachenkenntnisse, Haupt- und Nebenbeschäftigungen, Chancen im Beruf, Zukunftsperspektiven), Freizeit (Schwerpunktbereich Drogen, Rauchen, Alkohol) sowie Privatleben (Liebesbeziehungen, Wohnsituation).

Die insgesamt über 500 Fragebögen in lettischer und in deutscher Sprache wurden jeweils von drei verschiedenen Gruppen ausgewertet. Die Arbeitsgruppen bestanden immer aus deutschen und lettischen Schülern. Es zeigte sich, dass die Zusammenarbeit und das Verständnis zwischen den Schülern in den jeweiligen Gruppen sehr gut war. Dazu trugen nicht zuletzt die ausgezeichneten deutschen Sprachkenntnisse der lettischen Schüler bei.

In den Auswertungsdiskussionen der Jugendlichen wurde auch deutlich, dass sowohl die Schüler aus Riga als auch diejenigen aus Vlotho sich positiv über ihre Zukunftsaussichten äußerten. Eine Null-Bock-Mentalität zeigte sich nicht. Betroffen machte die Vlothoer Schüler jedoch, dass viele Menschen in Lettland zwei Arbeitsstellen haben müssen, um ihren Lebensunterhalt verdienen zu können.

Ziel des Projektes war der Erwerb von authentischen Kenntnissen über die Lebensverhältnisse und das Zusammenleben im jeweiligen Gastland, um damit die Völkerverständigung zu fördern. Als Abschluss der gemeinsamen Arbeit wurden die Ergebnisse in

Riga der Schulgemeinde sowie Vertretern des Schulministeriums und der örtlichen Schulaufsicht und in Vlotho der Schulgemeinde des Weser-Gymnasiums unter Einsatz einer Computer-Präsentation mit großem Erfolg vorgestellt.



Statistische Untersuchung des Verhaltens Jugendlicher in Riga und Vlotho: Gegenüberstellung der grafischen Auswertung zum Thema Rauchen

Wie hier nur an einigen Beispielen aufgezeigt werden konnte, haben die Schüler durch die mathematisch-statistische Untersuchung nicht nur viel in diesem Fach dazugelernt, sondern sie waren auch bei der Analyse der Hypothesen und Daten gefordert, landes- und gesellschaftstypische Besonderheiten des jeweiligen Gastlandes zu eruieren und mit einzubeziehen. Dadurch ergaben sich weitere Erkenntnisse und Erfahrungen für andere Fachbereiche (Politik, Sozialwissenschaften, Erziehungs-

wissenschaft etc.) und ein vertieftes gegenseitiges Verständnis.

Alle Begegnungen wurden jeweils durch die Bezirksregierung aus Mitteln des Landesjugendplans bzw. durch den Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerkonferenz aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziell gefördert und von den Gastfamilien in hohem Maße materiell und ideell unterstützt.

(Eine Dokumentation des Statistikprojektes kann vom Weser-Gymnasium, Prof.-Domagk-Str.12, 32602 Vlotho für einen Anerkennungsbetrag von DM 10,- bezogen werden.)

*Walter Bätz*

## Viele Wege führen nach Osten

Um die im Bericht geschilderten Zusammenhänge zu verstehen, sei mir eine kurze Einführung gestattet. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte in mehreren europäischen Staaten eine intensive Pflanzenzüchtung eingesetzt mit dem Ziel, neue Sorten zu schaffen, die in ihrer Ertragsleistung und in ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und Schädlinge besser als die vorhandenen Landsorten waren. Auch um die Verbesserung der Inhaltsstoffe bemühte man sich, wie die Züchtung der Zuckerrübe zeigt. Landwirte und Gärtner fragten aber beim Erscheinen der neuen Sorten am Markt, ob sie wohl wirklich neu wären und worin die Leistungsverbesserung bestände. So kam es Ende des 19. Jahrhunderts zu einer amtlichen Sortenprüfung, die zunächst von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und den Landwirtschaftskammern durchgeführt wurde.

Der Staat griff im Interesse der Käufer von Saat- und Pflanzgut in diese Prüfungen ein, und so entwickelte sich ein amtliches Sortenprüfungssystem. Nach 1945 wurde in den westlichen Besatzungszonen ein Amt für Sortenprüfungen geschaffen, aus dem mit dem Saatgutgesetz von 1953 das Bundessortenamt in Rethmar im Landkreis Hannover, heute in

Hannover ansässig, hervorging. In der DDR entstand die Zentralstelle für Sortenwesen in Nossen bei Dresden.

Um das Jahr 1970 hatte der damalige Präsident des Bundessortenamtes, Dr. Dirk Böringer, Kontakt mit dem Zentrum für Sortenprüfung in Supia Wielka bei Posen aufgenommen. Daraus ergab sich eine intensive Zusammenarbeit. Ich war damals als Referatsleiter im Bundessortenamt, einer selbstständigen Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, tätig. So lernte ich den Präsidenten des polnischen Sortenzentrums, Dr. Eugeniusz Bilski, bei seinem Besuch 1977 in Hannover kennen und konnte ihm unser Prüfschema für Kartoffelsorten, für das ich zuständig war, erläutern. Einige Wochen später kam Professor Dr. Wojciech Gabriel vom polnischen Kartoffelforschungsinstitut in Bonin bei Köslin nach Hannover. Mit ihm wurde der fachliche Gedankenaustausch fortgesetzt.



1978 fand in Warschau der Internationale Kongress der Europäischen Gesellschaft für Kartoffelforschung (EAPR) statt, an dem meine Frau und ich teilnahmen. Wir erlebten eine vorzüglich organisierte Tagung, eine

herzliche Gastfreundschaft und nahmen wertvolle Informationen mit. Im Sortenzentrum Supia Wielka, zu dem eine Exkursion führte, lernte ich meine Kollegin Dr. Julia Borys kennen, mit der uns seitdem eine gute Freundschaft verbindet. Sie besucht uns gelegentlich in Vlotho und war auch Gast im Gesamteuropäischen Studienwerk.

Mit dieser Polenreise, der noch weitere folgten, war unser Interesse an den mittelosteuropäischen Staaten geweckt. Es entstanden Verbindungen zu anderen wissenschaftlichen Instituten in Polen. Bei Tagungen im In- und Ausland lernten wir manche Wissenschaftlerin und zahlreiche Wissenschaftler aus Polen

kennen und halten die Verbindung auch nach meiner Pensionierung von Vlotho aus aufrecht. Im Jahr 1980 kam meine Kollegin Marie Rasochova mit einer Kollegin aus der damaligen Tschechoslowakei nach Hannover. Sie sandte mir 1981 eine Einladung zu einer Tagung in Lipa bei Havlickuv Brod mit der Bitte um einen Vortrag. Dort traf ich die polnische Kollegin wieder und lernte meinen Kollegen Gustav Schumann aus Nossen kennen. Obwohl wir vom Bundessortenamt damals schon viele Verbindungen nach Osten hatten, waren die in unser östliches Bruderland spärlich. Wir waren ja „Klassenfeinde“. Aber Gustav Schumann und ich vereinbarten an diesem Abend in Lipa eine illegale Zusammenarbeit, bei der uns Dr. Borys bis zur Wende 1989 gut unterstützt hat. 1992 wurde Gustav Schumann in Hannover mein Nachfolger. Wie mit den Polen entwickelte sich auch mit den Tschechen im Laufe der Jahre eine enge und für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit. Im Frühjahr 1990 durften Marie Rasochova und ihre Familie erstmals gemeinsam in den Westen fahren. Sie kamen zu uns, und wir führten sie durch das Bundessortenamt. 1999 fuhren wir nach Tschechien und stellten erfreut den Wandel fest. Die Stadt Havlickuv Brod hatte Farbe bekommen, Eigeninitiative wurde gefördert, und das Sortenprüfzentrum Lipa war mit neuen Maschinen und einer Erweiterung seiner Gebäude ausgestattet worden. Familie Rasocha fuhr uns durch das Land, so dass wir einen Einblick in den Wandel bekamen. In den Jahren 1993 und 1994 reiste ich mit einem Beratungsauftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums nach Kiew in der Ukraine und von dort weiter zu dem 40 km westlich gelegenen Kartoffelforschungsinstitut Nemishaevo. Wie überall im Osten gab es eine freundliche Aufnahme und herzliche Gastlichkeit. Einen tiefen Eindruck hinterließ bei mir die Stadt Kiew, durch die mich die ukrainischen Kollegen an einem Wochenende führten. Aber es war ein Land der Gegensätze: Moderne Kraftwagen der gehobenen Klasse

waren neben Fahrrädern zu sehen, die bei uns keine Polizeikontrolle überstanden hätten. Im Herbst nach der Ernte „stoppelten“ Menschen auf den Äckern die verbliebenen Kartoffeln und sammelten in den Plantagen Fallobst. Anderen schien es auffallend gut zu gehen. Bemerkenswert war hier wie auch in Polen und Tschechien der Eifer der jungen Generation um eine gute Ausbildung. Eine enge Verbindung zwischen der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde St. Johannis in Vlotho und dem Süden der Slowakei entstand im Jahr 1999. Über die Neukirchener Mission hatten wir von den Problemen der Reformierten Kirche der Slowakei erfahren. Die dortigen 120.000 Gemeindeglieder sind ursprünglich Ungarn, denn dieser Streifen des Landes gehörte bis 1920 zu Ungarn. Die reformierten ungarischen Christen hatten unter dem Kommunismus kein gutes Leben, und auch nach 1990 hatte sich, besonders unter Präsident Meciar, vieles in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nicht gebessert.

Die Vlothoer Kirchengemeinde nahm Kontakt zu dem Bischof der Reformierten Kirche der Slowakei, Dr. Géza Erdélyi, auf. Im Mai 1999 besuchte er gemeinsam mit Pastor Uwe-Martin Schmidt, der in Jelka als deutscher Pfarrer im Auftrag der Neukirchener Mission tätig ist, Vlotho und die Dörfer im Kalletal. Beide berichteten anschaulich vom kirchlichen Leben in der Slowakei. Ein Besuch im Studienwerk gehörte auch zu ihrem Programm. Im September 1999 fuhren sechs Vlothoer Gemeindeglieder mit ihrem Pastor Winfried Reuter mit der Bahn nach Bratislava. Dort holte uns Pastor Schmidt mit dem Gemeindebus ab. Wir verbrachten einige Tage in Jelka, erfuhren viele Einzelheiten über das Land und das dortige Leben. Pastor Schmidt und seine Familie haben sich dort stark engagiert. Neben der seelsorgerischen Tätigkeit ist Pastor Schmidt Bauleiter eines Waisenhauses im Dorf, das im Januar 2000 seine Arbeit begann. Ein eigener landwirtschaftlicher Betrieb wird aufgebaut, um die Selbstversorgung zu sichern.

Daneben gibt es Bemühungen um die Zigeuner im Land, erste Gottesdienste wurden mit ihnen inzwischen gehalten. Pastor Schmidts Aktivitäten erstrecken sich weit über das Land und das alles bei einem Lohn, für den hier kein Lehrling auch nur einen Hammer aufheben würde. Tiefe Gläubigkeit spricht aus allen seinen Worten und Briefen. Selbstverständlich ist, dass er die ungarische Sprache erlernt hat – soll leicht sein, meint er.

Unser Weg führte nach Bratislava, das uns mit seiner Architektur und Sauberkeit gefallen hat. Wir stiegen auf die benachbarte Burg Devin und blickten auf die Mündung der March in die Donau und nach Österreich hinein. Nachhaltig wirkte ein Besuch in der Schriftenmission. Die dort tätigen Menschen setzen sich mit Eifer und der Bereitschaft zu Entbehrungen für die Verbreitung des Wortes Gottes ein.

Als Abschluss der Tagesfahrt besuchten wir das „Jahrhundertbauwerk“, nämlich das Stauwerk der Donau in Gabčíkovo. Hier hatten Ungarn, Slowaken und Tschechen sich bemüht, die Donau zu stauen, um Wasserenergie zu gewinnen. Auf einer Länge von 40 km ist ein Trog entstanden, dessen Mauern nie reißen dürfen. Nach 1990 haben nur die Slowaken noch weiter gebaut. Die Stromerzeugung reicht gerade mal aus, um die Schleusentore zu öffnen oder zu schließen, dafür hat man aber das Austrocknen der Auwälder und damit eine ökologische Katastrophe in Kauf genommen.

Am Sonntag erlebten wir einen gut besuchten Gottesdienst im Dorf Marcel Haza. Der Gemeindepfarrer wurde in sein Amt eingeführt, Kinder und Jugendliche gestalteten mit Wort, Gesang und Musik den liturgischen Teil. Am Nachmittag erlebten wir einen Gottesdienst in Komarno, in dem junge Theologinnen und Theologen der dortigen Theologischen Akademie Johannes Calvin nach ihrem Studium verabschiedet wurden. Die Kirche hat 3000 Plätze und war fast vollständig besetzt. Dank Pastor Schmidts Simultanübersetzung, hinter uns geflüstert, verstanden wir alles.

Am Abend fuhr uns ein junger Theologe nach Rimavska Sobota, wo wir unser Quartier in

einem Schulinternat hatten. Gespräche mit Bischof Erdélyi, Besuche in der Kirche, Fahrten durch das Land zu verschiedenen Kirchengemeinden und Schulen waren das Programm der nächsten Tage. Überall stießen wir auf reges kirchliches Leben, genossen die Gastfreundschaft und freuten uns mit den Menschen über das Erreichte.

Auf unseren Wunsch gab es eine Tagesfahrt in die Mittlere und Hohe Tatra bis Poprad. Der Stausee Dediny und das schöne Schloss Betliar mit seinem vielseitigen Baumbestand waren die letzten Stationen, bevor wir am Abend mit Bischof Erdélyi in Rosenau (Rožnava) zusammentrafen. Beim Abschlussgespräch wurde eine Partnerschaft zwischen der Kirche der Slowakei und unserer Gemeinde vereinbart.

Seitdem sind Briefe und Telefonate hin und her gegangen. Mehrere Transporte mit brauchbaren Dingen des alltäglichen Lebens traten von Vloho den Weg nach Jelka an. Während dieser Bericht geschrieben wird, erwarten wir den Besuch einer Gruppe der Reformierten Kirche aus der Slowakei in Vloho.

So sind im Laufe von etwa 25 Jahren viele Kontakte zu unseren östlichen Nachbarn geknüpft worden. Sie haben uns Freude geschenkt, ganz andere Eindrücke vermittelt, und mit Dr. Marion Gräfin Dönhoff sagen wir: „Warum immer nur nach Westen blicken?“



Gerhard Schüsselbauer

## Zeitgenössische europäische Literatur

Die Diskussion um das Vorhanden- bzw. Nichtvorhandensein einer europäischen Identität ist auf allen Ebenen der Politik und Kultur

voll entbrannt. Auch in der zeitgenössischen europäischen Literatur spiegelt sich die Vielfalt europäischer Wertetraditionen wider. Einige der jüngst erschienenen Werke europäischer Schriftsteller von Rang seien beispielhaft ausgewählt, um die gesamte Spannweite zeitloser europäischer Themen und des gemeinsamen kulturellen Erbes aufzuzeigen.

*„Von der endgültig vergangenen Zeit möchte ich erzählen, einer vergangenen Zeit, die sich hinter der anderen vergangenen Zeit verbirgt und ihre Wurzeln in den späten Gefilden der Kindheit hat, einem Dämmergebiet“ (Cees Nootabooms, Nootabooms Hotel)*

Cees Nootabooms Werke gehören schon seit Jahren zum Besten, was die europäische Literatur hervorgebracht hat. In „Nootabooms Hotel“, im Suhrkamp Verlag erschienen, begegnet uns der niederländische Autor von seiner intimsten Seite. Nootaboomb wird zum Heraklit der Jetztzeit, für ihn ist der Ursprung des Daseins die Bewegung und das Reisen. Stillstand bedeutet für ihn Rückschritt. Gerade im „Auge des Sturms“ fühlt er sich wohl. Auf praktisch allen Kontinenten sucht er in der Begegnung mit dem Anderen das Wesen der Existenz der Erdenbürgers. Seine Zeitreisen führen den Leser durch die letzten Jahrzehnte der Weltgeschichte. Ob Gambia, Mali, Bolivien, Mexiko oder europäische Stationen mit dem Orient-Express – aus einem scheinbar wahllosen Ländergemisch ragt Nootabooms Botschaft heraus: Das Reisen ist ein Lebenszustand (Blaise Pascal), und die zufällige Unterkunft in einem eher zufälligen Land lockt den Schriftsteller zu zufälligen Begegnungen mit Menschen. Durch diese Begegnungen und Erfahrungen wird er zu einem konsequenten Verfechter der Gleichheit zwischen den Menschen. Wie viele seiner literarischen Vorgänger in Europa ist Nootaboomb ein Humanist und ein Bildungsreisender, der sich die Welt mit Hilfe der Bilder und Impressionen erschließt, die er auf dem „Unterwegs-Sein“ sammelt. Sein Kosmos ist das Hotel, sein

Haus, das viele Zimmer hat und doch keinen festen Platz auf dieser Welt. Das Hotel wird für ihn zu einem Zustand des Augenblicks, sowohl der Augenblicke der vergangenen, Proust'schen verlorenen Zeit, die er in seinen Geschichten wiederfindet, als auch der Momente in der Gegenwart.

Nooteboom ist der Nomade unter den zeitgenössischen europäischen Schriftstellern, ohne dass er dabei seine europäischen Wurzeln verlieren würde. Sein „Geschriebenes ist immer auch für denjenigen bestimmt, der es liest“. Daher schreibt Nooteboom auch nicht zwanghaft verkopft. Seine Geschichten, Anekdoten und Interviews (z. B. mit dem italienischen Schriftsteller und Philosophen Umberto Eco oder dem Regisseur Fellini) offenbaren einen tiefen Geist, der sich der europäischen Traditionen und Werte in der Kultur bewusst ist. Er hat „in der Bewegung die Stille gesucht“ und gefunden. Sein Leben ist „ein schreibendes und beschreibendes Dasein in der Welt der Erscheinungen“. „Nootebooms Hotel“ ist ein wunderbares Panoptikum der Welt. Diese Welt ist nicht abstrakt, abgehoben und erdacht, sondern gesehen, erlebt und gefühlt. Damit konzentriert Nooteboom ähnlich wie der Spanier Javier Marías die Erzählwelt auf das emotional Durchlebte und Erfühlte.



„Es ist alles so zufällig und lächerlich, daß man nicht begreift, wie wir der Tatsache unserer Geburt oder unserer Existenz oder unseres Todes irgendeine Bedeutung verleihen können.“ (Javier Marías, *Schwarzer Rücken der Zeit*)

Javier Marías gilt seit Jahren als *das* gefeierte Aushängeschild spanischer Erzählkunst. Seine fulminante Schreibtätigkeit mündete jetzt in sein sicherlich bislang autobiographischstes Werk „*Schwarzer Rücken der Zeit*“, das im Klett-Cotta Verlag erschienen ist. Nach seinen Erfolgen „*Mein Herz so weiß*“ und „*Morgen in der Schlacht denk an mich*“, beide Titel

beruhen auf mehr oder minder berühmten Shakespeare-Zitaten, treibt Marías in seinem neuen Roman sein ureigenstes Stilmittel der Verwechslung von Fiktion und Wirklichkeit auf die Spitze. Auch „*Schwarzer Rücken der Zeit*“ ist indirekt eine Hommage an Shakespeare, ohne dass Marías ein reiner Epigone wäre. Seine Liebe zur englischen Sprache des wohl größten europäischen Dichters geht aus jeder geschriebenen Zeile hervor. Marías bewegt sich in einem Zwischenreich, in einer Zwischenwelt der Wahrnehmung. Dies ist „die Kehrseite der Zeit, ihr schwarzer Rücken genannt“, und auch diesen geheimnisvollen Ausdruck hat er von Shakespeare entlehnt, „um die Zeit zu benennen, die nicht existiert hat, die uns erwartet, und auch die, die uns nicht erwartet und sich daher nicht ereignet oder nur in einer Sphäre, die nicht eigentlich zeitlich ist und in der womöglich das Schreiben angesiedelt ist oder vielleicht nur die Fiktion“.

Marías erweist sich in seinem mittlerweile neunten Roman wiederum als Meister der minutiösen Schilderung von scheinbar banalen, zusammenhanglosen Ereignissen, die sich erst spät in ein Gesamtbild zusammenfügen. Seine Selbstironie und die Tatsache, dass seine Menschen sowohl fiktiv als auch aus seinem wirklichen Leben gegriffen sind, machen das Geheimnis und die scheinbare Paradoxie seines Romans aus. Es ist „die Erinnerung daran, dass es für viele noch Nacht ist, obwohl die Dämmerung schon begonnen hat und das Licht sich ausbreitet, während sie laufen oder auf den Autobus warten und einen Fuß heben und dann den anderen [...] und vage an das denken, was sie zu Hause zurückgelassen haben, und an das, was sie an dem endlosen Tag erwartet, und das Zuhause wird nicht mehr dasselbe Zuhause sein, wenn der Tag zu Ende ist und sie zurückkehren.“

Marías ist ein Erzählarchitekt, ohne dies konstruktivistisch zu überziehen. Er entwirft in seiner selbstironischen Reflexion, in der er „noch nie Fiktion mit der Wirklichkeit verwechselt habe“, ein Vexierspiel der Erzähl-

ebenen. Der Leser gleitet scheinbar unbemerkt vom Realen ins Irreale, um dann festzustellen, dass es lediglich die Zufälligkeit ist, die den Unterschied ausmacht. „Schwarzer Rücken der Zeit“ ist nichts Anderes als eine Definition des Schreibens, der Literatur per se. Marías bedient sich dabei ebenso meisterhaft der Stilelemente der europäischen literarischen Tradition wie seit mehreren Jahrzehnten der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski.



*„In der Polemik mit euch und eurem Fluch habe ich begriffen, dass im Leben des Menschen nicht die Tugenden wesentlich sind, sondern die Werte, denen die Tugenden dienen sollen.“* (Andrzej Szczypiorski, *Feuerspiele*)

Andrzej Szczypiorskis letzter Roman „Feuerspiele“ (im Jahr 2000 im Diogenes Verlag erschienen) nimmt schon auf den ersten beiden Seiten den eigenen Tod eines des bekanntesten polnischen Schriftstellers nach dem Zweiten Weltkrieg vorweg. Trotz des nahenden Todes verlor Szczypiorski jedoch weder die Leichtigkeit des Schreibens noch den Humanismus, der ihn über Jahrzehnte hinweg charakterisierte. Auch „Feuerspiele“ greift ebenso wie seine berühmten Romane „Die schöne Frau Seidenman“ und „Nacht, Tag und Nacht“ die Zeit der Okkupation Polens durch die Nazis auf, die er selbst durch- und überlebt hat. Obwohl ihn sein Blick zurück in dunkelste Zeiten zu einer pessimistischen Geschichtsbetrachtung aufgrund der Erfahrungen mit dem Totalitarismus bringt, verliert er in seinen Werken nie den christlich motivierten Glauben an das Gute, das Menschliche im Angesicht des Grauens und der Brutalität. Auch in „Feuerspiele“ atmet man einerseits unmissverständlich den Hauch des Humanen, andererseits aber den unbarmherzigen Sog der Grausamkeiten während der faschistischen Besatzungszeit. Diese Ambivalenz hat Szczypiorski immer in den Mittelpunkt gerückt, auch verbunden mit einem Abgesang an den Mythos der „ewigen polnischen Unschuld“ dieser Zeit. Für ihn

ist das „Nicht-Vergessen“ dessen, was geschehen ist, die einzige Möglichkeit, den Opfern eine Form von Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Sein Gewissen stemmt sich vehement dagegen zu sagen: „Und für nichts wird es einen Beweis geben, denn der Tod versöhnt alle, und das, was geschehen ist, deckt er mit einem Leichentuch zu, das Leichentuch wird jedoch von einem Stein erdrückt, und auf diesem Stein sät der Wind Gras des Vergessens, des Zweifels und neuer Freude.“ Szczypiorskis Messias ist ein „weinender Messias“ im „smaragdfarbenen Paradies“, der auf eine Welt schaut, die dunkel und abgeriegelt ist, „wo die Herzen der Menschen ausgetrocknet waren, in einem Klima der Nichtigkeit eingefroren“.

„Feuerspiele“ als Szczypiorskis letztes Werk ist eine Rückblende mit Figuren, die als Exilrusse, amerikanischer Industrieller, Ungar, deutscher Baron oder als überlebender Jude in der Gegenwart von der weit zurückliegenden, aber immer präsenten Vergangenheit eingeholt werden. Auf dem Kulminationspunkt des Romans gerät die Welt aus den Fugen. Eine geplante große Kunstausstellung in Bad Kranach wird buchstäblich zum Spiel mit dem Feuer. Im Feuer liegt Vernichtung, aber auch Reinigung. Genau das sind die Erzählthemen, die Szczypiorski in seinem Roman aufgreift. „Feuerspiele“ ist aber zudem eine feine, melancholische Liebesgeschichte, in der es dem Protagonisten Jan zunehmend schwer fällt, über den Tod seiner Frau hinwegzukommen. Er flüchtet immer wieder in die Abgeschiedenheit, in die Stille der Nacht, um dann die Erinnerung wachzurufen und aus ihr zu leben, das Herbeisehnen des Todes wird zur Existenz. Auch er wird von der Spannung zwischen Erinnerung und Vergessen aufgerieben. Die „Flucht vor dem ihm vom Schicksal auferlegten Leid“ kann ihm den ständigen Zweifel am Sinn des Weiterlebens nicht nehmen. Szczypiorski ist es zum Ende seines Lebens gelungen, in einem Roman seine schriftstellerische Kunst durch seine Präzision nochmals so zu bündeln, dass einerseits das Furchtbare erzählbar wird, andererseits das Mitgefühl und der Trost eine literarische Stimme haben.

Das gestern Geschehene mit dem Weiterleben heute zu verbinden war immer auch das schriftstellerische Anliegen Milan Kunderas, der ähnlich wie Szczypiorski eine herausragende Rolle in der modernen europäischen literarischen Tradition einnimmt.



„...im Haus ihres Lebens haben sich Fenster aufgetan, nach rückwärts gewandte Fenster auf das, was sie erlebt hat; von nun an wird ihre Existenz ohne diese Fenster nicht mehr denkbar sein.“ (Milan Kundera, *Die Unwissenheit*)

Kunderas mittlerweile zwölfter Roman „*Die Unwissenheit*“, bei Hanser erschienen, greift wieder einmal *sein* großes Thema auf, das sein schriftstellerisches Schaffen seit den 1960er Jahren prägt: Die innere Zerrissenheit und die „große Rückkehr“ in seine Heimat, die unmöglich geworden ist. Im Roman begegnet uns Kundera als Irena, die seit der sowjetischen Besetzung 1968 in Paris lebt und zwischen der Heimatstadt Prag und Frankreich im Niemandsland aufgegeben wird. Für Kundera ist diese Zwiespältigkeit wiederum die Quintessenz seines Schreibens. Nur zeigt sich gerade darin auch sein literarisches Problem: Seinem Werk der letzten Jahre fehlt die Frische und die Originalität der Schaffensjahre bis 1990. Danach wirken seine Bücher nur noch wie ein kalter, fader Aufguss. Schon sein letzter, 1997 erschienener Roman „*Die Identität*“ offenbarte, dass Kundera ausgebrannt ist und sich in pseudo-philosophische Spielereien flüchtet. Seine immer wieder hervorgehobene Heimatlosigkeit verkommt zur Worthülse. Er vermag es nicht mehr, sie mit dem bitteren, tiefgründigen Geschmack anzureichern, der ihn in die allererste Garde zeitgenössischer europäischer Schriftsteller hob. Seine Beliebigkeit der Formulierung verläuft im Sande. Sein großes Diktum vom „*Das Leben ist anderswo*“ wirkte an anderer Stelle viel besser. Das Emigranten-Dasein wird bei ihm nunmehr zum vordergründigen,

nostalgisch angehauchten Schmerz in der Fremde. Wo sind der tiefe Geist und die Präzision Kunderas verblieben, die ihm die Glaubwürdigkeit, Originalität und den Ruhm der letzten Jahrzehnte einbrachten? Vielleicht sind es jetzt Schriftsteller wie Andrej Kurkow, die die Leichtigkeit und den Witz Kunderas fortzuführen vermögen.



„In jeder Nation gibt es Idioten und Weise, Engel und Banditen, aber der Geist berührt mit seinen Flügeln nur die Besten, und er schaut nicht auf deinen Paß oder deine Nationalität, sondern auf deine Seele.“ (Andrej Kurkow, *Petrowitsch*)

In Andrej Kurkows Geschichte „*Petrowitsch*“, die im Züricher Diogenes-Verlag erschienen ist, begegnet uns ein post-sowjetischer „Road-Roman“ durch die Hinterlassenschaften der ehemaligen UdSSR. Das zentrale Motiv kreist nicht um die Frage, *wie* oder *ob*, sondern *wen* der Mensch eigentlich liebt (darin ist Kurkow Kundera nicht unähnlich). Heimat, Nation oder Frau/Mann? Kurkows spannender Roman ist im Kern eine Abkehr von engstirnigem Nationalismus in Verbindung mit verblendetem, übersteigertem Nationalstolz. Der Autor Andrej Kurkow, Jahrgang 1961, wurde in St. Petersburg geboren und lebt seit seiner Kindheit in Kiew. Seine Bücher, auf Russisch geschrieben, erscheinen in Kiew und haben als Protagonisten Tagträumer und Menschen, die urplötzlich in der Nachwendezeit in einen Strudel unausweichlicher Geschehnisse geraten.

Die Irrfahrt des Ich-Erzählers Kolja in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten spannt den Bogen zwischen Identitätsfindung und Flucht vor der eigenen Banalität. Kolja findet erst nach einer turbulenten Reise, von Kiew in Richtung Osten ausgehend, bei den archaischen Nomadenhirten in Kasachstan und durch die Liebe zur Kasachin Gulja zu sich selbst zurück. Auf der Suche nach einem verschollen geglaubten Tagebuch des patriotischen ukrai-

nischen Nationaldichters Taras Schewtschenko, der im 19. Jahrhundert in seinem Gedichtzyklus *Der Kobsar* für die nationale Eigenständigkeit der Ukraine eintrat und dessen geistige Verwandtschaft mit dem ungarischen Nationalhelden von 1848, Sándor Petöfi, unübersehbar ist, gerät Kurkows Held Kolja in immer schwierigere Lebenslagen. Darin spiegelt sich auch ein Bild der gegenwärtigen Zustände in den Nachfolgestaaten und Krisenregionen der ehemaligen Sowjetunion wider. Waffen- und Drogenhandel sowie überall um sich greifende Korruption und Schiebereien bestimmen das Geschehen auf den Reisewegen. Dieser Sog zieht Kolja immer tiefer in Verstrickungen mit der Drogenszene und Agentenverbrechen. Es ist die Atmosphäre der grau gefärbten Halb- und Unterwelt, die das Buch zwischen dem Licht der Liebe zweier Menschen und dem Dunkel der anderen Wirklichkeit schweben lässt. Und wer ist *Petrowitsch*? Ein Chamäleon, das Kolja unterwegs aufliegt und das ihn begleitet, gleichsam als Symbol (auch für Kurkow selbst) für seine „Zwischenexistenz“ zwischen russischer und ukrainischer kultureller Identität und Sprache.

Vordergründig ist *Petrowitsch* ein Abenteuer- und Liebesroman, im Inneren jedoch ein Protest gegen die Instrumentalisierung von Patriotismus und Nationalismus, ohne beide Begriffe austauschbar zu verwenden. „Ein absoluter Patriot kümmert sich nicht um nationale Mehrheiten oder nationale Minderheiten. Die Liebe zu seiner Frau ist stärker als die Liebe zur Heimat, weil die Frau, die seine Liebe erwidert, sowohl das Symbol der Heimat als auch das Ideal eines absoluten Patrioten ist. Die Verteidigung der Frau, die seine Liebe erwidert, ist die höchste Form des Patriotismus“.

Cees Nooteboom, *Nootebooms Hotel*, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2000, 520 S.

Javier Marías, *Schwarzer Rücken der Zeit*, Klett-Cotta Verlag Stuttgart 2000, 375 S.

Andrzej Szczypiorski, *Feuerspiele*, Diogenes Verlag Zürich 2000, 363 S.

Milan Kundera, *Die Unwissenheit*, Carl Hanser Verlag München 2000, 180 S.

Andrzej Kurkow, *Petrowitsch*, Diogenes Verlag Zürich 2000, 444 S.

## Rezensionen



### **Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa**

herausgegeben vom Goethe Institut Inter Nationes e.V. Berlin, bereits erschienen: Ausgaben 1 und 2 / 2001; Bestellungen an E-mail-Adresse: [kafka@inter-nationes.de](mailto:kafka@inter-nationes.de)

„Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa“, so lautet der Titel einer neuen Kulturzeitschrift, die vom Goethe Institut Inter Nationes e. V. seit Anfang dieses Jahres viermal jährlich herausgegeben wird. Die ambitioniert aufgemachte Zeitschrift setzt sich zum Ziel, im mitteleuropäischen Kulturraum ein Forum für Essayisten zu schaffen. Schon die erste der zwei bislang erschienenen Ausgaben verrät, wohin die Reise geht – „Auf dem Weg nach Europa“. Jedes Heft, in diesem Jahr noch kostenlos zu beziehen, setzt einen thematischen Schwerpunkt, vereint namhafte, mitunter berühmte Autoren und erscheint dankenswerterweise jeweils in polnischer, ungarischer, deutscher und einer gemischten tschechischen und slowakischen Ausgabe.

Gespickt mit wohlklingenden Namen startet die Redaktion von „Kafka“ ehrgeizig und bisweilen etwas überzogen mit dem Satz: „Wir wollen Europa neu abschreiten, neu entdecken, neu entwerfen.“ Mit der Zeitschrift wird der

Versuch unternommen, mehr als zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und der politisch-militärischen Grenzziehung zwischen Ost und West, Mitteleuropa ein neues geistiges Gesicht zu geben. Über geographische Definitionsversuche hinaus kann die Besinnung auf das geistige Erbe und die gesamteuropäische Zukunft nur durch die konsequente Betonung der gemeinsamen Wurzeln ermöglicht werden. Nicht nur der verstorbene polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, sondern auch der ungarische Romancier Péter Nádas betonte immer wieder eindringlich die Rückkehr zu einer Kultur der Erinnerung, ohne die ein Neuaufbau nicht gelingen kann, sondern „revanchistischem Nationalismus“ (István Eörsi) der Weg bereitet wird. Aus der Fülle der Beiträge von Schriftstellern und Journalisten wird deutlich, dass Mitteleuropa – und Europa noch viel mehr – eine Idee, ein Konzept ist, das täglich neu entworfen werden muss.

Dieses Anliegen wird bereits im ersten Heft *„Auf dem Weg nach Europa“* unmissverständlich zum Leitgedanken. Wer sich auf den Weg macht, muss seine eigene Vergangenheit kennen, und *„wer sich nicht erinnert, der existiert nicht“*, so schreibt der ungarische Schriftsteller und Träger des diesjährigen Karlspreises György Konrád. Individuelle Erinnerung paart sich mit dem Erinnerungsvermögen des Gemeinwesens, denn *„wir erben den kollektiven Ruhm und die kollektive Schande“*. Die Erinnerung an Mitteleuropa und die ewig junge Frage nach dem Konzept „Mitteleuropa“ wirft Matthias Rüb auf. *„Erst wenn das Bewusstsein entstanden ist, dass ‚Mitteleuropa keine Steinbrücke ist‘“* (Péter Hanák), da es sich in der vergangenen Dekade mit einer ungeheuerlichen Dynamik verändert hat, wird es möglich sein, der *„Utopie von Mitteleuropa“* näher zu kommen. István Eörsis Anmerkung, dass *„Mitteleuropäer mit dem enormen Gepäck der ‚Östlichkeit‘ vor dem Tor des Westens stehen“*, deutet an, womit die Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union auch konfrontiert ist: *„Beim Warten auf Einlass ins westliche Tor müssen*

*wir [Mitteleuropäer] erkennen, dass wir wegen unserer Rückständigkeit nicht nur bei der Herausbildung bürgerlicher Werte, sondern auch bei deren Verkümmern dem westlichen Entwicklungsstand hinterherhinken.“* Adam Krzeminski sieht mit dem Voranschreiten der Europäischen Integration eine konkrete Utopie heranbrechen, die den mitteleuropäischen Beitrittsländern die einmalige Chance bietet, *„sich von den uralten Komplexen zu befreien, ‚Stiefkind Europas‘ zu sein“, „den europäischen Stier bei den Hörnern zu packen und sich in die Zukunft tragen zu lassen.“*

Eher skeptisch richten sowohl Juraj Alner als auch Tomáš Kafka den Blick erneut auf Mitteleuropa. Unser *„buntes Kulturerbe, dessen Scherben wir aufzusammeln versuchen und zu einem neuen Mosaik zusammenfügen wollen“*, gleicht einem Mitteleuropa, das wie ein Wartesaal wirkt, *„in dem die Zeit verkürzt werden kann und die Wartenden durch Ausschluss oder Wiederaufnahme bei Laune gehalten werden, und zwar schmerzlos für alle Beteiligten“*. Die ästhetisch ansprechende erste Ausgabe von *„Kafka“* wird durch Fotografien des im selben Jahr wie der Namenspatron der Zeitschrift (im Jahr 1883) geborenen tschechischen Fotografen František Drtikol auch diejenigen zufrieden stellen, denen insbesondere das optische Erscheinungsbild ins Auge springt.

Die zweite Ausgabe von *„Kafka“* setzt sich zum Ziel, den Begriff „Fremde Heimat“ und seine vielschichtigen Bedeutungen im Mitteleuropa von Einst und Heute aufzugreifen. Der Begriff „Heimat“ definiert sich nicht nur über Vertrautes und die kulturelle Verwurzelung von Menschen, sondern viel eher durch sein Antonym „Heimatlosigkeit“. Flucht, Vertreibung, erzwungene Auswanderung oder inneres Exil stehen für den Verlust von Heimat. Aus den Essays aller Autoren wird deutlich, dass die Sehnsucht nach einer nicht ideologischen Heimat einerseits und der Schmerz des Verlustes in Zeiten nationalistischer und totalitärer Dominanz andererseits die Vorstellung von „Heimat“ prägen.

Andrzej Stasiuk sieht in der Erinnerung den Inbegriff der Zugehörigkeit zu etwas, das nicht Nichts ist. Es ist *„die zerbrechliche Kontinuität der Gesten und Gefühle“*, die unserer menschlichen Vorstellung von Heimat Sinn verleiht. Und diese Vorstellung stammt aus der Erinnerung an Ereignisse und Orte der Vergangenheit. Hingegen ist die Zukunft eine *„große Leere. In ihr gibt es nichts, sie vermag allenfalls Sciencefictionliebhaber, Marxisten, Kapitalisten oder alternde Jungfern erregen.“* Für György Dalos jedoch findet die Suche nach Heimat *„nicht im Räumlichen, sondern in der Zeit“* statt. Er unterscheidet das Dasein (Heimat) vom Aufenthalt (Fremde). Beides muss sich nicht ausschließen. Irena Brežnás sinnliche Wahrnehmung von Heimat bezieht sich auf den anderen Menschen. Doch auch sie leidet im für sie fremden Land: *„Wie kann ich in der Fremde integriert sein, wenn die Urheimat [Slowakei] in meinem Heimatbegriff fehlt?“* Auch Rudolf Chmel kann nur eine unklare Vorstellung, keinesfalls eine Definition seines „Vaterlandes“ anbieten. Die nationale und staatliche Identität ist für ihn im Mitteleuropa der letzten Jahrzehnte einem permanenten „Wertechaos“ ausgesetzt. Radikal entmythologisiert dagegen Herta Müller den Heimat-Begriff. Sie entlarvt die plumpe und durchsichtige Verklärung des Wortes. *„Der jetzige Augenblick ist gleichzeitig Vergangenes. Das Vergangene ist jetziger Augenblick. So werden beide Realitäten verzerrt. Die 'Heimat' ersetzt jedes Schuldgefühl durch Selbstmitleid. Sie ist ein unauffälliges, weil zugelassenes Mittel der 'guten Menschen' zur Verdrängung und Verfälschung.“* Damit geht sie ein beispielloses Risiko der totalen Entzauberung ein. Im Gegensatz zu Herta Müller kann Josef Škvorecký noch Trost in der Erinnerung finden, auch wenn eine Rückkehr nicht mehr möglich geworden ist. Heimat kann man nur im Herzen der Kindheit und Jugend tragen, denn *„während wir auf dem Weg zur Ewigkeit voranschreiten, erinnern wir uns an diese Zeit mehr und mehr in Liebe, obwohl wir sie in*

*einem Land erlebten, in dem fremde Okkupanten herrschten und die Menschen um die persönliche Freiheit brachten.“* Rudolf Herzinger verweist in seinem Essay nicht nur auf die unglückselige Instrumentalisierung des Heimat-Begriffs in der nationalistischen und besonders der nationalsozialistischen Ideologie. Er warnt zugleich vor einer Rückkehr der begrifflichen Vereinnahmung und Instrumentalisierung in der deutschen, aber auch in der österreichischen konservativen Politik, was unabsehbare Folgen für den Rechtspopulismus in Mitteleuropa nach sich ziehen könnte. Beiträge von Pawel Huelle über die Danziger Jugenderinnerungen Johanna Schopenhauers, Velten Schäfer zum Stichwort „Schengen“ sowie Christina Virágh über den ungarischen Schriftsteller Gyula Krúdy runden die zweite Ausgabe von „Kafka“ ab. Für die optische Aufmachung der Zeitschrift sorgt diesmal der tschechische Fotograf Josef Sudek.

Einen Vorwurf muss sich die Redaktion von „Kafka“ allerdings gefallen lassen. Die Zeitschrift intendiert, die gesamte Spannweite des mitteleuropäischen Kulturraumes abzudecken, erscheint jedoch stark „berlinlastig“ (siehe die Liste der Autoren und Übersetzer der ersten beiden Ausgaben). Vergeblich sucht man in den ersten zwei Heften nach Vertretern der Alpenrepubliken Österreich, Schweiz und Slowenien. Wie bedeutsam die geistige Hinterlassenschaft der Donaumonarchie für Mitteleuropa ist, braucht an dieser Stelle nicht eigens betont zu werden. Ein ausgewogeneres Erscheinungsbild wäre sicherlich zu wünschen. „Kafka“ möchte ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen Dominanz der Diskussion um die zukünftige Gestalt (Mittel-)Europas sein, vergisst dabei aber, dass es auch liberale Ökonomen aus Mitteleuropa (von Hayek, Schumpeter, Kornai) waren, die die freiheitlich gesinnte, geistige Entwicklung des 20. Jahrhunderts in Europa maßgeblich voranbrachten. Auf die verworrene These der Redakteure, dass dem „Terror der Ökonomie“, der die Menschen im Westen wie im Osten unterdrückt, mit kulturellem Freiheitskampf

geantwortet werden müsste, sei der Hinweis gestattet, dass die Ökonomie nichts anderes als ein sozio-kulturelles Beziehungsgeflecht zwischen Menschen und den von ihnen geschaffenen Institutionen darstellt. Eingedenk der vorgebrachten Einwände sei ein abschließendes Urteil erlaubt: Sollte Mitteleuropa eine kulturelle Identität besitzen oder sollte sie ihm erst verliehen werden müssen, dann wird „Kafka“ in Zukunft ein wichtiger Mosaikstein im Bemühen sein, dem interkulturellen Dialog mit einer hoffentlich breiten Leserschaft auf die Beine zu helfen.

*GSch*



*Sabine Grabowski*

### **Deutscher und polnischer Nationalismus. Der deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straz 1894-1914.**

Verlag Herder-Institut. Marburg 1998, 373 S.

Die vorliegende Untersuchung zum deutschen und polnischen Nationalismus wurde im Wintersemester 1996/97 von der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf als Dissertation angenommen. Sie erschien ein Jahr später in Buchform beim Verlag des Herder-Instituts in der Reihe Materialien und Studien zur Ostmitteleuropaforschung. Die Arbeit beschäftigt sich hauptsächlich mit dem am 3. November 1894 in der preußischen Provinzhauptstadt Posen gegründeten „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“, der einige Jahre später den gängigeren Namen „Deutscher Ostmarkenverein“ [DMVO] erhielt. Im polnischen Sprachgebrauch bürger-

te sich sehr bald die Bezeichnung Hakata ein, die von den Anfangsbuchstaben der Vereinsgründer und Hauptförderer des Vereins Hansemann, Kennemann und Tiedemann abgeleitet wurde. Deutsche Vereinsmitglieder wurden dementsprechend Hakatisten genannt, worunter man im Übrigen auch sämtliche „Polenfresser“ verstand, die die Bismarcksche Polenpolitik der Verdrängung und Germanisierung des Polentums guthießen oder aktiv unterstützten.

Ganz anders das Eigenverständnis und die Selbstdarstellung des DMVO, der seinen „defensiven“ Charakter betonte und sich als Abwehr- und Notwehrorganisation gegen das geburtenstärkere und nach Gleichberechtigung strebende Polentum in den preußischen Ostprovinzen zu stilisieren versuchte. Mit diesem vor allem nach außen gekehrten Selbstverständnis konnte der DMVO, der über eine beachtliche Mitgliederbasis verfügte, im Großen und Ganzen mit dem Wohlwollen der jeweiligen preußischen Regierung und Verwaltung rechnen, es sei denn, die leitenden Funktionäre, in erster Linie der patriarchalisch waltende und bis in die höchsten Stellen agitierende und intrigierende Tiedemann, übertrieben ihre Propaganda hinsichtlich der (zu) „polenfreundlichen“ Politik der preußischer Regierungsstellen. Dann konnte es auch zu beinhart ausgetragenen Konflikten zwischen einzelnen Repräsentanten der preußischen Verwaltung einerseits und der Vereinsführung andererseits kommen. Einen solchen Konflikt rekonstruiert Grabowski vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen dem Oberpräsidenten von Posen von Wilamowitz-Möllendorff und der Vereinsführung, die ganz im Geiste Bismarcks den Versöhnungskurs der Regierung Caprivi scharf angriff. (S. 128-153)

Mit der zunehmenden Bedeutung der politischen Repräsentanten des Polentums, die sich unter dem Druck der restriktiver werdenden preußischen Polenpolitik von einem breit verstandenen, vom polnischen Adel und der polnischen hohen Geistlichkeit getragenen

Loyalismus (Józef von Koscielski) immer stärker in Richtung eines bürgerlichen Nationalismus bewegten, konnte die polnische Gruppe im Reichstag ihren Einfluss stärker geltend machen. Zeitweilig musste die preußische Regierung deshalb entsprechende Konzessionen machen, zum Beispiel in der Sprachenfrage und hinsichtlich der Organisation des Polnischunterrichts.

Die ansonsten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs feststellbare Zuspitzung der Diskriminierung der polnischen Bevölkerung führte aber ebenfalls zu einer Radikalisierung innerhalb der polnischen Parteienlandschaft, wobei die polnischen Nationaldemokraten unter Roman Dmowski, deren Basis eigentlich Russisch-Polen war, auch im preußischen Teilungsgebiet ihren politischen Einfluss erheblich steigern konnten.

In diesem Kontext spielte der extrem nationalistische DOMV als provokativer Gegenpart des aufkommenden, reaktiven polnischen Nationalismus eine wichtige Rolle. Als vaterländisch orientierte preußisch-evangelische Gruppierung bekämpfte man sowohl den (internationalen) Katholizismus als auch das Polentum. Hierbei waren neben nationaler Überheblichkeit (Kulturträgetum), sozialdarwinistischen Positionen sowie rassistischen Ansätzen gewiss auch soziale und wirtschaftliche Faktoren maßgebend. Schließlich bildeten letztere den Anlass zur Gründung des DOMV, der sich durch die Effizienz des polnischen Vereinswesens hatte beeindrucken lassen. Grabowski exemplifiziert diese Interdependenz am Beispiel des bekannten Marcinkowski-Vereins, den sie für den DOMV als „polnisches Vorbild“ bezeichnet.

Dieser war am 19. April 1841 von dem Posener Arzt Dr. Karol Marcinkowski gegründet worden und hatte sich zum Ziel gesetzt, armen, aber talentierten Jugendlichen im Großherzogtum Posen Stipendien zu gewähren, um ihnen eine Ausbildung zu ermöglichen. Der Verein entwickelte sich sowohl finanziell (zahlreiche Schenkungen vermögender Polen) als auch hinsichtlich seiner Mitgliederbasis

sehr dynamisch und betrieb eine unauffällige, dafür aber überaus effiziente Bildungsarbeit. Zudem wurde er korrekt geführt und verwaltet, so dass weder die preußische Verwaltung noch die Führung des DOMV die Möglichkeit hatten, sein Wirken in Frage zu stellen. Gerade dem DOMV war der Marcinkowski-Verein aber ein Dorn im Auge, denn aufgrund seiner Stipendien und Bildungsinitiativen sowie der zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen seiner Stipendiaten war im Großherzogtum Posen in wenigen Jahrzehnten ein polnisches Bildungsbürgertum entstanden, das - ähnlich wie das deutsche - national empfand und handelte. So wurde der polnische Marcinkowski-Verein in gewisser Weise zum Vorbild des über 50 Jahre später gegründeten DOMV. Ganz im Unterschied zu dem polnischen Prototyp beschränkte sich der DOMV jedoch nicht auf eine diskrete und effektive Unterstützung (verarmter) Deutscher, sondern sorgte mit seiner über ganz Preußen und Teile des Deutschen Reiches reichenden Organisationsstruktur, seinem Lobbyismus (Beamte, Lehrer, evangelische Pfarrer, weniger Kaufleute und keineswegs die ostelbischen Junker, die an billigen Saisonarbeitern aus Kongresspolen interessiert blieben) und seine Öffentlichkeitsarbeit („Die Ostmark“) anhaltend für eine Vertiefung und Zuspitzung der nationalen Konflikte zwischen Polen und Deutschen. Seine Propagandafeldzüge gegen den polnischen Nationalismus, dem der Aufbau eines gesamt-polnischen Staates in den Grenzen von 1772 unterstellt wurde, sorgten schlussendlich für das Gegenteil dessen, was man sich auf Seiten der deutschen Nationalisten erhofft hatte. Das polnische Bürgertum und die polnischen Nationalisten begannen angesichts der zunehmenden Diskriminierung der Reichsregierung noch stärker zusammenzurücken und sich zu organisieren.

Ein unübersehbares Signal für diesen erstarkten polnischen Widerstand war die Gründung des „polnischen Ostmarkenvereins“, der am 28. April 1905 in Posen unter dem Namen „Straz – Towarzystwo ku obronie spraw

ekonomicznych, społecznych i obywatelskich” [„Die Wacht – Verein zur Verteidigung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und bürgerlichen Interessen”] von dem einstigen Loyalisten Józef von Koscielski aus der Taufe gehoben wurde. Der Genese, Struktur und dem Anspruch dieses Vereins ist der zweite, kleinere Hauptteil der Untersuchung von Grabowski gewidmet. Die Satzung der Straz wies Ähnlichkeiten zur Satzung des DOMV auf, allerdings war man von Beginn an bestrebt, einen Verein ins Leben zu rufen, der von allen polnischen Gesellschaftsschichten akzeptiert werden sollte. Ideologisch war von Bedeutung, dass Vertreter der national-katholisch und entschieden antideutsch orientierten Nationaldemokraten in der Straz vertreten waren.

Aufgrund der Tatsache, dass dem Verein seitens der preußischen Verwaltung, die entsprechenden Druck auf den Erzbischof von Gnesen und Posen, von Stablewski, ausübte, untersagt wurde, katholische Geistliche als Mitglieder zu gewinnen oder als Vereinsfunktionäre einzusetzen, musste die Straz bald nach ihrer Gründung eine einschneidende organisatorische Schwächung hinnehmen, von der sie sich nicht mehr erholen sollte. Der Misserfolg des großen Schulstreiks 1907/1908, an dem sich die Straz maßgeblich beteiligt hatte, sorgte ebenfalls dafür, dass die Mitgliederzahl zu schwinden begann. Reorganisationsversuche blieben im Großen und Ganzen erfolglos, der Verein setzte zeitweilig auf Mund-zu-Mund-Propaganda, hielt keine öffentlichen Versammlungen mehr ab und konzentrierte sich auf die kulturelle, kirchliche und familiale Konsolidierung des Polentums, wozu der 1908 veröffentlichte „Nationale Katechismus“ der Straz als Leitfaden dienen sollte. Grabowski hat dieses interessante Dokument in polnischer und deutscher Sprache in den Anhang ihrer Arbeit aufgenommen. (S. 351-356) Dieser Rückzug der „Straz“, der vom DOMV hämisch und mit großer Schadenfreude kommentiert wurde, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Verein

hinsichtlich der Rechts- und Sozialberatung der polnischen Bevölkerung des Großherzogtums große Verdienste erwarb. (S. 269) Diesbezüglich glied er sich zumindest strukturell den Bestrebungen des Marcinkowski-Vereins an.

Allerdings konnte die Straz weder eine solche Bedeutung wie der Marcinkowski-Verein erlangen noch war sie von ihrem Einfluss her mit dem DOMV vergleichbar. Auch konnte sie natürlich nicht mit einer – wie auch immer gearteten – Unterstützung der preußischen Verwaltung rechnen. Ganz im Unterschied zum DOMV, der zeitweilig massiv unterstützt wurde und von polnischer Seite als eine Art Nebenregierung empfunden wurde.

Die Untersuchung von Grabowski schließt im deutschsprachigen Raum eine Forschungslücke, schon alleine deshalb, weil sich die Autorin um eine beziehungsgeschichtliche Deutung und Interpretation bemüht. Zudem hat Grabowski für ihre Untersuchung eine intensive Archivrecherche betrieben und für ihre Darstellung eine Vielzahl bis dahin nicht erschlossener ungedruckter Quellen verwendet. Durch die sachbestimmte und adäquate Einbeziehung der deutschen und polnischen Sekundärliteratur zeichnet sich die Arbeit durch einen hohen Grad an Objektivität aus. Sie ist jedem an deutsch-polnischer Zeitgeschichte interessierten Leser zu empfehlen.

ZW



*Albert S. Kotowski*

**Polens Politik gegenüber  
seiner deutschen Minderheit  
1919-1939**

Wiesbaden 1998, 383 S.

Die vorliegende Abhandlung stellt die Habilitationsschrift des Autors dar, der sich im Sommersemester 1996 an der Universität Freiburg habilitieren konnte.

Kotowski hat auf einer breiten Quellenbasis die Minderheitenpolitik der II. Polnischen Republik gegenüber den Deutschen in Polen rekonstruiert. Er recherchierte nicht nur in den zentralen Archiven (PAAA – Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes sowie AAN – Archiv Neuer Akten in Warschau), sondern auch in den polnischen Regionalarchiven in Bromberg, Kattowitz, Thorn und in der Woiwodschaft Schlesien. Natürlich konnte Kotowski dabei auch auf die mittlerweile ansehnliche deutsche und polnische Sekundärliteratur zurückgreifen. Neben den polnischen Standardwerken, die in der Zwischenkriegszeit und in der VR Polen zu diesem Thema veröffentlicht wurden, auch auf Bücher, die nach der Wende entstanden sind, um hier nur an die Arbeiten von Andrzej Sakson oder Wojciech Wrzesinski zu erinnern. Auf deutscher Seite lagen seit Jahrzehnten die recht allgemein gehaltenen Übersichtsdarstellungen der Polenexperten Gotthold Rhode, Hans Roos und Martin Broszat vor, allerdings gab es bislang keine deutschsprachige Arbeit, die sich mit der sehr umfangreichen polnischen Fachliteratur auseinandergesetzt hätte. Diese beziehungs geschichtliche Forschungslücke wurde mit dem vorliegenden Buch sicherlich geschlossen.

Ziel dieser Abhandlung ist die Darstellung und Auswertung der Konzeptionen, der Realisierung und der Ergebnisse der polnischen Minderheitenpolitik der Zwischenkriegszeit gegenüber der deutschen Minderheit. Dementsprechend referiert der Autor zunächst die preußische Polenpolitik und die Beziehungen zwischen der II. Republik Polen und dem Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg. Sodann liefert er einen bis zum Jahre 1933 reichenden Überblick über die Lage der deutschen Minderheit und beschreibt an-

schließend die Anfänge polnischer Minderheitenpolitik, wobei er auf deren ideologische und konzeptionelle Nähe zur polnischen Nationaldemokratie verweist. Der Autor macht deutlich, dass die polnischen Nationalitätenpolitik von dem Axiom ausging, dass man die Deutschen als feindlichen und illoyalen Bevölkerungsteil zu betrachten habe. Dementsprechend setzten recht bald Entdeutschungsmaßnahmen ein, wie die Entfernung der deutschen Sprache aus der Verwaltung und die Tilgung deutscher Aufschriften in der Öffentlichkeit. Auch wurden deutsche Vereine, denen man konspirative Aktivitäten unterstellte, streng überwacht.

Intensiviert wurde diese Politik unter dem Ministerpräsidenten Wladyslaw Sikorski (Dezember 1922), der sich dem strikt anti-deutschen Programm der polnischen Nationaldemokratie anschloss, indem er zum Beispiel die Ausweisung der 160.000 deutschen Optanten forderte.

Benachteiligt wurde auch das deutsche Schulwesen in Polen, so dass man für die Jahre 1919 bis 1923 füglich von einer „Entdeutschungspolitik des ehemaligen preußischen Teilungsgebiets“ sprechen kann. Polnischerseits wurden diese Maßnahmen als Vergeltung für die deutsche Politik gegenüber der polnischen Minderheit im Deutschen Reich gerechtfertigt (S. 107).

Bis zu diesem Zeitpunkt war aber kein übergreifendes polnisches Minderheitenkonzept erarbeitet worden. Angesichts der Versuche der polnischen Regierung, die Deutschen und ihren Besitz in den westlichen Woiwodschaften zu verdrängen, sind Parallelen zur preußischen Polenpolitik Bismarcks und des Deutschen Ostmarkenvereins offenkundig. Wie aus Äußerungen des damaligen polnischen Innenministers Cyprian Ratajski klar hervorgeht, war man bestrebt, eine „ethnische Flurbereinigung“ durchzusetzen: „Ich bin ein Mann des hiesigen Landes. Ich kenne die Deutschen, ihre Tendenzen und Methoden und bin mir der großen Gefahr bewusst, die uns von ihrer Seite droht. Allzu

viel und unmittelbar hatte ich mit ihnen zu tun, als dass ich in dieser Hinsicht irgend welche Illusionen haben könnte. Ich verstehe daher ausgezeichnet, dass jeder Deutsche, den wir nur irgend los werden können, Polen verlassen muss. Wir brauchen sie hier nicht aus irgend welchen Rücksichten zu halten. Dasselbe lässt sich hinsichtlich der Auflösung des deutschen Besitzes, der Optantenfrage usw. sagen.“ (S. 116).

Eine planvolle Entdeutschungspolitik setzte aber erst zwischen 1926 und 1932 ein, wobei erwähnenswert ist, dass sich die meisten nationalen Minderheiten Polens im Zusammenhang mit dem Staatsstreich von Marschall Pilsudski im Mai 1926 (unberechtigte) Hoffnungen auf eine Liberalisierung der polnischen Minderheitenpolitik gemacht hatten. Immerhin kritisierte der neue Innenminister Kazimierz Młodzianowski die bisherige polnische Minderheitenpolitik und schlug vor, die Politik nationaler Assimilierung durch eine Politik staatlicher Integration zu ersetzen. Dabei hatte er allerdings in erster Linie die polnischen Ostgebiete im Blick, wo die ukrainische Frage weiterhin virulent blieb und für viel Unruhe sorgte (S. 134).

Diese neue Tendenz spiegelt sich in den zu Beginn des Jahres 1927 im polnischen Innenministerium erarbeiteten „Richtlinien polnischer Nationalitätenpolitik“ wider, die auf die staatliche Integration nationaler Minderheiten abheben, während auf nationale und sprachliche Assimilierungsmaßnahmen verzichtet werden soll. Die Auswirkungen dieser Richtlinien für Pomern und Oberschlesien behandelt Kotowski in dem sich anschließenden Kapitel, wobei er die antideutsche Politik des Wojewoden Michal Grażyński besonders hervorhebt (S. 151).

Die in den Regionen umgesetzte Praxis unterschied sich also erheblich von der Theorie der Richtlinien. Unabhängig davon vertraten höchste polnische Regierungsstellen in Warschau weiterhin das Konzept der staatlichen Integration. Das Verhältnis zu den Deutschen blieb aber weiterhin von größtem

Misstrauen geprägt. Dem gemäß wurden die deutschen Gruppen besonders vor Sejm- und Senatswahlen sehr genau beobachtet. Gleichzeitig war die polnische Diplomatie auf internationaler Ebene bemüht, sich von dem so genannten „kleinen Versailler Vertrag“, also dem Polen auferlegten Minderheitenschutzvertrag, zu befreien. Schließlich kündigte Polen diesen Vertrag im Jahre 1934, zu einer Zeit, als das internationale Minderheitenschutzsystem weltweit außer Kraft gesetzt wurde.

Die Minderheitenprobleme blieben der bestimmende Faktor in den deutsch-polnischen Beziehungen. In der Weimarer Republik wurde die Minderheitenfrage für die Revisionspolitik gegenüber Polen und für antipolnische Propaganda benutzt. Aber auch die polnische Minderheit im Deutschen Reich wurde vice versa als Druckmittel instrumentalisiert. Dies wurde zum Beispiel bei der Behandlung der Optantenfrage, die häufig erpresserische Züge annahm, deutlich. Dadurch kam auch das sogenannte Gegenseitigkeitsprinzip zur Geltung, bei dem es sich um gegenseitige, mehr oder minder begründbare, in der Regel spektakuläre und damit öffentlichkeitswirksame Revancheakte handelte. In diesem Kontext kam es aber auch zu Reibungen zwischen dem polnischen Innen- und dem Außenministerium, dem die Obhut gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland oblag.

Nach der Machtergreifung Hitlers erfolgte bekanntlich eine Spaltung und Radikalisierung der politisch aktiven Teile der deutschen Minderheit: „Deutscher Volksbund“ versus „Jungdeutsche Partei“. Die Führungen beider miteinander konkurrierender Gruppierungen wurden von den entsprechenden Stellen im Reich beeinflusst und benutzt. Dies war schon deshalb nicht besonders schwierig, weil alle Deutschumsorganisationen materiell vollkommen vom Reich abhängig waren. Wenn es notwendig schien, wurde aber auch ideologisch „gleichgeschaltet“, wie im Falle der

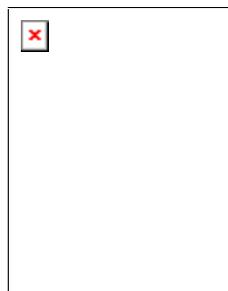
„Deutschen Katholischen Volkspartei“ in Ostoberschlesien.

Die Monate vor dem Kriegsausbruch waren durch massive Provokationen des Dritten Reichs gegenüber Polen gekennzeichnet. Die damit verbundene Verfolgung polnischer Minderheitenorganisationen brachte auch eine Änderung der polnischen Minderheitenpolitik, da man eine „Sudetisierung“ der deutschen Bevölkerung befürchtete. So wurden gegenüber den Deutschen in Polen mehrere Restriktionsverordnungen erlassen. Ab Mai 1939 verschärften sich die antideutschen Stimmungen innerhalb der polnischen Gesellschaft zusehends, nicht zuletzt wegen einer entsprechenden Kampagne der polnischen Presse, in der die deutsche Minderheit pauschal mit den Begriffen „Irredenta“ und „Agentur des Dritten Reiches“ belegt wurde. Auch das polnische Innenministerium erblickte in einer weiteren Zuspitzung der Restriktionen gegenüber den Deutschen ein probates Mittel. Tatsächlich war dies aber ein relativ stumpfes und wenig erfolgversprechendes Instrument gegen eine ganze Volksgruppe, die mit den vom Dritten Reich inspirierten und organisierten Kampf- und Sabotageorganisationen in Posen und Schlesien gleichgesetzt wurde. Dass es diese Organisationen gab, ist mittlerweile unbestritten. Umstritten ist in der deutschen und polnischen Historiographie aber weiterhin die Genese des sogenannten „Bromberger Blutsonntags“ sowie die Bewertung der sogenannten „Fünften Kolonne“.

In den abschließenden Kapiteln rekonstruiert der Autor die Rolle der deutschen Minderheit während der Okkupation Polens sowie die Konsequenzen des Kriegsausgangs, die mit sich brachten, dass es nach Vertreibung und Aussiedlung der meisten Deutschen offiziell keine deutsche Minderheit mehr in der Volksrepublik Polen gab. Dass es heute eine anerkannte deutsche Minderheit in Polen gibt, ist auf die Wende des Jahres 1989 und die Unterzeichnung der deutsch-polnischen Verträge aus den Jahren 1990 und 1991 zurückzuführen. Im Unterschied zu den 1930er

Jahren trägt deren Behandlung gegenwärtig allerdings zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen bei. Ob die heutige deutsche Minderheit in Polen freilich zu einem Bindeglied zwischen beiden Nationen werden kann, wie dies manchmal von den politischen Eliten in Deutschland erhofft wird, bleibt aber weiterhin offen. Ähnliches lässt sich über die „polnische Gruppe“ in Deutschland sagen.

ZW



Günther Schwarberg

**Im Ghetto von Warschau.  
Heinrich Jösts Fotografien.**

Steidl Verlag. Göttingen 2001, 137 S.

Dieser von dem bekannten Publizisten und Buchautor Günther Schwarberg herausgegebene und mit einer Einleitung versehene Bildband verdient aus mehreren Gründen die Aufmerksamkeit eines interessierten Lesers/Betrachters. Außergewöhnlich ist mit Sicherheit, dass diese beeindruckenden bis erschütternden Schwarz-Weiß-Aufnahmen erst knapp sechzig Jahre nach ihrer Entstehungszeit als Gesamtheit in einem Bildband der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zwischen ihrem Entstehen und ihrer Veröffentlichung liegen also ziemlich genau zwei Generationen. Inzwischen ist das Warschauer Ghetto sowie der Ghetto-Aufstand durch die Edition zahlreicher Erinnerungen (von Tätern und Opfern), durch die Veröffentlichung von Bild- und Filmmaterialien sowie durch die wissenschaftlichen Forschungen zahlreicher Historiker intensiv beschrieben und analysiert worden. Dies war nicht zuletzt auch deshalb möglich, weil das von Emanuel Ringelblum angelegte und akribisch geführte

Ghetto-Archiv bald nach dem Krieg zumindest zum großen Teil aufgefunden wurde. In ihm wird der Ghetto-Alltag aus erster Hand minutiös beschrieben und einer ersten Interpretation unterzogen.

All diese Informationen waren dem in Warschau stationierten deutschen Feldwebel und Hobby-Fotografen Heinrich Jöst, der am 19. September 1941, an seinem 43. Geburtstag, einen Ausflug ins Ghetto unternahm, um sich ein Bild von den dort herrschenden Zuständen zu machen, natürlich nicht zugänglich. Jöst befand sich also in der Ausgangssituation eines nur wenig informierten, dem NS-Propagandaapparat ausgesetzten, naiven Zeitzeugen, der aber, wenn auch sehr verspätet – und gleichsam etwas widerwillig – Zeugnis ablegen sollte. Aus seinen Fotos und durch die viel später für Günther Schwarberg aus der Erinnerung formulierten Bildkommentare wird jedoch deutlich, dass Jöst an einem einzigen Tag im Ghetto nicht nur das dort herrschende Grauen – distanziert und empathisch zugleich – erspürte und einfing, sondern sich sicherlich auch Gedanken machen musste, wer für die perfide Inszenierung dieser Hölle verantwortlich war. Dass er sich als (deutscher) Mensch nach den Erfahrungen dieses Tages schlecht gefühlt haben muss, bezeugt die Tatsache, dass er seine Geburtstagsfeier, die im renommierten Hotel Bristol stattfinden sollte, absagte, aber auch der Umstand, dass er die Aufnahmen zwar in Warschau entwickeln ließ, sie aber erst im Jahre 1982 dem Magazin „stern“ zur Verfügung stellte. Hieraus lässt sich durchaus schlussfolgern, dass es sich bei Jöst um einen teilnehmenden Beobachter und Fotografen handelte, keinesfalls um einen verrohten, sensationssüchtigen deutschen Besatzungssoldaten. Derlei fotografische Zeugnisse von Kriegsgräueln und menschenverachtenden Exekutionen, nicht selten den Lieben in der Heimat zugeeignet, sind sattsam bekannt und sprechen eine andere Sprache.

Bemerkenswert ist auch, dass die Fotografien aufgrund ihres einzigartigen dokumentarischen Wertes im Frühjahr 1988 vom Leiter der

Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Dr. Shmuel Krakowski, in Jerusalem ausgestellt wurden. Sie gingen dann als Wanderausstellung um die ganze Welt. Dramatischer Weise wurden sie nun von Menschen betrachtet, die 48 Jahre danach auf ihnen im Holocaust verlorene Familienmitglieder wiedererkennen konnten.

Leider gibt es einige Mängel, die durchaus zu beanstanden sind. Einige Bildunterschriften sind fälschlicher Weise doppelt gesetzt worden, so dass man sie kaum entziffern kann. Die Schreibweise etlicher Straßennamen ist fehlerhaft, einige Begriffe sind ganz offensichtlich falsch aus dem Polnischen übersetzt worden. Der Bildkommentar zu dem Foto Nummer 36 ist falsch, denn im September 1941 hätte sich ein polnischer Offizier in Uniform weder in Warschau noch im Warschauer Ghetto frei bewegen können. Überdies trägt die aufgenommene Person keine polnische Uniform.

Diese formalen und inhaltlichen Unstimmigkeiten trüben den ansonsten hervorragenden Eindruck, den dieser Bildband bei einem empathischen Leser und Betrachter hinterlässt, bedauerlicherweise etwas. Man kann diesem Buch im Bereich der schulischen, universitären und außerschulischen Bildung insgesamt jedoch nur eine möglichst weite Verbreitung wünschen. Es handelt sich hierbei in der Tat um erstrangiges Quellenmaterial.

ZW



*Andrew A. Michta*

## **America's New Allies. Poland, Hungary, and the Czech Republic in NATO.**

University of Washington Press. Seattle and London 1999, 214 S.

Dieser von Andrew A. Michta, Professor für Internationale Studien am Rhodes College, herausgegebene Band gliedert sich in fünf Abschnitte, die von einer Einführung und einem Resümee des Herausgebers eingerahmt werden. Den Länderstudien zu Polen (Michta), Ungarn (Zoltan Barany) und Tschechien (Thomas S. Szayna) ist ein Aufsatz von Dale R. Herspring vorangestellt worden, in dem der Autor die Probleme bei der Integration der NVA in die Bundeswehr analysiert, wobei er neben den organisatorischen und materiellen Herausforderungen dieses Prozesses auch auf den Transfer demokratischer Institutionen und eines westlichen Militärethos abhebt. Diese erfolgreiche Inkorporation einer einst dem Warschauer Pakt angehörenden Armee kann in gewisser Weise als Muster für die Transformationsprozesse in den Armeen der drei neuen Mitglieder gelten, allerdings – und das machen die Länderbeiträge im Anschluss an das erste Kapitel deutlich – unter jeweils anderen Bedingungen und auf der Grundlage sehr unterschiedlicher Traditionen und historischer Erfahrungen. Die Überschriften der einzelnen Länderkapitel sprechen in diesem Zusammenhang für sich und charakterisieren wohl recht objektiv die Haltungen der involvierten politischen und militärischen Führungen der neuen Mitgliedsstaaten, andererseits aber auch die Rezeption dieser Haltungen durch die NATO, in erster Linie aber durch die bestimmenden US-Eliten. Während Polen als Achsnagel (linchpin) für regionale Sicherheit bezeichnet wird, Ungarn das Epitheton des Außenpostens einer unruhigen Peripherie erhält, bleibt für die Tschechische Republik nur die Alternative zwischen einem „kleinen Beitragenden“ (small contributor) oder einem „freien Reiter“ (free rider). Sicherlich spiegelt diese Graduierung auch die Stimmungen in den jeweiligen Gesellschaften wider, zumal nach dem auch in diesen Ländern recht kontrovers diskutierten Krieg der

NATO im Kosovo. Dabei beschränken sich die Autoren erfreulicher Weise nicht nur auf die normative Seite des Integrationsprozesses, die in den einzelnen Beitrittsverträgen schon recht weit entwickelt wurde, sondern geben ebenfalls einen knappen Überblick über die materiellen, logistischen und organisatorischen Voraussetzungen der Beitrittsländer, die ja gleichzeitig mit aller Macht in die EU streben und diesbezüglich einem enormen Anpassungsdruck ausgesetzt sind. Hervorgehoben werden aber auch die Erwartungen des Bündnisses und der USA gegenüber den neuen Verbündeten. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt hierbei die Einbeziehung Russlands in diesen Prozess einer wie auch immer definierten und institutionell abgesicherten kollektiven europäischen und transatlantischen Sicherheitspolitik. Hier bleiben, wie nicht anders zu erwarten, die meisten Fragen offen, gerade in Hinsicht auf das Problem, ob es nach dem Beitritt der drei zentralen ostmitteleuropäischen Staaten zu weiteren Erweiterungen kommen wird oder nicht. Welche Rolle dabei der Ukraine, der Slowakei oder den baltischen Staaten zukäme, braucht hier nicht besonders ausgeführt zu werden. Wichtig ist in diesem Kontext nur, dass es der NATO-Führung und ihren Mitgliedsstaaten gelingt, dem mächtigen Partner Russland überzeugend zu verdeutlichen, dass das aus dem Kalten Krieg stammende Prinzip einer reinen Verteidigungsorganisation allmählich durch das Prinzip eines transatlantischen

Verteidigungsbündnisses ersetzt werden soll. Letzteres schließt gerade die aktive Partizipation Russlands ein, setzt aber auch die Akzeptanz westlicher Wertevorstellungen voraus. Insofern definiert sich die NATO immer stärker normativ politisch und weniger militärisch funktional. Und insofern muss man den Autoren dieser lesenswerten Studie uneingeschränkt beipflichten, wenn sie verdeutlichen, dass auch die nunmehr vor gut zwei Jahren vollzogene NATO-Erweiterung weiterhin einen offenen Prozess darstellt, bei dem es in erster Linie darauf ankommen wird, in welcher Form die neuen Mitglieder bereit und in der Lage sind, als Teil des Bündnisses substantiell zur Festigung der

territorialen Sicherheit in ihrem jeweiligen Umfeld zu sorgen und so etwas wie einen glaubhaften Demokratietransfer zu leisten. Dass sie dies in hohem Maße gerade auch im Interesse der NATO-Altmitglieder tun, sollte dabei weder in Washington, Berlin oder Paris außer Acht gelassen werden. Und trotz anhaltender allwaltender Sparzwänge sollte in Brüssel dafür Sorgen getragen werden, dass Polen, Ungarn und Tschechien dafür die notwendige materielle und ideelle Unterstützung erfahren.

ZW



*Lena Kolarska-Bobinska*

### **Cztery reformy. Od koncepcji do realizacji [Vier Reformen. Von der Konzeption zur Realisierung].**

Oficina Naukowa. Warszawa 2000, 319 S.

Dieser vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten unter der Redaktion von Lena Kolarska-Bobinska herausgegebene Sammelband besteht aus fünf übergreifenden Kapiteln, an denen insgesamt zwanzig Autoren mitgearbeitet haben. Insofern verbietet sich eine Analyse der einzelnen Beiträge, es kann nur ein Gesamteindruck vermittelt werden, wobei wir uns auf einige Schwerpunkte beschränken müssen. Zuvor sollte noch angemerkt werden, dass sich unter den Autoren sowohl für die Reformen verantwortliche Personen als auch unabhängig wirkende Experten (Volkswirtschaftler, Juristen, Soziologen und Psychologen) befinden. Insofern ist eine kritische Rekonstruktion und Analyse der Vorbereitung und Umsetzung der einzelnen Reformvorhaben gewährleistet.

Dabei stellen sich die Autoren die Aufgabe auszuloten, ob die einzelnen Reformen zu tatsächlich spürbaren Veränderungen geführt haben, ob Konzepte erfolgreich umgesetzt wurden oder nicht und woran dies dann im

Einzel Fall lag: zum Beispiel aufgrund von Lücken in der Gesetzgebung oder wegen administrativer Umsetzungsprobleme aufgrund fehlender Ausführungsbestimmungen. Schließlich wird die Frage aufgeworfen, ob die in Gang gesetzten Reformen im Zweifelsfall lediglich korrigiert oder grundsätzlich geändert werden sollten. Der Zeitrahmen der Beiträge reicht bis ins Jahr 1999, die Einschätzungen und Wertungen der Autoren verstehen sich somit als eine erste Bestandsaufnahme. Im Einzelnen handelte es sich bekanntlich um vier Schlüsselvorhaben, die seit Jahren diskutiert wurden, aber erst unter der aus der Wahlaktion „Solidarnosc“ und der Freiheitsunion gebildeten Regierung unter Ministerpräsident Jerzy Buzek in Angriff genommen wurden: die Verwaltungsreform, die Reform des Bildungswesens, die Rentenreform und die Reform des Gesundheitswesens. Bei der Verwaltungsreform ging es um die längst überfällige und angesichts des mittelfristig bevorstehenden EU-Beitritts notwendige Dezentralisierung des Landes, also darum, Polen ein neues territoriales Gefüge zu geben und die Kompetenzen der einzelnen Gebietskörperschaften neu zuzuschneiden. Dabei stand der Gedanke der Bürgergesellschaft und das Prinzip der Subsidiarität im Vordergrund. Die Schaffung von 16 Woiwodschaften (anstelle von 49) sowie die Wiedereinrichtung der Kreise musste allerdings gegen beträchtliche politische und gesellschaftliche Hindernisse durchgesetzt werden. Obschon man davon ausgehen kann, dass die Verwaltungsreform zu einer grundlegenden Änderung des politischen Ordnungssystems geführt hat, bleibt doch zu bemängeln, dass die territorialen Selbstverwaltungen in Polen noch immer über kein stabiles Einnahmesystem verfügen. Da die Territorialverwaltungen mit einer Vielzahl von neuen Aufgaben beauftragt wurden (Gesundheitsfürsorge, Bildungsbe-  
reich, Sozial- und Regionalpolitik, Umwelt, Arbeitsmarktpolitik, Modernisierung der

Landwirtschaft, Straßenbau), dafür aber keine zusätzlichen Mittel aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt wurden, spricht man bis heute nicht ganz zu Unrecht von einer „Dezentralisierung der Haushaltsprobleme“. Das Hauptproblem besteht allerdings weiterhin darin, dass die Verwaltungsreform parallel zu den etwa in der gleichen Zeit angestoßenen Struktur reformen verläuft. Bisher war es nicht möglich, diese Prozesse miteinander zu koordinieren. Zyta Gilowska fasst diesen Sachverhalt so zusammen: „In gewisser Weise ist alles beim Alten geblieben. Der zentrale Apparat verfügt weiterhin über die Finanzmittel, während er einen Teil der schwierigsten Pflichten der territorialen Verwaltung überantwortet hat.“ (S. 37). Zu einer ähnlichen Wertung kommt Janusz Sepiol, wenn er in seiner abschließenden Wertung Folgendes schreibt: „Die Regierung verfügt über mehr Mittel als ihre Aufgaben kosten, während den territorialen Selbstverwaltungen – gemessen an den ihnen übertragenen Aufgaben – zu wenig Mittel zur Verfügung stehen.“ (S. 47) Insofern dürfte das vorläufige Fazit zutreffend sein, dass es weiterer legislativer Schritte sowie ergänzender Ausführungsbestimmungen bedarf, bis die territorialen Selbstverwaltungen in der Lage sein werden, die ihnen anvertrauten Aufgaben effektiv zu erfüllen. Angesichts des EU-Beitritts des Landes und den damit zur Entwicklung der Regionen Polens zur Verfügung stehenden Mitteln, müssen noch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Woiwodschaften bei diesem Verfahren zu einem echten Partner der Regierung werden.

Die am 1. Januar 1999 begonnene Rentenreform stellt eine echte Systemveränderung dar und war durchaus nicht nur eine Modifikation der bisherigen Ansätze. Das ergibt sich ganz deutlich daraus, dass sie eine Kombination aus Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren darstellt. Dabei gab es angesichts der damit eingeleiteten Teilprivatisierung der Rentenversicherung durchaus

Vorbehalte. Allerdings stieß das Reformvorhaben auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung, wurde von einem politischen Konsens zwischen Regierung und Opposition begleitet und fand auch den Beifall des Finanzministeriums, das sich von der Reform eine Entlastung der Staatskasse versprach. Józefina Hryniewicz formuliert deshalb nicht ganz zu Unrecht ihre Kritik so: „Bei der Reform der Sozialversicherung geht es um den Aufbau eines starken Kapitalmarktes. Offiziell wird allerdings erklärt, dass man ein beständiges, stabiles, gut ausgestattetes und sicheres Sozialversicherungssystem aufbauen möchte. Das Kapitaldeckungsverfahren soll in der Tat durch die Absenkung des realen Werts an Renten- und Pensionsleistungen entstehen, also auf Kosten der Rentner und Pensionäre.“ (S. 275)

Problematisch blieb bei der Umsetzung der Reform allerdings der Umbau des bislang zentralen Sozialversicherungsträgers ZUS (Zakład Ubezpieczeń Społecznych), der den neuen Strukturen (Beitragszahlungen ad personam in monatlichen Abständen auf Grundlage eines eigens entwickelten landesweiten EDV-Systems) angepasst werden musste. Es kam zu massiven Verspätungen bei der Beitragsakquisition und bei den Auszahlungen, was in vielen Betrieben und bei der Bevölkerung Unzufriedenheit und Unverständnis hervorrief.

Bei der Schaffung der zweiten Säule des neuen Rentensystems, den Allgemeinen Rentengesellschaften (Powszechna Towarzystwa Emerytalne, PTE) und den Offenen Rentenfonds (Otwarte Fundusze Emerytalne, OFE) gab es insofern beträchtliche Probleme, da die Rentenfonds keiner adäquaten und effizienten Kontrollinstanz unterstellt worden waren. Deshalb gehen die Fachleute heute füglich davon aus, dass dies bezüglich weitere legislative Schritte notwendig sind, aber auch im Hinblick auf die Reform des Rentensystems für private Landwirte sowie hinsichtlich des Renteneintrittsalters für Frauen und

Männer. Umstritten bleibt auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen den von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern zu leistenden Beiträgen.

Die Diskussion über eine Reform des Systems der Gesundheitsfürsorge geht in Polen bis auf das Jahr 1989 zurück und wurde damals vom Gesundheitsausschuss der „Solidarnosc“ aufgegriffen. Dabei erhofften sich die in der Gesundheitsfürsorge Beschäftigten, dass die Umstellung von einer Budgetfinanzierung auf eine Beitragsfinanzierung das zukünftige System neutralisieren und dem Einfluss politischer Kurswechsel entziehen würde. Allerdings blieb zu berücksichtigen, dass es breite Gesellschaftsgruppen gab (zum Beispiel die Landwirte oder jene Arbeitslosen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld erloschen ist), die weiterhin direkt vom Staat alimentiert werden mussten. Nach der Umstellung des Systems erhalten nun 16 regionale Krankenkassen sowie eine Branchenkrankenkasse die Mittel aus den Beiträgen der Versicherten. Die Kassen sind nunmehr diejenigen, die entsprechende Verträge mit den Dienstleistern, also Krankenhäusern und Ärzten, zu schließen haben. Dabei stellt sich aber heraus, dass die Preise für die Behandlung einzelner Patienten, die die Kassen an die dienstleistenden Krankenhäuser abführen sollten, keinen klar definierten Kriterien unterliegen. Anscheinend wollten die Reformer die Preisbildung dem Markt überlassen, der aber angesichts mangelnder Transparenz und Konkurrenz nicht funktionierte. So verfügen die regionalen Krankenkassen weiterhin über eine fast monopolistische Machstellung. Im Interesse der Dienstleister liegt es hingegen, möglichst viele Patienten zu versorgen (und abzurechnen), allerdings nur die, deren Behandlung deutlich unter den Durchschnittskosten der Behandlung in der entsprechenden Abteilung liegt. Die medizinische Dienstleistung wird damit immer stärker zu einer marktabhängigen Ware, die Gefahr läuft, zusehends an Qualität einzubüßen, da sie sich

unter den bestehenden Bedingungen für die meisten Dienstleister nicht bezahlt macht. Der Endverbraucher muss die entsprechende Qualität wiederum durch private Transfers an die Dienstleister erkaufen, immer vorausgesetzt, dass er über die Mittel verfügt. Der grauen Sphäre sind Tor und Tür geöffnet. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es sich hierbei um einen expliziten Systemfehler handelt, den man nur schwer wird korrigieren können. Józefina Hryniewicz, die in diesem Kontext der Kombination aus Versicherungs- und Marktmodell keine Zukunftschance gibt, fasst ihre Kritik so zusammen: „Der offizielle Standpunkt, dass wir zum Schutz der Gesundheit Sozialversicherungssysteme einführen sowie die „heimliche“ Privatisierung des Eigentums und die Kommerzialisierung der Dienstleistungen verursacht für die Patienten eine weitere Beschränkung des Zugangs zu den Dienstleistungen, führt zu Spannungen und sozialen Konflikten.“ (S. 279)

Die Bildungsreform hatte schon bei ihrem Start erhebliche Probleme. Zwar hatte das Parlament bereits im Sommer 1998 ein dreigliedriges Schulsystem verabschiedet, allerdings nicht über den Zeitpunkt seiner Einführung entschieden. Erst ein Jahr später wurde das Gesetz zur Reform des Schulwesens verabschiedet. Inhaltlich betrachtet geht es darin in erster Linie um die Verbesserung der Entwicklungschancen der Schülerschaft, die durch Innovationen im Bereich der Didaktik und Lehrprogramme erreicht werden soll. Dazu machen Lehrerteams in allen Schulen entsprechende, selbst entwickelte Programmangebote.

Bei der Umsetzung der Reform, deren Ergebnisse erst mittelfristig erkennbar sein werden, ergaben sich bisher folgende zentralen Probleme: die sehr kostspielige Erweiterung und Umwidmung des polnischen Schulnetzes, die Schaffung eines effektiven, flächendeckenden, aber nur schwer zu realisierenden Schülertransportwesens, besonders für die benachteiligten ländlichen

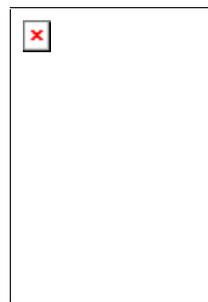
Regionen, die Überwindung des sog. enzyklopädischen Lehrens und Lernens durch die Einführung einer neuen Didaktik und neuer Lehrprogramme, ohne eine entsprechende Weiterbildung der Lehrer sowie eine adäquate Entlohnung und Ausstattung der (unterbezahlten) Lehrerschaft, die für die Umsetzung der neuen Lehrinhalte und Methoden hauptverantwortlich zeichnet. Angesichts der angespannten Haushaltslage zeichnet sich in diesem Kontext durchaus keine Entspannung ab. Und so lassen sich die bereits im Mai 1999 von einer Expertenkommission des Bildungsministeriums formulierten Probleme im Zusammenhang mit dem Beginn eines neuen Schuljahres auch für das Jahr 2000 wie folgt zusammenfassen: der Schülertransport ist schlecht organisiert, notwendige Bildungsinvestitionen werden nicht getätigt, die Stimmung unter der Lehrerschaft ist schlecht, die neu geschaffenen Gymnasien sind ungenügend ausgestattet, die neuen Lehrprogramme sind nicht fristgerecht bei den Schulen eingegangen, die Versorgung mit Lehrbüchern weist Mängel auf, in den kommunalen Kassen fehlen die Mittel für erhöhte Ausgaben, zum Beispiel, um die Abfindungen für entlassene Lehrer zu zahlen, die Gymnasien auszustatten oder die gesetzlich verabschiedeten Gehaltserhöhungen für die Lehrerschaft auszahlen. (S. 236)

Angesichts dieser gravierenden strukturellen Probleme sowie eines hohen Grades an Unzufriedenheit bei Lehrern, Eltern, Kindern und Jugendlichen wird es für die polnische Schulreform auch in Zukunft schwierig sein, ein höheres Maß an Akzeptanz zu erlangen.

Insgesamt fällt das Fazit über die vier Schlüsselreformen in Polen ernüchternd aus. Dabei sind es in erster Linie die schlechte Vorbereitung und die mangelhafte Umsetzung der Reformvorhaben, die nicht nur von den Endverbrauchern, sondern auch von den Fachleuten massiv kritisiert werden. Obschon man die Notwendigkeit der einzelnen Reformen durchaus akzeptierte, war man

aufgrund ihrer teilweise chaotischen Implementierung weitgehend enttäuscht, zum Teil bestürzt. Befürchtet wird eine weitere Ausdifferenzierung der polnischen Gesellschaft, eine Aushebelung des Sozialstaatsgedankens durch die Vermarktung sozialer und medizinischer Dienstleistungen, was einem noch größeren Verlust an sozialer Sicherheit gleichkommt. Sicherlich können etliche Fehler in Zukunft noch korrigiert werden. Auch sollte man sich vor Augen führen, dass die Regierung Buzek unter einem enormen Zeitdruck gestanden hat und das umzusetzen suchte, was zuvor über Jahre vernachlässigt wurde. Um Polen schnell zu modernisieren und EU-kompatibel zu machen, aber auch um die eigene Leistungsfähigkeit zu unterstreichen, hat man sich offensichtlich nicht die nötige Zeit gelassen. So wurde die polnische Gesellschaft zum zweiten Mal schockiert. Von diesem Schock wird sie sich während der Parlamentswahlen des Herbstes 2001 gewiss erholen, indem sie dem Linken Wahlbündnis ihr Vertrauen ausspricht. Inwiefern dieses seine sozialen Versprechungen einhalten können, bleibt allerdings fraglich.

ZW



*Klaus Müller*

## **Postsozialistische Krisen**

Verlag Leske + Budrich, Opladen 1998, 250 S.

Der von Klaus Müller herausgegebene Sammelband „Postsozialistische Krisen“ beabsichtigt, zwei Schwerpunkte zu setzen:

1. Im Spannungsfeld zwischen Soziologie und Ökonomie sollen kohärente Ansätze

einer Transformationstheorie formuliert und mit empirischen Befunden belegt werden.

2. Die aus der Zeit des klassischen Ost-West-Gegensatzes resultierenden Modernisierungsdefizite mittel- und osteuropäischer Staaten sollen erklärt und gegenwärtige komplexe Prozesse in Transformationsgesellschaften analysiert werden.

Im ersten Artikel untersucht Johann Arnason die Genese, die Entwicklung und das Scheitern des sowjetischen Modells vor dem Hintergrund der Dynamik der Globalisierung, ohne jedoch eine erschöpfende Erklärung des Zusammenbruchs der UdSSR anbieten zu können. Sowohl die totalitäre stalinistische Ära als auch die „poststalinistischen Adaptionen der imperialen Macht“ konnten den rapiden Verfall der Gesellschaftsstrukturen nicht aufhalten und mündeten im totalen Scheitern des ideologischen Modells und der Wachstumsstrategien sowie im Verlust des sozialen Orientierungsrahmens. Das Regime, das in den 1980er Jahren einen „letztlich selbstzerstörerischen Reformkurs einschlug“, konnte den Ausbruch der Transformationskrise nicht verhindern, sondern beschleunigte durch völlig ungeeignete (wirtschafts-)politische Entscheidungen den Niedergang. Edward Tiryakian analysiert in seinem Beitrag die Krise in postsocialistischen Gesellschaften auf der Grundlage des Ansatzes der „Neo-Modernisierung“. Dazu bedient er sich einiger Voraussetzungen, die als Basis die „Niveauehebung (upgrading)“ eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems betonen. Auffallend in seiner Beschreibung ist zum einen der wenig hilfreiche Ansatz, die Moderne als bloßen „Schauplatz von Überraschungen“ abzustempeln. Zum anderen werden mitteleuropäische Länder wie Polen oder Ungarn und deren Geschichte, die stark mit dem Deutschen bzw. dem Österreichisch-Ungarischen Reich zusammenhängen, bedenkenlos der osteuropäischen Landschaft zugeschlagen - eine wohl weit verbreitete angelsächsische Sichtweise.

Mit den Schwierigkeiten des institutionellen Wandels und der „mangelnden Handlungskompetenz von in den Institutionen wirkenden Akteuren“ beschäftigt sich der Aufsatz von Anton Sterbling, der als zentrale Ausgangslage der „historischen Modernisierungsforschung“ die Theorien von Max Weber und Talcott Parsons heranzieht. Sterbling macht im Verlauf der Systemtransformation richtigerweise einen Wandel weg von zentralistischen Institutionenhierarchien hin zu „komplexeren und differenzierteren Institutionengebilden“ aus. Stichhaltig ist darüber hinaus sein Argument, dass „institutionelle Innovationen der einzige Weg der Überwindung von Modernisierungsdilemmata“ in postsocialistischen Gesellschaften seien.

Einen Exkurs in die phänomenologische Philosophie Husserls unternimmt Ilja Srubar. Auf Basis der Einsicht in den „dynamischen, plastischen Charakter der Lebensweltstruktur“ und der drei Ebenen der menschlichen Aktivitäten (Zeitlichkeit, Leiblichkeit und Intersubjektivität) lässt sich die „Dynamik und Geschichtlichkeit sozialer Realität“ postsocialistischer Gesellschaften analysieren. Die zeitliche, räumliche sowie die soziale Dimension des Übergangs seien so die wesentlichen Bestandteile der Beschreibung der „conditio humana“ in der Lebenswelt der Menschen in postsocialistischen Ländern. Bruno Grancelli geht in seinem Beitrag zum organisatorischen Wandel in Transformationsgesellschaften ähnlich den anderen Autoren von der These aus, dass „die Industrialisierung von Gesellschaften sowjetischen Typs nicht gleichbedeutend mit Modernisierung ist“. Er plädiert über die bekannten Organisationsmodelle hinaus für eine Theorie, „die das Zusammenspiel zwischen institutionellem und organisatorischem Wandel unter Bedingungen erklärt, die sich durch eine hochgradige strukturelle und kulturelle Kontinuität mit dem vorangegangenen Regime auszeichnen.“

Eine zweckmäßige Unterscheidung in die drei Diskursebenen Theorie, Strategie und Ideologie erlaubt es Andreas Pickel, unterschiedliche

Grundpositionen herauszuarbeiten, die auf die Diskussion zwischen radikal-neoklassischen und gradualistisch-evolutionären Ansätzen abstellen. Damit versucht Pickel, den verschiedenartigen Transformationsproblemen im politischen und ökonomischen Diskurs gerecht zu werden, wobei die „Theoriebildung oft von strategischen und politischen Problemen [überhaupt erst] motiviert“ wird. Susanne Dittberners Beitrag zur spanischen Transition eignet sich nur sehr bedingt, um alle Dimension der Systemtransformation unter die Lupe nehmen zu können. Zwar stellt Spanien in der Nach-Franco-Ära ein illustratives Beispiel des friedlichen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie dar. Die gesamtgesellschaftlichen und vor allem die ökonomischen Voraussetzungen in den postsocialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas divergieren jedoch stark von der westeuropäischen Entwicklung Spaniens. Auch wenn sich einige Parallelitäten im politischen Lern- und Demokratisierungsprozess (Etablierung der Parteienlandschaft, [fehlende] Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit und Frustration der Bevölkerung) erkennen lassen, kann weder das Timing noch die Sequenzabfolge in der Systemtransformation postsocialistischer Wirtschaften ohne Weiteres mit der Liberalisierung und den Reformen in Spanien verglichen werden.

Der abschließende Beitrag von Klaus Müller befasst sich ausführlich mit Fragen des Übergangs zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen, indem er drei zentrale Hypothesen aufgreift und an Hand von empirischem Material untersucht. Der „neoliberalen Programmatik der Strukturanpassung“ stellt er ein zweites Szenario der „Gefahren eines Armutskapitalismus“, d.h. eine Verschärfung der Ungleichheiten in Transformationsländern, gegenüber. Ein drittes Szenario schließlich betrachtet die „Transitionen zur Demokratie“, vergleichbar den südeuropäischen Ländern in den 1970er Jahren. Müller verdeutlicht einerseits, inwiefern die marktbasierende Modernisierung und

Liberalisierung zu großen Anpassungslasten, aber auch zu herausragenden Erfolgen im Aufbau einer funktionsfähigen Marktwirtschaft beitragen. Andererseits verweist er zurecht auf die tiefgreifenden institutionellen Schwächen in allen Transformationswirtschaften und deren „externe Krisenanfälligkeit“.

Der Aufsatzband stellt zweifellos für diejenigen, die sich mit den unterschiedlichsten Entwicklungen in den postsocialistischen Gesellschaften der letzten Dekade beschäftigen, eine wichtige Quelle dar.

*GSch*



## In eigener Sache

Jörg Stemmer

### Das Gesamteuropäische Studienwerk e. V. im Netz

Das Gesamteuropäische Studienwerk e. V. Vlotho ist seit dem April des Jahres 2000 auch im Internet unter der Adresse [www.gesw.de](http://www.gesw.de) vertreten. Im Zeitraum von April bis Dezember 2000 wurden 9.352 Seiten der Internetpräsenz abgerufen. Insgesamt hatten wir Zugriffe auf alle Daten von 52.567. Nachstehend finden Sie eine nach Monaten sortierte Übersicht.

Gesamtübersicht der Monate April bis Dezember 2000

Monat	Hits	Daten	Seitenansichten	Sitzungen	KBytes gesendet
Dezember 2000	7936	4264	1211	633	39109
November 2000	9636	5024	1489	780	43955
Oktober 2000	8872	4699	1490	695	36182
September 2000	8518	5582	1656	632	33960
August 2000	4781	4017	979	568	29319
Juli 2000	3600	3149	811	364	21299
Juni 2000	3009	2611	565	251	17506
Mai 2000	4230	3154	769	287	21984
April 2000	1985	1657	382	91	10880
Total	52567	34157	9352	4301	254190
Durchschnitt	4380	2846	779	358	21182

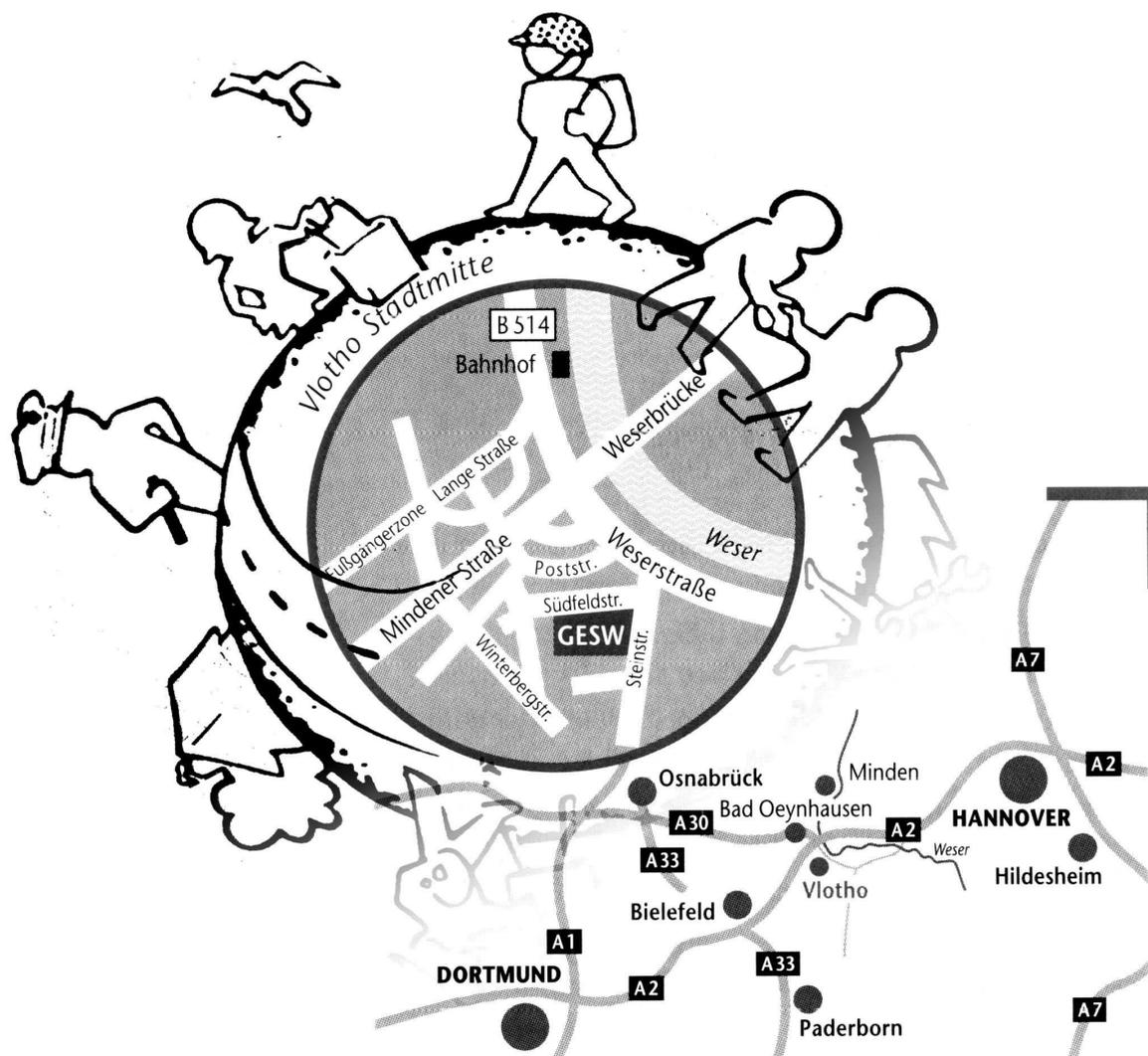
Interessanterweise beschränkte sich der Kreis der Nutzer nicht auf europäische Staaten, sondern umfasst alle Kontinente, wie folgende Länderübersicht veranschaulicht:

Deutschland | Schweden | Österreich | Polen | Ungarn | Tschechische Republik | Großbritannien | Finnland | Rumänien | Russische Regierung | Bulgarien | Schweiz | Frankreich | Luxemburg | Niederlande | Kanada | Saudi Arabien | Estland | Australien | Malaysia | Belgien | Japan | Mexiko | Griechenland | Singapur | Spanien | Dänemark | Jugoslawien | Irland | Ukraine | Italien | Indien | Israel | Kroatien | Südafrika | Mazedonien | Peru | Brasilien | Bosnien Herzegowina | Argentinien | Guatemala | Slowakei | Neuseeland | Pakistan | U.S. Military

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass seit Mai 2001 die Mitarbeiter des GESW über eine eigene Email-Adresse zu erreichen sind:

Dr. Zbigniew Wilkiewicz	<a href="mailto:zbigniew.wilkiewicz@gesw.de">zbigniew.wilkiewicz@gesw.de</a>
Dr. Michael Walter	<a href="mailto:michael.walter@gesw.de">michael.walter@gesw.de</a>
Dr. Gerhard Schüsselbauer	<a href="mailto:gerhard.schuesselbauer@gesw.de">gerhard.schuesselbauer@gesw.de</a>
Jörg Stemmer	<a href="mailto:joerg.stemmer@gesw.de">joerg.stemmer@gesw.de</a>
Allgemeine Anfragen	<a href="mailto:info@gesw.de">info@gesw.de</a>

# GESW – Treffpunkt EUROPA



**Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho**  
**Südfeldstr. 2 – 4**  
**32602 Vlotho**

Telefon +49 (0) 5733 9138 - 0 | Zentrale  
 Telefon +49 (0) 5733 9138 -44 | Seminarbüro  
 Telefax +49 (0) 5733 9138 -47

[www.gesw.de](http://www.gesw.de) | [info@gesw.de](mailto:info@gesw.de)